

<i>Inhalt</i>		<i>Rassistische Kampagne der IG Bau</i>	<i>S. 59</i>
<i>Revolutionärer Klassenkampf! Statt „Bündnis für Arbeit“!</i>	<i>S. 2</i>	<i>Leiharbeit:verliehen-verraten und verkauft!</i>	<i>S. 61</i>
<i>Selbständige Kampf-und Streikkomitees!</i>	<i>S. 12</i>	<i>Hereinspaziert ins Schmierentheater Eine kleine Revue zur laufenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie</i>	<i>S. 65</i>
<i>Wie steht's im Kampf um die Lohnfortzahlung?</i>	<i>S. 15</i>	<i>Solidarität mit den AEG ArbeiterInnen! Kampf dem Kapital!</i>	<i>S. 71</i>
<i>Unser Kampf gegen das Kapital - Eine Kampffront international!</i>	<i>S. 19</i>	<i>Kampf dem Kapital! International!</i>	<i>S. 81</i>
<i>Gegen die Angriffe des Kapitals kämpfen, sich gegen den Verrat der Gewerkschaftsbürokraten organisieren!</i>	<i>S. 31</i>	<i>Einblicke und Ausblicke für kommunistische Betriebsarbeit</i>	<i>S. 83</i>
<i>1 Jahr ver.di - ver.di ent neu?</i>	<i>S. 36</i>	<i>„Revolutionäre Betriebsarbeit heute, nötig und möglich?“</i>	<i>S. 89</i>
<i>Und immer wieder geht die Sonne unter</i>	<i>S. 41</i>	<i>Zwei Standpunkte zur Beteiligung an der 1. Mai Demonstration der Gewerkschaften in Stuttgart</i>	<i>S. 93</i>
<i>Angriff auf die Tarifautonomie vom Tisch? Nein!</i>	<i>S.46</i>		
<i>Ein klasse Treffen von aktiven Arbeiterinnen und Arbeitern</i>	<i>S. 50</i>		

## ***Revolutionärer Klassenkampf! Statt „Bündnis für Arbeit“!***

### **„Bündnis für Arbeit“**

Anfang November 1995 beginnt Herr Zwickel, Chef der Gewerkschaft IG Metall, die Werbetrommel für ein „Bündnis für Arbeit“ zu schlagen. Der vorgeschlagene Deal will von Kapital und Staat die Schaffung von 330 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, mehr Ausbildungsplätze, keine Kürzung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Als Gegenleistung wird der Verzicht auf Lohnerhöhungen und befristete Lohnabschläge bei der Einstellung von Langzeiterwerbslosen geboten. Die Gewerkschaften wollen also gemeinsam mit Staat und Kapital Probleme der Erwerbslosigkeit und soziale Probleme der Werktätigen angehen. Frei nach dem Motto „Wir sitzen doch alle in einem Boot“. Kann so etwas gut gehen oder muß es von vorneherein scheitern? Was ist denn bisher bei dieser DGB-Politik für uns herausgekommen?

### **1. Kanzlerrunde zum „Bündnis für Arbeit“: Kürzung der Arbeitslosenhilfe**

Die Arbeitslosenhilfe wird um 3 Prozent, anstatt um 5 Prozent, wie von der Regierung verlangt, gekürzt. Was für ein Erfolg den der DGB für uns da ausgehandelt hat! Und das bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenhilfe von ca. 1000 DM im Westen und sogar unter 1000 DM im Osten! Wollen sie uns immer erzählen „Es hätte noch viel schlimmer kommen können“? Wie haben sie

gekämpft, die Bosse der Gewerkschaften?! Sie kämpfen nicht gegen die Erwerbslosigkeit, sondern gegen die Erwerbslosen selbst! Das entsprechende Papier dazu, das Kapital, Staat und Gewerkschaften unterzeichneten, liest sich wie ein Forderungskatalog der CDU/CSU. So soll z. B. was die Löhne betrifft „der Aufbau einer ertragsabhängigen Säule das Instrumentarium der Tarifpolitik erweitern“! Ein erster Schritt in Richtung des drei-Säulenmodells vom damaligen Arbeitgeberpräsidenten Murmann. Löhne sollen sich nach einem Grundbetrag, einem Betrag abhängig von der Lage des Unternehmens und einer Leistungsprämie berechnen. Oder die Forderung nach „Erweiterung“ der „Handlungsmöglichkeiten der Betriebsparteien“: Das ist nichts anderes als ein Schritt in Richtung Aushebelung der Flächentarifverträge durch betriebliche Vereinbarungen zwischen Unternehmern und leicht erpreßbaren Belegschaften und Betriebsräten.

### **2. Kanzlerrunde: Bisherige Vorruhestandsregelung gekippt**

Im Vorfeld der zweiten Kanzlerrunde lügen Zwickel & Co., daß sich die Balken biegen: „Wenn die Bundesregierung die Vorruhestandspläne kippen will, trifft sie auf unseren entschlossenen Widerstand. Unsere Geduld ist am Ende.“ verkündete Zwickel vollmundig auf einer Protestkundgebung in Duisburg am 22.1.1996 (IG Metall-Zeitung „metall“, 2/96). In der zweiten Kanzlerrunde handeln Zwickel & Co. dann einen wahren Horrorkatalog bezüglich Vorruhestand und Renten aus und.... Sie lassen es wiederum als Erfolg

abfeiern! Die Überschrift in der Funktionärszeitschrift des DGB „Die Quelle“ 3/96 lautet „Es hat sich gelohnt“, die Unterüberschrift „Positives Signal“. Fragt sich, für wen?

Das Alter für den Vorruhestand nach einjähriger Erwerbslosigkeit wurde von 60 auf 63 Jahre hochgesetzt. Wer nach der alten Regelung in Frührente geht, muß mit Rentenabschlägen von bis 10,8% rechnen! Die einmalige Sonderregelung nach der einige jetzt noch ein letztes Mal nach der alten Regelung in Frührente gehen können wird von den Gewerkschaftsfürsten zu der dummdreisten Lüge benutzt, daß sie die Abschaffung der Frührente „glorreich“ verhindert hätten. In Wirklichkeit haben sie jedoch die Vorruhestandsregelung gekippt!

Nach der neuen Regelung können Werktätige ab 55 Jahre in Teilzeit gehen, die sogenannte „Altersteilzeit“, um jüngeren angeblich Platz zu schaffen. Die „Altersteilzeit“ bedeutet massiven Lohnraub und geringere Rente. Die Hochsetzung des Frührentenalters bedeutet für die Jüngeren zusätzlich längere Lebensarbeitszeit! Die Jüngeren sollen gegen die Älteren ausgespielt werden.

Massiver Lohnraub heißt im Klartext, daß nach der neuen Regelung die Hälfte des früheren Lohnes vom Unternehmer gezahlt wird und 20 % von den Arbeitsämtern, wenn die Bosse für Neueinstellungen sorgen, was als unverbindliche Klausel abgefaßt ist... Wenn sie das nicht tun, bedeutet „Altersteilzeit“ die Hälfte des früheren Lohnes! Und darüberhinaus: Die Unternehmen können die ArbeiterInnen erpressen mit

„Entweder du gehst auf Teilzeit oder ich entlasse Dich!“ und gar nichts ist mit Neueinstellungen!

Das Kapital kann jetzt also nicht nur ganz offen „alte Eisen“ aufs Abstellgleis schieben, sondern bezahlt die weitere Ausbeutung der „alten“ Arbeitskraft nicht einmal selbst. Das läßt es den Staat machen, der sein Geld von uns, den Werktätigen, kassiert. Wir dürfen also unsere eigene Ausbeutung auch noch selbst finanzieren!

### **3. Kanzlerrunde: Die Seifenblase der Gewerkschaften platzt**

Nach zwei Supererfolgen für Kapital und Staat ist das „Bündnis“ beim dritten Spitzengespräch am 15. Februar geplatzt! Der Präsident des Kapitalistenverbandes Gesamtmetall Gottscholl erteilte damit dem eigentlichen Kernstück des Zwickel-Deals eine Absage: Er war nicht bereit über den Abbau von Überstunden für mehr Arbeitsplätze zu reden. Dafür hatte er Zwickel 3 Monate hingehalten, zwei fette Brocken (Arbeitslosenhilfekürzung und Rentenregelung) eingesackt; ein leicht verdientes Geschäft! Im übrigen ließ Gottscholl verlautbaren, daß Gesamtmetall kein Mandat habe, um mit der IG-Metall eine tariffähige Einigung zu erzielen. Gottscholl hatte also von Anfang bis Ende mit falschen Karten gespielt: Mit nichts in der Tasche mal schauen, was rauszuholen ist. Nun könne es nur noch „Bündnisse für Arbeit“ auf regionaler und betrieblicher Ebene geben. Im übrigen ließ Gottscholl doch tatsächlich verkünden, um den Standort Deutschland zu verbessern, sei Mehrarbeit unverzichtbar (Junge Welt, 16.2.1996).

Schon kurz darauf logen die Gewerkschaftsböden lustig weiter: der IG-Metall-Bezirkschef von Baden-Württemberg, Zambelli, schätzte die Chancen für ein regionales „Bündnis für Arbeit“ optimistisch ein. (17./18.2.1996). Grundsätzliche Einigung zwischen Kapital, Staat und Gewerkschaft besteht nach dem Handelsblatt vom 16.2.95 z. B. in den Punkten niedrige Einstiegstarife für Erwerbslose, Ausdehnung befristeter Arbeitsverträge und Möglichkeiten der Flexibilisierung der Arbeitszeit. Zwickel gibt selbst zu, daß es keine „Arbeitgeber-Taten“ gab (metall 2/96). Die IG-Metall gibt selbst zu, daß die Arbeitgeber sich auf Bundesebene verweigert haben. Jetzt wollen sie auf Regionalebene genauso „erfolgreich“ weiterverhandeln!

### **Aber nicht mit uns!**

Was ist denn aus den 330.000 neuen Arbeitsplätzen geworden? Unter der Überschrift „Es hat sich gelohnt“ (Die Quelle, 3/96) schreibt der DGB selbst, daß das Handwerk damit rechnet, daß in Westdeutschland 90.000 Arbeitsplätze verloren gehen, daß allerdings in Ostdeutschland 30.000 neue Arbeitsplätze entstehen werden, daß die Bauindustrie mit 90.000 und die Metallindustrie mit 100.000 Entlassungen rechnet.

„Wenn der Arbeitslohn fällt, so steigt der Profit; und wenn der Arbeitslohn steigt, so fällt der Profit.“ (Marx Engels Werke, Band 16, S.140)

Selbst nach Angaben des DGB sind die Reallöhne der Werktätigen in Westdeutschland in den letzten drei Jahren um 5% gefallen. In Ostdeutschland sind die Löhne immer noch niedriger als im Westen. Auf der

anderen Seite sind die Netto-Gewinne der Unternehmen 1994 um 16% und 1995 um 12% hochgeschneit. Die Steuern, die uns Werktätigen direkt vom Lohn abgezogen werden, sind von 1991 bis 1995 um 37% gestiegen, während die Steuern der Unternehmer im gleichen Zeitabschnitt um 11,6% gefallen sind. Dazu kommen noch 150 Mrd DM, die vom Kapital jährlich an Steuern hinterzogen werden, sogar nach einer Schätzung von Herrn Eppelmann, CDU-Mitglied im Bundestag. Das Geldvermögen liegt in wenigen Händen: Die ärmsten 50% der Haushalte besitzen 1,2% des gesamten Geldvermögens, dagegen besitzen die reichsten 10% der Haushalte 51,2%. Im Januar gab es zwei Rekorde, einen neuen Höchststand der Erwerbslosenzahl, mittlerweile offiziell über 4 Millionen Menschen, und einen Höchststand der Aktienkurse. In Hamburg, der Stadt mit den meisten Millionären, lebt jedes vierte Kind im Vorschulalter in einem Sozialhilfe-Haushalt.

Was den Werktätigen, Erwerbslosen, Sozialhilfeempfängern bezahlt wird, kann das Kapital nicht als Profit haben, wenn das Kapital höhere Profite haben will, muß gespart werden bei Löhnen, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe etc.. Die Steuern, die wir Werktätigen zahlen, müssen die Kapitalisten nicht zahlen, sofern sie ihre Steuern nicht sowieso im großen Stil unterschlagen. Für die Kapitalisten sollen ab Januar 1997 dann auch die Gewerbesteuer und die Vermögenssteuer gestrichen werden, sowie die Erbschaftsteuer bei Betrieben wesentlich verringert werden. Dagegen hat

Waigel aber neue Steuern für uns Werktätige in der Tasche, z.B. der Wegfall der Steuerbefreiung für Nachtarbeitszuschläge, Feiertagszuschläge, Erziehungsgeld, Wohngeld etc..

Kapital und Arbeit haben keine gemeinsamen Interessen!

Es kann also nie ein Bündnis für Arbeit geben. So etwas wie Sozialpartnerschaft hat es auch nie gegeben.

### **Die Kämpfe in Frankreich**

Ende November bis Ende Dezember letzten Jahres entlud sich in Frankreich der gerechte Zorn der Werktätigen über ca 23% Kaufkraftverlust der letzten Jahre und der geplanten weiteren Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen. Es wurde gestreikt und demonstriert in vielen Städten Frankreichs, vor allem in Paris. Ihre gemeinsame Macht haben ArbeiterInnen von Eisenbahn, Metro, Fluglotsen, Post, Telekom, Elektrizitätswerke, Krankenhäuser, Autoindustrie, Druckereien, Radio, Bergwerke, Häfen... eindrucksvoll demonstriert. Auf der Straße und im Streik waren ImmigrantInnen, SchülerInnen und StudentInnen, Erwerbslose, Obdachlose mit den ArbeiterInnen im Protest und Widerstand vereint. Mehr als eine Million Menschen hatten am Streik teilgenommen, mehr als 2 Millionen Menschen sind allein am 12. Dezember auf die Straße gegangen, Verkehr und Transport waren ziemlich lahmgelegt, der Sitz der französischen Nationalbank Banque Française wurde besetzt, militante Auseinandersetzungen nach

dem Angriff der Polizei fanden statt. Die Regierung Juppé hat kräftig gewackelt, stand kurz vor dem Rücktritt. Die Gewerkschaften wollten das nicht und retteten die Regierung, indem sie den Streik abwürgten. In den Generalstreik des öffentlichen Dienstes sind nach und nach die anderen Werktätigen, Schüler und Studenten etc. mit ihren speziellen Forderungen eingestiegen. Dazu sagte ein Bergarbeiter: „Das ist ein Kampf, obwohl die Bergleute ihre spezifischen Probleme haben, aber der Kampf ist ein Kampf der gesamten Arbeiterklasse in Frankreich.“ Dieser gemeinsame Kampf hat die Bewegung so stark gemacht. Auf der Grundlage der Stärke dieser Bewegung mußten Staat und Kapital einige Zugeständnisse machen, alle Forderungen der Streikenden und Demonstrierenden konnten nicht durchgesetzt werden. Das französische Kapital hat die Klassenkämpfe ausgewertet und kommt zu folgenden Schlüssen: Sie haben Angst um den Einfluß der Gewerkschaften auf die Werktätigen, weil die Gewerkschaften die Werktätigen nicht ausreichend kontrollieren können. Sie haben Angst vor neuen klassenkämpferischen Gewerkschaften. Sie haben Angst vor der Koordination der Werktätigen außerhalb der Kontrolle der Gewerkschaften. Um dagegen zu steuern, wollen sie die kapitaltreuen Gewerkschaften zusammenfassen und stärken.

Die Kämpfe in Frankreich, gemeinsam geführt, das war Klassenkampf. Aber die Kämpfe waren vor allem Abwehrkämpfe und nur in Ansätzen selbstständig und offensiv. Genau das sind aber die Ansätze, die weiterentwickelt werden müssen, in denen unsere

Perspektive liegt, die für uns in Deutschland vorbildhaft sind.

### **DGB: Alle gegen alle, nur nicht gegen's Kapital**

Als in Deutschland im Januar für den Erhalt der Frührenten die in Frankreich auch geändert werden sollten, aber beibehalten werden mußten demonstriert wurde und unter den Werktätigen über „französische Verhältnisse“ auch für Deutschland geredet wurde, erklärt der DGB klipp und klar „Das wollen wir nicht.“ Warum? Schauen wir uns mal an, wie sich der DGB überhaupt seine Politik vorstellt.

„Wenn wir unsere Grundwerte zum Maßstab unseres Handelns nehmen, dann bedeutet dies nicht, daß damit der Gegensatz von Kapital und Arbeit zu den Akten gewerkschaftlicher Programmatik gelegt wäre. Er ist für viele Auseinandersetzungen in der Arbeitswelt und für viele Verteilungskonflikte in dieser Gesellschaft nach wie vor bestimmend.“ (DGB-Chef Schulte in „Die Quelle“, 1/96, S. 9)

Man könnte meinen, der DGB würde den Gegensatz von Kapital und Arbeit nicht zu den Akten legen. Aber, ein paar Sätze weiter heißt es:

„Zum anderen werden wir auch zur Kenntnis nehmen müssen, daß sich heute Verteilungskonflikte nicht mehr (!) vorrangig aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit ableiten lassen. Verteilungskonflikte zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zwischen den Geschlechtern um Lebenschancen, Teilhabe und Macht, zwischen denen, die Arbeit haben und den Erwerbslosen, Konflikte zwischen Arm und Reich in

Europa und der Welt und auch Konflikte um die Verteilung der knappen Ressourcen der Natur können wir mit dem traditionellen Verständnis von Klassenauseinandersetzungen weder erklären noch lösen. Wir brauchen vielmehr ein neues Verständnis des gerechten Teilens, geleitet von Solidarität, um Freiheit zu ermöglichen. Darin muß der unverwechselbare Charakter gewerkschaftlicher Politik in Zukunft bestehen.“ (ebenda S. 9)

Im Kapitalismus gibt es immer den Verteilungskonflikt um die Werte und Waren, hergestellt von den Werktätigen, und zwar zwischen Kapitalisten und Werktätigen. Das Kapital, das keine Werte schafft, das nicht arbeitet oder hat schon jemand das Kapital neben sich auf der Baustelle, an der Werkbank oder am Fließband arbeiten gesehen, eignet sich immer einen Teil der Werte, geschaffen von den Werktätigen, an. Je weniger für die Lebensbedingungen der Werktätigen verausgabt wird, desto größer der Profit des Kapitals, um so mehr Lohn die Werktätigen erhalten, desto geringer der Profit des Kapitals. Das ist der Verteilungskonflikt, und kein anderer! Welche Verteilungskonflikte hat aber der DGB-Vorsitzende Schulte ausgemacht? Verteilungskonflikte zwischen Frauen und Männern, zwischen Arbeitern und Erwerbslosen, zwischen Jung und Alt, zwischen Arm und Reich in Europa und in der Welt, um die Verteilung der Naturressourcen.

**Der Verteilungskonflikt besteht zwischen Kapital und Arbeit**

All diese Gegensätze, die Schulte aufzählt, sind Spaltungen innerhalb der Werktätigen, die Kapital und DGB mehr oder weniger offen vorantreiben, um uns zu spalten, abzuhalten vom gemeinsamen Kampf für unsere gemeinsamen Interessen gegen unseren gemeinsamen Feind, das Kapital. Diese Spaltungen müssen im solidarischen, gemeinsamen Kampf überwunden werden. Wir dürfen uns nicht ständig gegeneinander ausspielen lassen. Jedesmal wenn wir uns gegeneinander ausspielen lassen, profitiert davon nur das Kapital.

#### **Männer und Frauen gemeinsam gegen's Kapital**

Wieso leugnet der DGB die gemeinsamen Interessen von werktätigen Männern und Frauen im Kampf für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen gegen das Kapital? 40 Mrd DM verdient das Kapital jährlich an der Unterbezahlung der werktätigen Frauen. Sollen Männer jetzt im Geiste patriarchaler Unterdrückung dafür kämpfen, daß das Kapital noch mehr an der Unterbezahlung der Frauen profitiert oder sollen sie gemeinsam gegen das Kapital bessere Bedingungen für die Frauen erkämpfen? Sollen sie nicht vielmehr gemeinsam gegen die patriarchalen Vorstellungen in den Köpfen der Menschen und gegen die patriarchalen Strukturen in der Gesellschaft ankämpfen, um den gemeinsamen Kampf gegen Kapital und Staat auch gemeinsam führen zu können?

#### **Werkstätige mit und ohne Lohnarbeit gemeinsam gegen's Kapital**

Oder wie stellt sich Schulte den Verteilungskampf zwischen Werktätigen mit und ohne Lohnarbeit vor? Soll jeder Mensch mit entlohnter Arbeit jetzt seine Lohnarbeit gegen die Erwerbslosen verteidigen. Im Kapitalismus ist die Arbeitskraft zur Ware geworden. Erwerbslosigkeit war und wird immer eine Begleiterscheinung des Kapitalismus sein. Vollbeschäftigung ist im Kapitalismus nicht zu erreichen. Müssen wir, Werktätige mit und ohne Lohnarbeit, nicht gemeinsam für bessere Lebensbedingungen, höhere Löhne, höheres Erwerbslosengeld und ein besseres Sozial- und Krankensystem, etc., gegen das Profitinteresse des Kapitals kämpfen?

#### **Jung und Alt gemeinsam gegen's Kapital**

Oder der Verteilungskampf zwischen Jung und Alt. Soll die Parole der Jugend sein für mehr Ausbildungsvergütung und weniger Rente, die Parole der RentnerInnen für mehr Rente und unbezahlte Arbeit in der Ausbildung. Nein. Die gemeinsame Parole von Jung und Alt muß lauten für bessere Ausbildung und Bezahlung der Arbeit in der Ausbildung und bessere Rentenregelungen und höhere Renten auf Kosten des Profits des Kapitals.

#### **Werkstätige aller Länder gemeinsam gegen's Kapital**

Und nun die Verteilungskonflikte zwischen Arm und Reich in Europa und der Welt. Wie soll gerade das ein Verteilungskonflikt jenseits von Klassenauseinandersetzungen sein? Wir befinden uns im Monopolkapitalismus, im Imperialismus. Imperialistische

Metropolenländer, wie die BRD eines ist, beuten abhängige Länder gnadenlos aus. Was ist denn mit den „Billiglohnländern“? In diesen Ländern wird unter imperialistischen Bedingungen gearbeitet. Dort ist auch das BRD-Finanzkapital immer dabei. Dort presst das Kapital in noch unverschämterer und brutalerer Weise Maximalprofit aus der Arbeitskraft der Werktätigen heraus. Mit wem haben wir denn gemeinsame Interessen? Mit dem deutschen Kapital, das hier wie dort Profit aus uns Werktätigen herauspreßt, oder mit den Werktätigen dort. Ob bei VW in der BRD oder in Brasilien, ob bei Daimler-Benz in der BRD oder in Südafrika, das deutsche Kapital wird reicher davon. Hier in den Metropolen haben die Werktätigen einen wesentlich höheren Lebensstandard, der zum Teil auch aus der Ausplünderung der vom Imperialismus abhängigen Ländern kommt.

Die DGB Fürsten wollen uns in dieser Situation auf den Kampf für ein paar Reförmchen beschränken, wollen unsere Konkurrenz zu den ArbeiterInnen aus den unterdrückten Ländern anheizen. Standort Deutschland ist ihre Parole. Wir können dieser chauvinistischen Haltung nur entgegentreten, wenn wir den Kampf grundlegend für den Sturz des Systems führen. Die Losung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird weltweit solange eine Illusion bleiben, solange das imperialistische System existiert. Imperialismus heißt u.a. Ausbeutung und Ausplünderung der abhängigen Länder durch eine Handvoll imperialistischer Großmächte. Es heißt verschärfte Lebens- und Ausbeutungsbedingungen für die Werktätigen und

ProletarierInnen in diesen Ländern. Daraus folgt, daß wir einen entschiedenen Kampf gegen den Chauvinismus der Reformisten führen müssen, die nicht gewillt sind, ihre eigene imperialistische Regierung zu bekämpfen und den Kampf der unterdrückten Völker um die Befreiung aus der Knechtschaft zu unterstützen. Gerade aber das ist heute das Gebot des proletarischen Internationalismus der Tat. Wird diese Aufgabe nicht erfüllt, landen wir wieder auf der Seite „unserer“ Herrschenden und werden, wie schon zweimal, fürs deutsche Kapital in den Eroberungskrieg ziehen! So finanziert der BRD Staat heute den Krieg in Kurdistan und das faschistische Regime in der Türkei mit. In Nordkurdistan-Türkei herrscht der Faschismus mit fleißiger Unterstützung der BRD. Wirtschaftshilfe zur besseren Ausbeutung der Werktätigen, Polizeihilfe und Militärhilfe zur besseren Unterdrückung der ausgebeuteten Massen und zur Unterstützung des Vernichtungskrieges gegen die kurdische Bevölkerung. Die BRD macht mobil, um im Zweifelsfalle sich nicht auf die Unterdrückung der dortigen Regime verlassen zu müssen, sondern die Unterdrückung und Ausbeutung mit deutschem Militär sicherstellen zu können. Außenminister Kinkel sagte: „... Nach außen gilt es, etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: ... zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht.“ (FAZ, 19.3.1993). Deutschland hat zwei Weltkriege angezettelt und rüstet nun für eine weitere Neuaufteilung der Welt. Im November letzten Jahres wurden die Mittel des Kriegsministeriums um 48,2 Mrd

DM erhöht. Also wollen wir im Interesse des deutschen Kapitals Verzicht üben, damit sie das Geld, das sie geraubt haben für die Aufrüstung der Bundeswehr verwenden, um mit bekannter deutscher Gründlichkeit Ausbeutung, Unterdrückung und Ausrottung in anderen Ländern zu organisieren? NIEMALS. Unsere Solidarität gilt den unterdrückten und ausgebeuteten Menschen weltweit. Genauso sieht es mit dem Verteilungskampf der knappen Naturressourcen aus. Die BRD plündert zusammen mit den anderen imperialistischen Metropolen die Naturressourcen aller Länder für den Maximalprofit des Kapitals. All das hat beim DGB nichts mit Kapitalismus zu tun. Die Werktätigen in der BRD sollen sich gegen die Werktätigen der anderen Länder mit dem BRD-Kapital verbünden, zugunsten des BRD-Kapitals Verzicht üben. Da paßt es auch gut, daß Schulte im gleichen Absatz des Zitates die DGB-Kooperation mit dem Kapital lobt, daß die erfolgreiche Politik des DGB den Standort Deutschland stabilisiert hat und spielt sich vor den Kapitalisten auf, daß der DGB der bessere Manager der deutschen Kapitalinteressen ist. Für uns kann es nur eines geben, nämlich die Interessen der Werktätigen. Dies verträgt sich nicht mit den Interessen des Kapitals. Die Interessen stehen sich unvereinbar gegenüber. Wir haben gemeinsame Interessen mit den Werktätigen weltweit. Deswegen heißt unsere Parole „Proletarischer Internationalismus“. Niemals heißt unsere Parole „Standort Deutschland“ oder „Bündnis für Arbeit“ mit dem Kapital.

**Ost und West gemeinsam gegen's Kapital**

Eine weitere Spaltung der Werktätigen, mit der wir gegeneinander ausgespielt werden sollen, ist die Spaltung zwischen Ost und West. Im Osten gibt es höhere Erwerbslosigkeit und niedrigere Löhne. Das wird verwendet, um die Werktätigen im Osten gegen ihre KollegInnen im Westen aufzubringen. Der Solidarzuschlag bringt die Werktätigen im Westen gegen ihre Kollegen im Osten auf. Profitieren tut das Kapital, Ost-Betriebe für eine Mark, hohe finanzielle Förderung des Staates für Investitionen. Aktuell behindert diese Spaltung die Werktätigen aus Ost und West, den Kampf z.B. bei Vulkan gemeinsam gegen das Kapital zu führen. In Bremerhaven demonstrierten im Februar 20 000 Menschen unter einem gemeinsamen Aufruf von Gewerkschaften und Arbeitgeberverband, auch mit dem SPD Bürgermeister. Im Osten wird von Gewerkschaften und Landesregierung ein ostdeutscher Werftenverbund betrieben, der in der kapitalistischen Konkurrenz die besseren Chancen gegenüber dem Westwerftenverbund haben dürfte. Dann dürften im Westen wohl die meisten Arbeitsplätze vernichtet sein. Deutsche Einheit einmal anders herum. Sind das aber die gemeinsamen Interessen der Werktätigen? Das Kapital schrumpft sich mal wieder gesund durch Umstrukturierung und Massenentlassungen.

**Deutsche und ArbeiterInnen anderer Nationalitäten gemeinsam gegen's Kapital**

Nicht erwähnt hat Schulte noch die Spaltungslinie zwischen Deutschen und MigrantInnen, Flüchtlingen etc.

Auf Baustellen z.B. in Berlin, der neuen Hauptstadt des deutschen Kapitals, arbeiten ca. 30.000 illegal Beschäftigte, teilweise für unter 3 DM pro Stunde. Die Großen im Baugeschäft lassen die Hälfte der Arbeiten mittlerweile durch EG-Firmen erledigen, darunter Subunternehmen mit Werkverträgen für Werkstätige aus den „Billiglohnländern“. Damit unterlaufen die Bauunternehmen bewußt die Tarifverträge, verdienen sich an den billigen Arbeitskräften, die keine oder kaum Rechte haben, eine goldene Nase. Die „Ausländer“, die hierhin als Flüchtlinge vor den vom deutschen Imperialismus (mit)verschuldeten politischen und wirtschaftlichen Zuständen geflohen sind oder schon längst als Einwanderer in der BRD leben, sind gezwungen zu wesentlich geringerem Lohn die gleiche Arbeit wie ein Werkstätiger mit deutschem Paß zu leisten. Aus dieser Unterbezahlung zieht das Kapital einen schönen Extraprofit. Das Kapital will damit auch die Löhne der Werkstätigen mit deutschem Paß senken. Und wie wird den Werkstätigen die Unterbezahlung der ausländischen Arbeitskräfte verkauft? Kapital und Regierung rühren fleißig die nationalistische Trommel. Mord, Totschlag, Brandanschläge, die ganz „normale“ Anmache nicht deutsch aussehender Menschen läßt dann auch nicht auf sich warten. Auch die Gewerkschaft macht da mit. Köhler, Pressesprecher der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden: „Die ausländerfeindliche Stimmung entsteht genau dadurch, daß diese Bauarbeiter unseren heimischen (!) Bauarbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen.“ Aber dieser Rassismus wird nur geschürt, um uns, die Werkstätigen, gegeneinander aufzuhetzen.

Durchbrechen wir die rassistischen Vorbehalte, kämpfen wir Seite an Seite gegen die Ausbeutung durch das Kapital, für höhere Löhne für Deutsche und Werkstätige anderer Nationalität auf Kosten des Profits des Kapitals.

### **DGB- korrupte Arbeiterführer - bestochen vom Kapital**

Aber wo kommen sie her, diese „Arbeiter“vertreter auf der Seite des Kapitals, die nicht unseren Kampf führen, sondern den Kampf des Kapitals gegen uns, die die Spaltungen innerhalb der Werkstätigen weltweit vorantreiben wollen, um uns von unserem gemeinsamen Kampf gegen das Kapital abzuhalten? Vor dem ersten Weltkrieg hat die SPD die gemeinsamen Interessen der Werkstätigen der unterschiedlichen Länder verraten und die Parole „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ für immer zu den Akten gelegt, indem sie die Kriegskredite bewilligte, und sich mit dem deutschen Kapital verbündete. Heute ist es längst keine offene Frage mehr, daß die SPD den Kriegskurs des deutschen Imperialismus mitmacht, auch wenn sie dies ab und zu noch etwas verschleiert. Lenin hat damals analysiert, woher dieser Verrat der SPD an den Interessen der Werkstätigen weltweit kam:

„Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen EXTRAPROFIT (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres 'eigenen' Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie b e s t e c h e n kann. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der 'fortgeschrittenen' Länder

bestochen - durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte.

Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der 'Arbeiteraristokratie', in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist ... in unseren Tagen die soziale (nicht militärische) Hauptstütze der Bourgeoisie. Denn sie sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommiß der Kapitalistenklasse... wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie" (Lenin Werke Band 22, S. 198).

Das war 1920 richtig und ist es auch heute. Der Extraprofit wird heute in noch viel größerem Maße als 1920 aus den abhängigen Ländern gepreßt. Diese „Arbeiterführer“ werden auch heute bestochen, oder woher hatte ein Herr Steinkühler überhaupt 1.000.000 DM, um damit an der Börse zu spekulieren? Heute profitiert eine viel breitere Schicht der ArbeiterInnen aus dem Extraprofit des Kapitals. Auch heute ist DGB-Chef Schulte ein Agent der Bourgeoisie innerhalb der ArbeiterInnenbewegung, indem er die Spaltungen innerhalb der Werktätigen propagiert und den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu den Akten legt. Auch heute sind sie Schrittmacher des Reformismus, indem sie ständig das Bündnis mit dem Kapital gegen die Interessen der Werktätigen propagieren und durchführen, indem sie Streiks abbrechen, klassenbewußte ArbeiterInnen aus den

Gewerkschaften ausschließen. Auch heute sind sie wirkliche Schrittmacher des Chauvinismus, indem sie deutsche Werktätige und Werktätige anderer Nationalitäten gegeneinander ausspielen, den Rassismus der Bourgeoisie in die ArbeiterInnenbewegung tragen, indem sie den Kriegskurs des deutschen Imperialismus geschehen lassen und predigen, daß wir Lohnverzicht z.B. letztendlich für die Aufrüstung der Bundeswehr, üben sollen, indem sie die Arbeitsbedingungen und Löhne bei den deutschen Firmen im Ausland nicht als verschärfte Ausbeutung der Werktätigen in diesen Ländern brandmarken, sondern uns mobilisieren für den Kampf für deutsche Arbeitsplätze und nicht für den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Ausbeuter. Auch heute werden sie sich im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie stellen. Die Sondereinsatzkommandos der Polizei und des Bundesgrenzschutzes trainieren schon seit den 70er Jahren, unter einer SPD-Bundesregierung, die gewaltsame Beendigung von Betriebsbesetzungen.

### **Kämpfen!**

Folgen wir diesen korrupten Verrätern von der Gewerkschaftsführung, die mehr zu verlieren haben als ihre Ketten, die im Gegenteil ihre eigene Existenz auf Gedeih und Verderb an die Existenz des Kapitals gekettet haben, die mitschuldig an den Verbrechen des deutschen Imperialismus sind und mit ihm untergehen werden?

Nein, wir Werktätige müssen solidarisch und klassenbewußt, den gemeinsamen Klassenkampf führen, Frauen und Männer gemeinsam, mit und ohne bezahlte Arbeit gemeinsam, Ost und West gemeinsam, Jung und Alt gemeinsam, von Fabrik zu Fabrik, egal in welchem Land sie steht, gemeinsam, deutsche und ArbeiterInnen verschiedener Nationalitäten gemeinsam, so haben wir eine Welt zu gewinnen, ohne Ausbeutung, das, was wir schaffen, wird uns gehören, ohne Trennung und Spaltung in Nationen mit diesem widerlichen, bluttriefenden Rassismus, ohne Trennung und Spaltung in Männer und Frauen mit z.B. der patriarchalen Prostitution, ohne Trennung und Spaltung in Menschen mit und ohne Arbeit durch Arbeit für alle, ohne Trennung von Jung und Alt durch Perspektiven für die Jugend und einen gesicherten Lebensabend für die Alten. Das ist der Sozialismus, die Diktatur des Proletariats. Ihn zu fürchten haben nur die Ausbeuter, Kapitalisten und Kapitalistenknechte. Für uns Werktätige wird es eine Gesellschaft sein, in der wir über die Werke unserer Arbeit verfügen, kollektiv und solidarisch, in der die Demokratie für uns Werktätige verwirklicht ist. Wir werden die Welt in unseren Händen halten und den Teufel tun, die weitere Vernichtung der Natur mit ihren Reichtümern und die Vernichtung der gesellschaftlichen Reichtümer wie im Kapitalismus fortzusetzen.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker  
vereinigt Euch!

Mai 1996

### *Selbständige Kampf- und Streikkomitees!*

**Denn für die DGB-Bonzen gilt:**

**Wer solche Freunde hat,**

**braucht eigentlich keine Feinde mehr!**

Kennen wir einen von den Gewerkschaftsbonzen geführten Streik, dessen Forderungen gegen das Kapital durchgesetzt wurden? Nein! Jedes Mal spielt sich das gleiche Theater ab. Wenn die Gewerkschaftsbonzen unter dem Druck der ArbeiterInnen ungewollt einen Streik ankündigen, stellen sie die Forderungen auf, die dem Kapital nicht wehtun, und versuchen alles zu unternehmen, um einen Streik im Vorfeld doch noch zu vermeiden. Wenn er aber unvermeidbar ist, wird alles getan, um die Zahl der bestreikten Betriebe und die in den Streik tretenden Belegschaften auf niedrigstem Niveau zu halten, und den Streik in kürzester Zeit zu beenden. Bei Streiks wird vor den Kulissen eine Kampfzene zwischen Kapital und DGB initiiert und hinter den Kulissen in alter Manier gemeinsam nach einem für das Kapital akzeptablen Kompromiß gesucht. Die meisten der Forderungen des Streiks werden fallengelassen, einige wenige Forderungen werden beschnitten von der Kapitalseite akzeptiert, damit dieser Betrug auch ja nicht auf den ersten Blick zu sehen ist. Aber selbst das ist doch nur im besten Falle so. Denn in den Zeiten, in denen die Offensive des Kapitals und seines Staates gegenüber den ArbeiterInnen und anderen Werktätigen massiver wird, wird nicht mal

halbherzig gekämpft, sondern mit dem Kapital noch enger zusammengerückt. Und so wird das Bündnis mit dem Kapital, das heute verlogen den ArbeiterInnen als „Bündnis für Arbeit“ verkauft wird, noch enger geschlossen.

Und welche Rolle wird uns ArbeiterInnen in diesem Szenario zugedacht? Im besten Falle die Rolle der Statisten. Wir haben nicht das Recht, ein Kampfmittel selbst zu wählen, einen Streik zu beginnen, kein Recht die Forderungen des Streiks selbst aufzustellen, nicht mal die Dauer des Streiks können wir selbst bestimmen. Letztendlich bestimmt über das Schicksal des Streiks immer die Gewerkschafts -Führung. Erinnern wir uns doch nur an die Tarifverhandlungen, die 1992 im Stahlbereich geführt wurden. Obgleich sich bei der Urabstimmung zeigte, daß 86% der gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen bereit waren für eine 15% Lohnerhöhung zu streiken, verständigte sich die ÖTV hinter verschlossenen Türen mit den Arbeitgebern auf lächerliche 5,9% . Im ÖTV Streik '92, den die ÖTV-Bürokraten nicht im Vorfeld verhindern konnten, wurde der Streik durch die ÖTV-Führung verraten, obwohl eine überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder sich gegen die von den Bürokraten akzeptierte Lohn "erhöhung" aussprach und weiter streiken wollte. In den letzten Jahren wird nichtmal mehr vom Streik geredet. Unter dem Motto „Wir sitzen doch alle im selben Boot“ werden wir gezwungen, immer mehr „Opfer für das Kapital“ zu bringen.

Jeder Verzicht auf den Kampf, jeder Verrat des Kampfes durch die Gewerkschaftsbürokraten gegen die Angriffe

des Kapitals und seines Staates bedeutet für uns immer mehr Verarmung, Erwerbslosigkeit, Entrechtung. Der Kampf aber war, ist und wird die einzige Möglichkeit sein, uns gegenüber den Angriffen effektiv zu wehren und unsere Forderungen durchzusetzen. Der Streik ist eins der wichtigsten Kampfmittel dafür. Im Streik sehen und sehen wir, wer unsere Freunde und Feinde sind, und erleben, daß wir, wenn wir zusammen kämpfen, eine Macht darstellen. Aber diese Macht sind wir nur, wenn wir die Sache in unsere eigenen Hände nehmen, wenn wir nicht zulassen, daß eine Handvoll Gewerkschaftsbonzen darüber bestimmt, ob, wie, wann, wie lange, mit welchen Forderungen wir kämpfen/streiken. Dafür ist es notwendig, daß wir, wenn wir einen Kampf beginnen, uns ein von den Gewerkschaftsbossen unabhängiges Organ in den Betrieben schaffen. Ein Kampfkomitee, das direkt von der ganzen Belegschaft (unabhängig ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht) aus unserer Mitte gewählt wird, um den konkreten Streik und/oder eine konkrete Kampfaufgabe in unserem Interesse zu organisieren, zu koordinieren und zu leiten. Ein Kampf/Streikkomitee, das unser volles Vertrauen genießt, den ArbeiterInnen über jeden Schritt Rechenschaft ablegt, und im Falle unseres Mißtrauens jederzeit wieder absetzbar ist. Ein Komitee, das nicht dazu da ist, um hinter verschlossenen Türen mit den Bonzen zu klüngeln und in die Fußstapfen der Gewerkschaftsbürokratie zu treten, sondern für die von uns aufgestellte Forderung als Minimalziel zu kämpfen. Nur eine solche Kampf/Streikleitung gibt uns die

Möglichkeit, die stärkste Einheit und breiteste Solidarität in der Belegschaft herzustellen, nicht nur unsere eigenen Forderungen kundzutun, sondern auch sie erfolgreich zu erkämpfen. Mehr denn je brauchen wir Streik/und Kampfkomitees, um uns gegen ununterbrochene Angriffe des Kapitals zu wehren, um zu verhindern, daß uns immer mehr Rechte genommen werden und um weg von der Defensive in die Offensive zu gehen.

Natürlich werden solche Streik- und Kampfkomitees weder von den Bonzen, noch vom Staat oder den Gewerkschaftsbürokraten als Verhandlungspartner akzeptiert. Die DGB Bonzen werden sich davon distanzieren und einen solchen Streik als „wilden Streik“ diffamieren. Aber lassen wir uns nicht davon beirren. Wir müssen darauf bestehen, daß die von uns gewählten VertreterInnen als Verhandlungspartner akzeptiert werden. Auch wenn wir dieses Ziel nicht erreichen, haben wir zumindestens ein eigenes Organ, das für uns kämpft. Dieses ist auch gegenüber den Gewerkschaftsbonzen ein Druckmittel und zeigt unsere Entschlossenheit im Kampfe.

Die kämpferische Haltung der Kaliarbeiter und ihrer Angehörigen in Bischofferode 1993 ist uns ein Beispiel. Gegen die Schließung ihres Werkes nahmen sie den Kampf auf. Sie gründeten ein eigenes Streikkomitee, besetzten das Werk und führten, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen, einen Hungerstreik durch. Diesen Kampf richteten sie auch gegen die Gewerkschaftsbonzen, die die sofortige Beendigung des Hungerstreiks forderten. Dies war zwar ein Kampf um

Reformforderungen, der das kapitalistische System nicht in Frage stellte, und sich auf das Ziel Sicherung des Arbeitsplatzes beschränkte, aber beispielhaft war der Kampf in seiner organisatorischen Seite. Er bewies, daß trotz und gegen Gewerkschaftsbonzen ein Kampf organisiert und durchgeführt werden kann. Dieser Kampf sollte auch für die ArbeiterInnen bei Vulkan ein Beispiel sein. Nicht zusammen mit SPD, Bürgermeister und Bonzen läßt sich was erreichen, sondern nur dann, wenn wir ArbeiterInnen die Sache in unsere eigenen Hände nehmen.

Eigenständige Kampfkomitees für einen konkreten Streik oder eine Kampfaufgabe zu gründen, bedeutet für uns nicht, uns gegen eine gewerkschaftliche Organisation zu stellen oder aus der Gewerkschaft auszutreten. Nein, die Gewerkschaften sind die breitesten Massenorganisationen der ArbeiterInnen und Angestellten. Sie sind die erste Schule der Organisation, der Solidarität und des Kampfes. Wenn der DGB keine dieser Eigenschaften besitzt, so liegt das daran, daß der DGB eine gelbe Gewerkschaft ist, der sich von Anfang an in den Händen der Bonzen befand und befindet, die dem Apparat ihren Charakter aufdrücken. Nein, wir müssen in den Gewerkschaften bleiben, in diesen einen revolutionären Kampf für unsere Interessen und nicht für die der Gewerkschaftsbosse führen. Nicht gegen die gewerkschaftliche Organisation, sondern gegen die Gewerkschaftsbonzen und ihren Verrat an jedem Streik gerichtete Organe brauchen wir.

Wir sitzen nicht im gleichen Boot mit dem Kapital,  
bekämpfen wir es überall!  
Wer hat uns verraten? DGB-Bürokraten!  
Vergessen wir nicht:  
Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon  
verloren!  
Schaffen wir Streik- und Kampfkomitees!

Mai 1996

### *Wie steht's im Kampf um die Lohnfortzahlung?*

Unternehmer und Regierung blasen zum Großangriff auf errungene soziale Rechte der Werktätigen. Zahllose Verschärfungen für die Situation der Werktätigen sind schon durchgesetzt wie beispielsweise die Verschlechterung der Rentenregelung. Ständig werden weitere Kürzungen auf Kosten der Lebenssituation der Werktätigen in Bundes- und Länderhaushalten geplant und durchgesetzt. Nullrunden bis zum Jahr 2000, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Vernichtung von Arbeitsplätzen, Schließungen von Jugendprojekten, Kürzungen bei Lehrmitteln in den Schulen und so weiter, an allen Ecken und Enden wird gespart und gekürzt auf Kosten der Werktätigen. Gegen eine Vielzahl der Verschärfungen gibt es bisher nur ohnmächtige Wut und nur vereinzelt Proteste und Widerstand. Besondere Bedeutung gewinnt dabei die Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Bundesregierung hat per Gesetz die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle von 100% auf 80% ermöglicht und die Kapitalisten versuchen jetzt, diese Regelung in ihren Betrieben durchzudrücken. Gesamtmetall, die Organisation der Kapitalisten der Metallindustrie, hat versucht diese Kürzungen sofort anzuwenden. Massive Proteste gegen die sofortige Umsetzung der 80%-igen Lohnfortzahlung haben es einzelnen Unternehmen im eigenen Interesse besser erscheinen lassen, ihren Belegschaften zu

versichern, daß die tarifvertragliche Lösung der 100%-igen Lohnfortzahlung bis zu einem neuen Tarifvertrag beibehalten wird. Es erschien den Konzernbossen besser, die Regelung in den Tarifverträgen abzuwarten. Dadurch wurde der Vorstoß von Gesamtmetall von den eigenen Konzernen untergraben und scheiterte.

Die Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat für alle Werktätigen eine existentielle Bedeutung. Können wir es uns leisten nicht arbeiten zu gehen, wenn wir krank sind? Oder müssen wir uns krank zur Arbeit schleppen? Werden wir unseren Jahresurlaub verwenden müssen um wieder gesund zu werden? Geraten wir in die Verschuldung bei unserer nächsten Krankheit? Wie bezahlen wir überhaupt unsere Genesung, wenn immer mehr Leistungen der Krankenkassen auf uns abgewälzt werden? All diese Fragen führten zu einer hohen Kampfbereitschaft der Werktätigen. Nur durch Kampf konnte die 100%-ige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in den fünfziger Jahren durchgesetzt werden, nur durch Kampf wird sie zu verteidigen sein. In der Süßwarenbranche fanden die ersten Streiks zum Erhalt der 100%-igen Lohnfortzahlungen statt. Die ersten Haustarifverträge sind mit Erhalt der 100%-Regelung abgeschlossen worden. Die Kapitalisten erreichen damit zwar erst einmal nicht die flächendeckende Durchsetzung der 80%-Regelung, aber durch diese Haustarife kommen sie ihrer erklärten Strategie zum Ausstieg aus den Flächentarifverträgen einen deutlichen Schritt näher. Der DGB hat in seinem neuen Grundsatzprogramm, das Mitte November 96 verabschiedet wurde, den

Flächentarifvertrag auch schon aufgeweicht. In die Flächentarifverträge sollen „Wahlmöglichkeiten“ aufgenommen werden, um die „unterschiedlichen Bedürfnisse der Beschäftigten“ und die „unterschiedlichen Bedingungen der einzelnen Branchen und Unternehmen“ zu berücksichtigen. Damit untergraben die Gewerkschaften mal wieder ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen gegen die Kapitalisten und spalten die Werktätigen. Zum anderen können sich die Kapitalisten mit ihrer Diskussion über den Krankenstand durchsetzen und es wird über „Blaumacher“ diskutiert und nicht über krankmachende Arbeitsbedingungen. In dieser Frage kommen die Gewerkschaften den Kapitalisten auch sehr entgegen. Gemeinsam diskutieren sie den Kampf gegen die Kranken und nicht den Kampf gegen die krankmachenden Arbeitsbedingungen. Entsprechend sehen die Angebote der IG-Metall beispielsweise aus. Anstatt direkt durch die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Druck auf die Werktätigen auszuüben, soll die Kürzung durch die Hintertür durchgesetzt werden, indem nämlich den Kranken Kürzungen an anderer Stelle, bei Urlaubstagen, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld aufgebürdet werden. Wie sieht denn der von der IG-Metall Niedersachsen gefeierte Abschluß aus: 100% Lohnfortzahlung auf 5 Jahre, Berechnung der Lohnfortzahlung allerdings ohne Überstunden und ohne Zuschläge, Kürzung des Weihnachtsgeldes um 5%, Lohnerhöhung im April 97 um 1,5% und im April 98 um 2,5%. Die Kapitalisten rechnen nach: weniger als 1% Erhöhung effektiv, das heißt noch nicht mal

Inflationsausgleich, sondern effektive Lohnsenkung. Das paßt dem Kapital, auch wenn sie sagen, für die anderen Tarifgebiete wollen wir noch mehr. Weiterhin ist vereinbart worden, daß das Weihnachtsgeld in Haustarifen pauschal um weitere 5% gekürzt werden kann und diese Summe als Prämie unter der Belegschaft nach dem persönlichen Krankenstand verteilt werden kann. Dadurch erlaubt dieser Abschluß den Kapitalisten trotz aller Augenwischerei der DGB-Bürokraten unsere Einkommen an unseren Krankenstand zu koppeln, und die Konkurrenz unter den KollegInnen anzuheizen.

Die im Vergleich zu anderen Arbeitskämpfen relativ entschlossene Haltung der Werktätigen hat in etlichen Fällen die sofortige Durchsetzung der 80%-Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf die Regelungen in den Tarifverträgen verschoben, aber ein Einstieg in die Kürzungen wurde praktisch auch hier gemacht. Die Streiks in der Süßwarenbranche haben zwar zu Haustarifen mit vorläufigen Erhalt der 100%-igen Lohnfortzahlung geführt, aber nicht für alle. Im Haustarif bei Bahlsen gilt die 100% Regelung nur für Beschäftigte, die schon länger als 7 Monate bei Bahlsen arbeiten. Neueingestellte müssen mit 80% zufrieden sein. Dies ist bestimmt ein Anreiz für die Kapitalisten, Leute zu entlassen und durch Neueinstellungen zu ersetzen. Das zeigt es reicht nicht aus im vorgesteckten Rahmen der DGB Gewerkschaften für Erhalt der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu streiten und zu streiken, nein die Angriffe müssen insgesamt abgewehrt, alle versteckten „Regelungen“

abgeschmettert werden. Ja und noch weiter, angesichts der Verschärfung der Lebensbedingungen der Werktätigen müssen wir nicht nur Abwehrkämpfe führen, sondern auch um Verbesserungen kämpfen.

Die Streiks der Lastwagenfahrer in Frankreich und Dänemark haben gezeigt, wie schnell durch Kampf nicht nur Erhalt von Erungenschaften, sondern sogar Verbesserungen für die Werktätigen zu erreichen sind. Nur durch Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat sind Verbesserungen der Lage der Werktätigen zu erreichen. Nur wenn der Profit der Kapitalisten bedroht wird, und wir den längeren Atem haben, sind sie zu Zugeständnissen bereit

Allerdings steht der Kampfbereitschaft der Werktätigen die Kampfunwilligkeit und die Abwiegelei der Gewerkschaften gegenüber. Oben haben wir schon geschildert, wie die Gewerkschaften den Werktätigen eine Mogelpackung unterschieben wollen, indem sie vorschlagen die 100%-Regelung zwar aufrecht zu erhalten, aber dafür in vollem Umfang die Kürzung der Lohnfortzahlung bei Urlaubstagen, Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld auf die Kranken oder die gesamte Belegschaft abzuwälzen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen der IG-Metall mit Gesamtmetall sowohl bundesweit, als auch in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen, versicherte die IG-Metall lautstark, daß sie nicht kämpfen will, sondern daß sie dazu von den Kapitalisten gezwungen wird. Es ist richtig, daß die IG-Metall nicht kämpfen will. Wie könnten auch die Herren und Damen Oberfunktionäre entschlossen gegen das Kapital kämpfen wollen, wo sie

doch selbst am reich gedeckten Tisch des Kapitals Platz nehmen. Es ist aber falsch, daß sie vom Kapital oder seiner Regierung zum Kampf gezwungen werden. Unsere Herren und Damen Gewerkschaftsbürokraten werden nur durch unsere Unzufriedenheit und unsere Kampfbereitschaft zum Kampf gezwungen werden. Die Aufgabe einer „gelben“ Gewerkschaft wie dem DGB besteht im Kapitalismus darin, die ArbeiterInnenbewegung den Interessen des Kapitals unterzuordnen und in den Kämpfen die Führung einzunehmen, um die Kämpfe in eine möglichst große Niederlage zu führen. Ihre Funktion erfüllen sie nur, wenn es ihnen gelingt, sich stets an die Spitze der ArbeiterInnenbewegung zu setzen und die Kämpfe so weit wie möglich im Sinne des Kapitals zu entscheiden. Wir brauchen dagegen unabhängige Streik- und Kampfkomitees, die den Kampf konsequent für unsere Interessen führen, die die Kämpfe in den Betrieben leiten, die sich solidarisch zwischen den Betrieben zusammenschließen und gegen die Abwiegelei und das Kompromißlertum der Gewerkschaftsführungen auftreten und die Belegschaften im Kampf für unsere Interessen führen. Aber wir müssen uns auch in den Gewerkschaften organisieren, auch hier müssen wir den Kampf gegen das Kompromißlertum der Gewerkschaftsböden führen, denn an der Gewerkschaftsbasis finden wir die kampfbereitesten Arbeiter und Arbeiterinnen und mit ihnen zusammen müssen wir den Kampf unserer Klasse auch wirklich führen und nicht den „Kampf“ eines Schulte oder Zwickel in der Tagesschau betrachten. Solange uns es

nicht gelingt, den Kampf unserer Klasse in die eigenen Hände zu nehmen, solange wir die Führung des Kampfes den vielfach bestochenen Funktionären des DGB überlassen, werden wir von Niederlage zu Niederlage schreiten. Auch in der Frage der Lohnfortzahlung, auch wenn es den Gewerkschaftsbürokraten gelingen sollte, die 100%-Regelung in vielen Tarifverträgen festzuschreiben, wird dies kein Sieg sein. So weit wie den Gewerkschaftsbürokraten möglich wird es eine Mogelpackung, indem an anderer Stelle voller Ausgleich für das Kapital und auf Kosten der Kranken oder ganzer Belegschaften vereinbart wird. Werden Vereinbarungen getroffen, die die Verschlechterungen zum Teil oder ganz verhindern, sind dies Erfolge unserer Entschlossenheit und Kampfbereitschaft und mit einer entschlossenen, klassenkämpferischen Führung der Kämpfe würden ganz andere Vereinbarungen möglich. Die kämpfenden Lastwagenfahrer in Dänemark und Frankreich hatten auch keine konsequent klassenkämpferische Führung, haben auch durch kompromißlerische Gewerkschaften sich einen Teil ihrer Forderungen abschwätzen lassen, aber durch ihre Versammlungen haben sie solche Kampfkomitees de facto gegründet. Diese Versammlungen haben über die Forderungen und das Ende der Blockaden entschieden. Das machte es den Gewerkschaftsbürokraten wesentlich schwerer, Streiks und Blockaden vorzeitig abzubrechen, wie dies in Deutschland unter Führung unserer Gewerkschaftsfürsten ständig passiert.

Welche Macht eine entschlossene kämpferische Aktion hat, zeigt das Gejammere von Staat und Kapital immer am besten. In Frankreich beeilte sich die Regierung, bei weitgehenden Zugeständnissen an die Lastwagenfahrer, zum Beispiel die Herabsetzung des Rentenalters von 60 Jahren auf 55 Jahre, den Kampf der Lastwagenfahrer zu beenden, bevor sich die Kämpfe auf andere Bereiche z.B. auf die staatliche Eisenbahn ausdehnen. Die Blockade des Güterverkehrs nach Deutschland und Belgien, die Blockade der Raffinerien versetzten dem französischen Kapital empfindliche Schläge. Der Profit wurde deutlich angegriffen. Das ist die Sprache, die das Kapital versteht. Bevor es für Staat und Kapital noch schlimmer kommt durch Ausweitung der Aktionen und Beginn anderer Streiks wurde eingelenkt.

Diese Kämpfe für die Verteidigung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen sind lediglich Kämpfe, die uns unser Überleben in dieser Gesellschaft sichern. Sie sind noch keine Kämpfe, die die Ausbeutung und Unterdrückung als ganzes in Frage stellen, die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen endgültig ein Ende setzen. Aber in diesen Kämpfen wird das System von Ausbeutung und Unterdrückung deutlich, die ArbeiterInnen lernen selbständig politisch zu handeln, sie stellen Fragen nach den Ursachen und Lösungsmöglichkeiten. Es ist Aufgabe der KommunistInnen in diesen Kämpfen entschlossen sich an der vordersten Front praktisch einzureihen und die Fragen zu beantworten, die Kampfperspektiven zu entwickeln und den Kampf voranzutreiben.

Januar 1997

### *Unser Kampf gegen das Kapital- Eine Kampffront international!*

Verschärfte Ausbeutung der ArbeiterInnen auf der ganzen Welt

In seinem ständigen Jagen nach Maximalprofit verschärft das Kapital weltweit seine Angriffe auf uns ArbeiterInnen und Werktätige. In den abhängigen Ländern pressen internationale imperialistische Konzerne die Werktätigen aus und plündern die Naturressourcen für die Profitinteressen der Großmächte. In 'Freien Produktionszonen' in Afrika, Asien oder Lateinamerika, in denen für Ex- und Importe keine Steuern anfallen, die Monopolkonzerne mindestens 10 Jahre Steuerbefreiung erhalten, Profittransfer ohne Einschränkung möglich ist, die Infrastruktur seitens der jeweiligen Staaten bereitgestellt wird, arbeiten an die

5 Mio. Menschen unter Bedingungen des Frühkapitalismus. In El Salvador z.B. haben Ex-Offiziere die Aufgabe diese kasernenähnlichen Zonen zu „leiten“. Arbeitsverträge nur für 3 Monate, Sprechen während der Arbeitszeit ist verboten. 80% der Beschäftigten sind Frauen. Gewerkschaften sind überwiegend verboten. Die deutsch-salvadorianische Handelskammer wirbt für diese Produktionsbedingungen: „Die Arbeiter El-Salvadors gelten ... als sehr arbeitsam und effizient.“ In Kolumbien hat die Erdölgesellschaft British Petrol 2 Milliarden US-Dollar investiert, um die dortigen

Erdölfelder auszusaugen. Das kolumbianische Militär steht zum Schutz bereit. Walt Disney zahlt seinen ArbeiterInnen in Haiti gerade mal 28 Cent die Stunde. In China liegt der Durchschnittslohn bei 1 Dollar pro Stunde, in Osteuropa bei 1,50 Dollar. Kohl klapperte im September '96 die wichtigsten 'Handelspartner' der BRD in Lateinamerika, Argentinien, Brasilien und Mexiko ab. Mit dabei natürlich die Deutsche Bank, Siemens, Mercedes etc.. 'Höhepunkt' war die Eröffnung eines Benz-Werkes in Argentinien (118 Mio. Dollar Investition). Als im Dezember '96 die erste Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) zu Ende ging, hatten die Imperialisten den Weg frei für die ungehinderte Verbreitung ihrer Produkte der Informationstechnologie (US-Firmen und Siemens kämpfen besonders um dieses lukrative Geschäft). Sie hatten glücklich verhindert, daß Verstöße gegen soziale 'Mindeststandards' wie z.B. Kinderarbeit, Gewerkschaftsverbote etc. innerhalb der WTO bestraft werden. Bloß die „... Handelspolitik nicht mit sozialen Fragen belasten“ und Wirtschaftsminister Rexrodt befand, daß solche Themen „am besten in handelspolitisch einflußlosen Gremien“ behandelt werden.

Auch in den imperialistischen Ländern verschärft sich, wenn auch nicht im vergleichbaren Ausmaß, die Ausbeutung und Unterdrückung der ArbeiterInnen und Werktätigen. In Europa werden massive 'Sparprogramme' durchgepeitscht. Es geht um die Aufnahmekriterien für die europäische Währungsunion, um die Vormachtstellung innerhalb der Europäischen

Union. Massiver Zuwachs der ungesicherten Beschäftigungsverhältnisse (590, DM Jobs), ArbeiterInnen mit Zeitverträgen werden gegen die Kernbelegschaften ausgespielt, Aushöhlung der erkämpften gewerkschaftlichen Rechte, Abschaffung der Flächentarifverträge, Kürzung der Erwerbslosenunterstützung, Zergliederung der Betriebe in Bereiche mit unterschiedlichen Lohnbedingungen. Steigende Gewinne des Finanzkapitals, Macht und Reichtum in den Händen weniger imperialistischer Großmächte, Elend und Hunger für die große Mehrheit der Menschheit! Das ist die Realität dieses barbarischen imperialistischen Systems. Aber nicht nur die ArbeiterInnen sondern auch die Natur wird von den Imperialisten bis aufs Blut ausgesagt. Auf ihrer Jagd nach Maximalprofit vernichten sie die natürlichen Ressourcen und damit unsere Lebensgrundlagen. Das alles sind aber nicht zufällige sondern lebensnotwendige Erscheinungsformen des Kapitalismus, welcher auf der Herrschaft weniger Imperialisten, Abhängigkeit und Unterordnung des Restes der Welt unter ihre Profitinteressen beruht. Daran wird sich solange nichts verändern, solange dieses imperialistische System nicht zerschlagen und ein für alle mal auf den Müllhaufen der Geschichte befördert wird.

### **Auf unseren Widerstand kommt es an!**

Immer auf der Jagd nach maximalem Profit, muß das Kapital logischerweise die Löhne senken, die Arbeitskräfte maximal auspressen. Ein einzelnes Unternehmen, ein einzelner Kapitalist muß immer seine

jeweiligen Konkurrenten unterbieten und ausbooten, wenn er seinen Profit nicht opfern will. Also wird folglich der Druck auf die Werktätigen immer größer, ist das ganze eine Schraube, die bis an die Lebens- und Existenzgrenzen von uns ArbeiterInnen und Werktätigen geht. „Da nun die Tendenz der Dinge in diesem System solcher Natur ist, besagt das etwa, daß die Arbeiterklasse auf ihren Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals verzichten und ihre Versuche aufgeben soll, die gelegentlichen Chancen zur vorübergehenden Besserung ihrer Lage auf die bestmögliche Weise auszunutzen? Täte sie das, sie würde degradiert werden zu einer unterschiedslosen Masse ruiniertes armer Teufel, denen keine Erlösung mehr hilft.“ (Marx, MEW, Bd. 16, S. 151) Um also nicht in der Barbarei des Kapitalismus unterzugehen, müssen wir hier und heute gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse kämpfen, damit uns nicht alle Rechte genommen werden. Darüber hinaus müssen wir angesichts der sich ständig verschärfenden Lebenssituation auch Verbesserungen erkämpfen. Nur so können wir unsere Kampf- und Lebensbedingungen in unseren Tageskämpfen verbessern. Damit diese Kämpfe zu Klassenkämpfen gegen das imperialistische System entwickelt werden, damit sie nicht nur die Allmacht des Kapitals und seines Staates angreifen, sondern das System selbst in Frage stellen und bekämpfen, müssen diese Tageskämpfe am zugespitztesten und militantesten geführt werden. In diese Kämpfe müssen die KommunistInnen das sozialistische Klassenbewußtsein hineinbringen, den

Sozialismus mit der ArbeiterInnenbewegung verbinden, damit die ArbeiterInnen erkennen, daß nur im Kampf gegen das ganze System von imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung und für eine sozialistische Revolution in den imperialistischen Ländern oder für eine neudemokratische Revolution in den abhängigen Ländern eine wirkliche grundlegende Veränderung erstritten werden kann. Die ArbeiterInnenkämpfe, die 1996 und 1997 weltweit gegen die Angriffe des Imperialismus geführt wurden, sind reichhaltiges Lehrmaterial. So unterschiedlich die Kampfbedingungen auch in den verschiedenen Ländern sind, so haben sie doch als gemeinsamen Ausgangspunkt, den Kampf gegen das imperialistische Weltsystem. Es gilt zu lernen von der Militanz und Radikalität wie die ökonomischen Kämpfe z.B. in Korea geführt werden. Es gilt zu lernen von dem politischen Klassenkampf wie er z.B. auf den Philippinen gegen das Weltsystem des Imperialismus ausgetragen wird. Es gilt zu lernen von dem Geist des proletarischen Internationalismus z.B. der Liverpooler DockarbeiterInnen.

### **September 1996,**

Liverpooler Hafentarbeiter erkämpfen internationalen Boykott

1989 wurden von der Thatcher-Regierung die gewerkschaftlichen Rechte, sowie das Recht auf Festeinstellung und Entlohnung für die registrierten Hafentarbeiter abgeschafft und das Prinzip der Tagelöhner wieder eingeführt. Begonnen haben die

Kämpfe der Liverpools Dockarbeiter im September 95, als 20 Arbeiter der Mersey Dock and Harbour Company (MDHC) entlassen und durch Zeitarbeiter ersetzt werden sollten. Daraufhin protestierten und streikten sämtliche bei der MDHC angestellten Docker, welchen auch gleich die Kündigung angedroht wurde. Die Firma MDHC beauftragte eine Zeitfirma, Streikbrecher (flexibel und ohne gewerkschaftliche Rechte versteht sich) einzustellen und sperrte alle Beschäftigten aus. Seit also über einem Jahr befinden sich nun insgesamt 500 Hafnarbeiter im Ausstand und versuchen einen internationalen Boykott des Liverpools Hafens zu erreichen. Nach herrschenden Gesetzen haben sie kaum Chancen. Der Streik und die Solidaritätsaktionen sind illegal. Die Kündigungen sind `rechtmäßig`. Die Arbeiter wissen sehr wohl, daß sie kaum eine Chance haben werden, in ihrem Beruf zu arbeiten, doch sie hielten ihre Kämpfe aufrecht. Zur internationalen Bedeutung ihres Kampfes sagte ein Liverpools Arbeiter: „Sollte es den Arbeitgebern gelingen, uns zu schlagen, wird diese Vorgehensweise als Modell zur Vernichtung der organisierten Arbeiter von einem Hafen zum nächsten in der ganzen Welt herumgereicht.“ Die Hafnarbeiter riefen die Gewerkschaften im Ausland auf, sich zu solidarisieren und einen internationalen Frachtboykott durchzuführen. In ganz Großbritannien gründeten ArbeiterInnen Unterstützungskomitees, Delegationen bereisten die internationalen Häfen, Kollegen in Göteborg und Zeebrügge fingen an, die Schiffe von und nach Liverpool mit großer Verzögerung zu bearbeiten. Damit stiegen die Kosten der MDHC

erheblich. In Hamburg wurde ebenfalls zu Solidaritätsaktionen aufgerufen, Veranstaltungen abgehalten. In Liverpool wurde die Hafendirektion besetzt und trotz Polizeieinsatz der Hafen für 12 Stunden lahmgelegt. Die Frauen der Arbeiter organisierten sich in der `Woman of The Waterfront`. Viele Hafnarbeiter aus Australien, USA, Kanada, Spanien, Schweden, Frankreich, Dänemark und Neuseeland solidarisierten sich. Allein im ersten Halbjahr '96 hatte die MDHC einen Verlust von 6,9 Mio. DM. Die Aktien fielen um 32 Punkte, Aktionäre sprangen ab. Ein Liverpools Arbeiter dazu: „Der einzige Weg, auf dem man einen Unternehmer fassen kann, ist der Griff in seine Tasche.“ Mittlerweile mußten 2 von den ursprünglich 8 im Liverpools Hafen vertretenen Reedereien aufgrund des internationalen Boykotts aufgeben. Eine ging Konkurs, die andere verließ den Hafen. Am 20. Dezember '96 bot die MDHC ihre letzte Verhandlungen an, die die Arbeiter aber ablehnten, da nur 40 Arbeiter wieder eingestellt werden sollten. Für 1997 ist ein ganztägiger Streik in verschiedensten internationalen Häfen geplant.

Die Liverpools Hafnarbeiter haben vom ersten Tag an ihre Kämpfe und Aktionen selbständig, gestützt auf ihre Kraft, die der Arbeiter und ihren Familien organisiert. Damit sind sie z.B. in der Lage über Fortsetzung und Umfang ihrer Kämpfe zu bestimmen. Das ist das ganze Gegenteil von dem, was hier bei uns in den Kämpfen unter Führung der kompromißlerischen DGB-Gewerkschaften immer passiert. Während in der BRD nicht die Basis der Gewerkschaften über Streiks etc.

entscheidet sondern die Gewerkschaftsspitze und mit ihnen viele 'treu ergebene' Betriebsräte, sie mit den Unternehmen kungeln, auf deren miese Angebote nach ersten 'Verhandlungen' oft gleich eingehen und das Ende der Streiks beschließen, haben in Liverpool die Arbeiter den Streik selber in der Hand. Nur wenn wir ArbeiterInnen in den Betrieben unsere eigenen unabhängigen Streik- und Aktionskomitees, die wir in den Betriebsversammlungen direkt wählen, organisieren, können wir selber über unsere Forderungen und Streiks beschließen. Damit würden wir auch ganz andere Erfolge erreichen und uns nicht immer mit Ergebnissen, die oft schlechter als unsere Ausgangsposition sind und die die Gewerkschaften uns auch noch als Erfolge verkaufen, abspeisen lassen. Besonders vorbildhaft war aber an dem Liverpools Beispiel, daß die Arbeiter die Entwicklung der internationalen Solidarität und die Unterstützung anderer Hafenarbeiter in internationalen Häfen aufgebaut haben. Sie haben versucht, den ArbeiterInnen in anderen Ländern klar zu machen, daß die Situation überall die gleiche ist, daß die Konzerne, denen man gegenüber steht international agieren und daß auch die ArbeiterInnen sich international solidarisieren und ihre Kämpfe verbinden müssen. Ein Liverpools Arbeiter: „Wir Hafenarbeiter stehen auf der ganzen Welt gegen die gleichen internationalen Schifffahrtsgesellschaften, Hafenbehörden und die Regierungen, die Anti-Gewerkschaftsgesetze zum Nutzen auch eben dieser Gesellschaften machen. Wir

stehen im gleichen Kampf gegen die gleichen internationalen Konzerne.“

### **November / Dezember 1996,**

Blockade der Lkw-FahrerInnen in Frankreich und Dänemark

Die FernfahrerInnen arbeiten in der Regel 60 - 70 Wochenstunden, bezahlt wird nur die effektiv am Lenkrad verbrachte Zeit. Dies führt zu gefährlicher Arbeitshetze und zu vermehrt schweren Unfällen, Arbeitsgesetze und Sicherheitsbestimmungen werden kaum eingehalten. Gegen diese Situation gingen Mitte November tausende französische FernfahrerInnen an zu streiken und blockierten Autobahnen, Raffinerien, Treibstofflager, Flughafenauffahrten, Großmärkte, Kanalfähren und Grenzübergänge. Die ArbeiterInnen hielten Versammlungen ab, in denen sie eigenständig die Art und Dauer des Streiks festlegten. Dieser Streik war eine der größten Streikbewegungen im privaten Sektor in Frankreich und legte ziemlich schnell weite Bereiche der französischen Wirtschaft lahm. Renault schickte seine ArbeiterInnen in Zwangsurlaub, Treibstoff wurde in vielen Gebieten beschlagnahmt. In Dänemark gründeten Lkw-FahrerInnen Komitees und beschlossen in Versammlungen ebenfalls die Blockade der Grenzen. Nicht nur in Frankreich und Dänemark, auch in Spanien, Großbritannien, Deutschland und Belgien machten sich die Streiks bemerkbar. VW führte Kurzarbeit durch, Siemens hatte Lieferschwierigkeiten. Das Geschrei der Kapitalisten war schnell groß. In der bürgerlichen Presse war von Chaos und Nötigung die Rede,

Schadensersatzforderungen wurden laut . `Die Welt´ schrieb von „Geiselnhaft“. In Brüssel wurde überlegt, wie künftig innerhalb der EU solchen Streiks entgegengetreten werden kann, „Korridore für ausländische Lkws“ wurden gefordert, also Streikbruch. Streikposten der Lkw-FahrerInnen beobachteten „Bewegungen in den Kasernen der Bereitschaftspolizei“. Die Solidarität unter der arbeitenden Bevölkerung war um so größer. Laut einer Umfrage erklärten sich 74% aller FranzösisInnen solidarisch. 87% fanden die Forderungen berechtigt und 59% unterstützten die Lkw-FahrerInnen mit Aktionsformen wie z.B. Straßen- und Tankstellenblockaden. Nachdem die Gewerkschaften anfangen zu verhandeln und die Unternehmen nur einer Forderung zustimmten, beschlossen die ArbeiterInnen trotz aller `Schlichtungsversuche´ der Gewerkschaften den Streik fortzusetzen. EisenbahnerInnen und PilotInnen schlossen sich an. Auch wenn die ArbeiterInnen letztendlich nicht alle Forderungen durchsetzen konnten und sich einen Teil von den kompromißlerischen Gewerkschaften abschwatzen lassen, daraus daß die ArbeiterInnen in Versammlungen und Komitees selber über die Fortsetzung und das Ende der Blockaden bestimmt haben und aus der Militanz dieser Streiks ist viel zu lernen!

#### **Frühjahr/Sommer 1996:**

ausländische Werkvertragsarbeiter besetzen Baustellen in der BRD

Ausländische Vertragsarbeiter unterliegen hier einer besonders krassen Ausbeutung. Löhne werden entweder nicht oder nicht im zugesicherten Umfang ausgezahlt, unbezahlte Überstunden sind die Regel, Stundenlöhne um die 5,00 DM, Blankounterschriften unter die angeblich ausgezahlten Lohnlisten werden erzwungen, Arbeitsgeräte und -schutzmittel sind selber mitzubringen. Katastrophale Unterbringung und Verpflegung: Entweder irgendwo im feuchten Rohbau schlafen oder zu sechst auf 15 Quadratmetern in Holzbaracken oder Containern. Das Essen kommt meist von Catering Firmen, die sich daran dumm und dämlich verdienen, den Arbeitern werden Unsummen dafür vom Lohn abgezogen. Die Pässe werden oft seitens der Baufirmen einbehalten. Wer aufmuckt oder krank wird, fliegt raus. Rassistische Übergriffe auf die ArbeiterInnen sind mittlerweile jeden Tag in den Zeitungen zu lesen. Im Juni `96 machten ca. 100 italienische Bauarbeiter auf ihre Situation aufmerksam, indem sie eine Baustelle im Berliner Bezirk Friedrichshain besetzten. Drei Monate hatten sie keinen Lohn mehr erhalten, bis zu 12.000,00 DM standen aus. Die Polizei wurde von der Bauleitung geholt, die Baustelle geräumt und die ArbeiterInnen mit einem kleinen Taschengeld nach Italien geschickt. Ob sie ihre Löhne je erhalten werden, steht in den Sternen. Im sächsischen Schmannewitz die gleiche Situation: erwerbslose italienische Bauarbeiter wurden mit großen Versprechen auf die deutsche Großbaustelle gelockt. Für 2 Monate Arbeit wurden ihnen aber bisher nur Abschläge in Höhe von 500,00 DM gezahlt. Als sie sich das nicht mehr gefallen ließen und langsamer

arbeiteten, wimmelte es plötzlich nur so von Polizei und Ausländerbehörden auf der Baustelle. Die Papiere der Arbeiter waren in Ordnung. Nur die Subfirma hatte `vergessen` die Sozialversicherungen zu bezahlen. Damit waren die ArbeiterInnen also illegal und ihnen drohte die zwangsweise Rückkehr nach Italien - ohne Lohn! Dies ist die übliche Praxis, wenn die Arbeiter aufmucken erfolgt plötzlich eine Razzia und sie fliegen. Die deutsche Bauleitung wollte so schnell wie möglich den Ärger loswerden und forderte die Arbeiter auf, zu gehen und versprach die Zahlung der `Löhne` : 6.000,00 DM für eine 10-köpfige Kolonne und das für 3 Monate Arbeit! Auch der Betriebsrat zeigte seine vollste Solidarität und gab vor „gar nix gegen die Protestaktionen“ zu haben. Deshalb ließ er auch mal schnell die von den Arbeitern aufgehängten Transparente vom Bauzaun niederreißen. Hier gilt Hausrecht! Doch die Arbeiter blieben hartnäckig und besetzten die Baustelle erneut und legten den gesamten Betrieb lahm. Das war nun endlich die Sprache, die auch die Bauleitung verstand. 50.000,00 DM Schaden allein durch einen Streiktag, dann auch noch der unangenehme Medienrummel! Wie durch ein Wunder wurde plötzlich auf die Forderungen der Arbeiter eingegangen. Jeder Arbeiter, der noch nicht abgereist war, bekam seinen mühsam erkämpften Lohn ausgezahlt. Der Kommentar eines der betroffenen Arbeiter: „Aber es hat sich gelohnt. Ohne zu kämpfen, hätten wir uns verraten. Die Erfahrung nehmen wir zurück nach Italien.“.

Und die Situation der deutschen Bauarbeiter?

Deren Situation sieht folgendermaßen aus: ca. 400.000 erwerbslose Bauarbeiter, 80%ige Lohnfortzahlung bei Krankheit, Löhne zwischen 8,00 DM und 10,00 DM, Abschaffung des Schlechtwettergeldes. Zur Zeit will der Verband der Bauunternehmer zusammen (!! ) mit der IG-Bau die Öffnung des Tarifvertrages für Betriebsvereinbarungen und die Einführung einer Jahresarbeitszeit mit Zeitkonten durchsetzen. Da im Winter in der Regel auf dem Bau viele Arbeiter entlassen werden und jetzt für diese Zeit keine Erwerbslosenunterstützung mehr erhalten, haben die Bauunternehmen vor, Jahreszeitkonten einzuführen. Im Klartext: Im Sommer mehr Stunden abreißen. Festgelegt wird das individuell von den Kapitalisten. In 60% der Baubetriebe werden laut frohlockender Bauindustrie erst gar keine Tariflöhne gezahlt ... .

Im Frühjahr 1996 steckt die IG-Bau jedenfalls mitten in den Tarifverhandlungen

(Forderungen 5% mehr Lohn, Festlegung eines Mindestlohnes im Baugewerbe, die Unternehmen boten 1,3% Lohnerhöhung bei Kürzung des 13. Monatseinkommens und Einfrierung der Löhne im Osten). Die Verhandlungen drohen zu scheitern und die IG-Bau schürt plötzlich massiv rassistische Hetze gegen die ausländischen KollegInnen. Da wird gefordert, daß alles „auf dieses Krebsgeschwür angesetzt“ wird, damit die Baustellen „wieder sauber werden“. Es wird für Demonstrationen, ganz unter dem deutschchauvinistischen Motto `Arbeitsplätze nur für Deutsche`, mobilisiert. Ein Teil der Bauarbeiter läßt sich

durch diese Propaganda blind mitziehen und demonstriert quasi gegen seine eigenen Klassenbrüder. Oder jetzt ähnlich bei den Demonstrationen und Blockaden der Bauarbeiter in Berlin. Auch hier hat der Kampf zwei Seiten, einmal der berechtigte Kampf der Bauarbeiter gegen ihre sich verschärfende Situation, zum anderen aber die rassistische Seite, die Forderungen nach „Arbeit zuerst für Deutsche“. Auch am Potsdamer Platz taten sich Gewerkschafter hervor, stürmten auf die Baustelle, um selber Razzien durchzuführen. Unterstützt von den Medien, wird der Rassismus geschürt, um vom Kampf gegen die Kapitalisten abzulenken. Und so konnte dann die IG-Bau bei den Kämpfen '96 eine Lohnsteigerung von sagenhaften 1,85% aushandeln (knapp über der Inflationsgrenze). Im Osten blieb der Lohn tiefgefroren! Keinerlei Zugeständnisse der Baufirmen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Streikerei war vorbei. Die erreichte Lohnsteigerung von 1,85% ist doch ein Witz! Aber unsere Streiks und Kämpfe werden immer so ausgehen, wenn wir die Entscheidungen darüber den verräterischen Gewerkschaftsbözen überlassen. Die Hetze der Gewerkschaften gegen ausländische ArbeiterInnen, die Lügenmärchen, daß ausländische ArbeiterInnen schuld seien, müssen wir bekämpfen. Nicht ausländische KollegInnen sind für die hohe Erwerbslosigkeit in der BRD verantwortlich, nein, schuld sind die Kapitalisten. Die fahren seit Jahren Rekordgewinne auf unseren Schultern - die Philipp Holzmann AG z.B., einer der führenden Baukonzerne

der Welt, steigerte seinen Gewinn allein von 1991 bis 1995 um über 100%, von 50,6 Mio. auf 106,1 Mio. DM! Es ist doch logisch, daß es den Konzernen völlig egal ist, wo sie produzieren und wen sie dabei ausbeuten - entscheidend ist allein der maximale Profit. Das Gerede vom Standort Deutschland ist völliger Unsinn. Das Kapital wandert immer dorthin wo am meisten Profit gemacht wird. Mit ihren Lügen und der rassistischen Hetze wollen sie uns ArbeiterInnen und Werktätige spalten und gegeneinander aufhetzen. Sie wollen von den wirklichen Ursachen ablenken um zu verhindern, daß wir uns zusammenschließen und gemeinsam, deutsche und ArbeiterInnen anderer Nationalitäten gegen die Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. „Wir stehen im gleichen Kampf gegen die gleichen internationalen Konzerne“, das sagte einer der Liverpooleser Arbeiter (s.o.) und das müssen wir auch begreifen. ArbeiterInnen aller Nationalitäten eine Kampffront, Seite an Seite müssen wir kämpfen, ausländische und deutsche ArbeiterInnen gemeinsam gegen das Kapital, gegen die Ausbeutung unserer Arbeitskraft, gegen die besonders verschärfte Ausbeutung unserer ausländischen KollegInnen und ihre völlig rechtlose Situation, für höhere Löhne und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen auf Kosten des Profits des Kapitals.

**Oktober - Dezember '96,**

BRD, Kämpfe um die Lohnfortzahlung

Die Bundesregierung hatte per Gesetz die Senkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80% ermöglicht.

Die Unternehmen versuchten teilweise sofort die neue Regelung in den Betrieben durchzusetzen, was Tarifbruch bedeutete. Die Kapitalisten meinten, daß sie sich ja schließlich an das Gesetz halten müßten. Massive Proteste folgten, Ende Oktober gingen an die 400.000 Beschäftigte in der Metallindustrie auf die Straße. In vielen Betrieben, insbesondere bei Mercedes-Benz und in der Süßwarenindustrie ruhte die Arbeit. Hohe Produktionsausfälle ließen einzelne Unternehmer ihren Vorstoß schnellstens wieder zurücknehmen (näheres zu dem Thema Lohnfortzahlung ist auch in der Trotz Alledem Nr. 3 zu finden). In der Süßwarenindustrie fingen die Unternehmer an mit den ArbeiterInnen einzelne Haustarife abzuschließen. Die Abschaffung der Flächentarifverträge rückt in der BRD immer näher. Im neuen DGB-Grundsatzprogramm wurden Öffnungsklauseln in die Tarifverträge aufgenommen. In `schwierigen´ Situationen können die Unternehmer praktisch durchsetzen was sie wollen, niedrige Löhne, Kündigungen, Arbeitszeitverlängerung. Anstatt gegen die Angriffe des Kapitals zu kämpfen gingen die Gewerkschaften wieder ihren Weg der Kungeleien. Sie fingen an mit den Unternehmen zu verhandeln, aber nicht nur über die Lohnfortzahlung, nein, die Gewerkschaftsbonzen schmissen gleich alles den Unternehmern zum Fraß vor, neue Tarifverträge, das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld! Letztendlich wurde im Dezember dann von den Gewerkschaften der `Erfolg´ der Verhandlungen verkündet: Kürzung des Weihnachtsgeldes, Lohnerhöhungen um die 1,5%, Senkung des Urlaubsgeldes etc., dafür aber, und das

soll der Erfolg sein, vorerst 100%-ige Lohnfortzahlung. Obwohl die ArbeiterInnen sehr massiv demonstrierten und ihre Wut äußerten, Betriebsräte wurden beschimpft und ausgebuht. Der Mercedes-Benz Betriebsrat z.B. wurde deutlich nervös: „... momentan haben wir wirklich zu kämpfen, daß die Belegschaft überhaupt weiterarbeitet.“ und „Wir haben riesige Probleme, die Leute ruhig zu halten.“ Ja genau so sieht der Kampf der Gewerkschaftsbürokraten aus! Die Abschlüsse zeigten, daß sich die ArbeiterInnen letztlich doch von den Gewerkschaften über den Tisch ziehen haben lassen und ihre Streiks nach den `erfolgreichen´ Verhandlungen beendeten.

Was haben unsere Herren Gewerkschaftsfürsten nicht alles gegen die Kapitalangriffe versprochen! Erinnern wir uns: einen „Heißen Herbst“ hatten sie angekündigt! ÖTV-Chef Mai: „... die Arbeitgeber werden sich die Zähne ausbeißen.“ IG-Metall-Chef Zwickel wollte „die betriebliche Machtfrage stellen“ usw. Alles leere Worte, alles nur Show um uns ihren angeblichen Kampfeswillen vorzugaukeln und unsere Wut einzudämmen. Wenn wir uns das weiter gefallen lassen, werden sie uns noch viel mehr nehmen. Das BRD Kapital meldet einen Rekordgewinn nach dem anderen. Der Süßwarenmonopolist Nestle z.B. , eines der Zentren der Kämpfe gegen die Lohnfortzahlung, fährt zur Zeit einen Gewinn von 136 Millionen pro Jahr, Mercedes-Benz sackt sich 850 Millionen ein. Dort haben sich übrigens die Vorstandsmitglieder, mit einem Gehalt von 2.094.888,00 DM brutto im Jahr, volle 100% Lohnfortzahlung für das nächste Jahr genehmigt! Und

durch die `erfolgreichen` Verhandlungen unserer sogenannten VertreterInnen, der Gewerkschaften, werden sie dieses Jahr noch größere Gewinne einfahren. Nur wir, wir gehen wieder leer aus. Das kann doch nicht in unserem Interesse sein. Zeigen wir den Gewerkschaften was Kampf heißt, zeigen wir ihnen beim nächsten Streik, wenn sie wieder von ihrem angeblichen Widerstand reden, was unser Widerstand alles bewirken kann.

### **Dezember 1996,**

Beginn des Generalstreiks in Südkorea

Seit 1997 ist Südkorea Mitglied in der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Beitrittsbedingung ist die Öffnung des südkoreanischen Marktes für ausländische Unternehmen. Um die Profitinteressen der internationalen imperialistischen Monopole zu sichern, mußten die wenigen Rechte der ArbeiterInnen entsprechend beschnitten werden. Am 26. Dezember wurde in Abwesenheit der Opposition in wenigen Minuten ein neues Arbeitsgesetz sowie ein neues Geheimdienstgesetz beschlossen. Laut dem neuen Arbeitsgesetz sind flexible Arbeitszeiten bis zu 56 (!! ) Wochenstunden erlaubt, Überstundenvergütungen fallen dabei weg. Weiter wird die Entlohnung von streikenden ArbeiterInnen und freigestellten GewerkschafterInnen verboten. An ihrer Stelle können künftig Streikbrecher mit Zeitverträgen eingestellt werden. Das Verbot des KCTU wurde bis zum Jahr 2002 verlängert. Weitere Gewerkschaften werden vorerst nicht zugelassen.

Das `Nationale Sicherheitsgesetz` wurde 1993 etwas entschärft, was jetzt aber wieder rückgängig gemacht wurde. Willkürliche Festnahmen und Verhöre sind erlaubt. Die weitreichenden Sondervollmachten des wegen seiner Brutalität, Folter, Mißhandlungen und `ungeklärter` Todesfälle von politischen Gefangenen bekannten Geheimdienstes ANSP wurden erweitert. Durch das neue Gesetz erhält er quasi wieder einen Freibrief für die Ausschaltung der `Staatsfeinde`. Der heutige südkoreanische Staatspräsident Kim Young Sam, Ex-Oppositioneller, meinte, daß er früher zwar selber Opfer dieses Gesetzes gewesen sei, aber heute bräuchte er es als Schutz gegen Kommunisten.

Eine halbe Stunde nach Bekanntgabe des neuen Arbeitsgesetzes rief der illegalisierte KCTU, insgesamt sind darin 930 Betriebsgewerkschaften mit ca. 500.000 Mitgliedern organisiert, zum Generalstreik auf. Am Abend befanden sich bereits 150.000 ArbeiterInnen in 82 Unternehmen im Streik. Der Aktienindex fiel sofort auf einen Tiefstand von vor 3 Jahren. Am nächsten Tag weiteten sich die Streiks auf über 5.500 Betriebe aus. 380.000 ArbeiterInnen streikten, ebenso die U-Bahn-Belegschaft in Seoul und die der Uniklinik. In mehr als 150 Fabriken lief nichts mehr. Abgeordnete der Oppositionsparteien riefen zum Widerstand gegen Staatspräsident Kim Young Sam auf. Die Regierung verkündete hartes Vorgehen gegen die Streikenden. Der regierungstreue Gewerkschaftsbund FKTU mußte sich auf Druck der ArbeiterInnen den Streikenden anschließen. Im ganzen Land riefen Hunderttausende nach dem Rücktritt der Regierung. Die Polizei ging mit

brutalster Gewalt, Tränengas und Schlagstöcken gegen die Demonstrierenden vor. In den folgenden Tagen breiteten sich die Streiks weiter aus. Der erreichte wirtschaftliche Schaden betrug Ende des Jahres 1,8 Milliarden DM, Mitte Januar '97 schon 3,2 Milliarden. „Wir können nur dadurch die Kapitalisten und Herrschaft in die Knie zwingen, daß wir die Maschine einstellen und auf die Straßen gehen.“ (Jung Hae-sook, Vizevorsitzender des KCTU, Ende Dezember).

Um den Jahreswechsel wurden die Streiks eingestellt, um ab dem 3.1. in eine neue Kampfphase zu treten. Strategie war jetzt die Ausweitung der Streiks auf den öffentlichen Sektor. In dieser 2. Phase streikten über 200.000 ArbeiterInnen. Zum ersten Mal seit dem erfolgreichen Durchbruch der ArbeiterInnenbewegung 1987 beteiligten sich auch die Angestellten am Streik, Krankenhaushausgewerkschaften und die Mitglieder der Rundfunkgewerkschaften schlossen sich ebenfalls an. Die Regierung ließ ca. 30 AktivistInnen des KCTU vorladen, allein in Ulsan, wo Südkoreas größter Autoproduzent Hyundai bestreikt wurde, erhielten 80 ArbeiterInnen Vorladungen.

Der KCTU setzte der Regierung das Ultimatum, bis zum 14.1. das Arbeitsgesetz zurückzunehmen, anderenfalls würden die Streiks noch weiter ausgedehnt werden. Der FKTU hatte den Streik zunächst ausgesetzt, schloß sich aber Mitte Januar wieder an und unterstützte das Ultimatum des KCTU. 2500 Soldaten wurden in Alarmbereitschaft gesetzt, sie sollten die lahmgelegten öffentlichen Einrichtungen aufrecht erhalten.

Am 15.1. begann die 3. Phase der Streikkämpfe. Mit befristeten Streiks im öffentlichen Bereich sollten jetzt langfristig eine starke gesellschaftliche Unterstützung erreicht werden. 370.000 ArbeiterInnen streikten, 200.000 demonstrierten landesweit. Die Chaebol bedrohten die ArbeiterInnen mit Schadensersatzklagen. Die Polizeiübergriffe gegen die streikenden und demonstrierenden ArbeiterInnen wurden immer härter, es kam zu schweren Straßenschlachten, an denen sich bis zu 40.000 Menschen (teilweise gegen 5.000 PolizistInnen) beteiligten. In mehreren Ländern kam es vor den Botschaften Südkoreas zu Demonstrationen. DGB, IGM und ÖTV schickten heuchlerische Bittbriefe an die Regierung. Haftbefehle gegen führende GewerkschaftlerInnen wurden erlassen, das KCTU-Hauptgebäude durchsucht. Die GewerkschaftsführerInnen des KCTU verschanzten sich in einer Kathedrale und tausende ArbeiterInnen versammelten sich schützend davor. Laut einer Umfrage solidarisierten sich 70% der Bevölkerung mit den Kämpfen. Die Regierung fing an, antikommunistische Hetze zu verbreiten. Am 15.1. wurde erklärt, daß der Generalstreik nun zum Klassenkampf „degenerieren“ würde, und daß nord-koreanische Propaganda die ArbeiterInnen zum Sturz der Regierung aufrufen würde. Diese Hetze diene der Spaltung der ArbeiterInnen. Um die Streiks einfacher zu unterdrücken wird nun versucht, die kämpfenden ArbeiterInnen, die fortschrittlichen Kräfte von der einfachen Bevölkerung zu trennen, die ArbeiterInnen von den

KleinbürgerInnen, den KCTU vom FKTU und die Führung des KCTU von den ArbeiterInnen an der Basis.

Am bisherigen Höhepunkt der Kämpfe (Mitte Januar) änderte der KCTU seine Strategie und fing an, die Streiks auf Mittwochs und das Wochenende zu verlegen. Trotzdem wurde aber der Regierung ein Ultimatum bis zum 18.2. gesetzt, falls bis dahin das Gesetz nicht zurückgenommen wird, würde eine neue massivere Streikwelle folgen. Die Regierung erklärte darauf, daß sie bereit sei, sich mit den Oppositionsparteien zu beraten und das Gesetz zu überprüfen. Die Haftbefehle gegen die GewerkschaftlerInnen wurden ausgesetzt (nicht aufgehoben). Der KCTU und auch der FKTU akzeptierten aber diese Ergebnisse nicht, sondern hielten an ihren Forderungen nach Rücknahme der Gesetze sowie Rücktritt der Regierung weiterhin fest. Weiterhin streikten (Mittwochs) an die 150.000 ArbeiterInnen. Nach Auffliegen des Korruptionsskandals um den Hanbo-Konzern, in dem weite Teile der regierenden Parteien verstrickt sind, wurden die Forderungen des KCTU um die der „Auflösung der Chaebol Wirtschaft“ und „Abschaffung der Korruption“, sowie um die „Legalisierung der LehrerInnengewerkschaft“ erweitert. Gleichzeitig wurden die Kämpfe mit den zur Zeit in Südkorea stattfindenden Lohn- und Tarifkämpfen verbunden. Am 28.2. begann die 4. Phase der Kämpfe, in einem befristeten Streik legten 32.000 ArbeiterInnen die Arbeit nieder in 13 Städten gab es Großdemonstrationen. Zur Zeit (Mitte März) wird die 5. Phase vorbereitet. Nach Verabschiedung des Arbeitsgesetzes am 10.3.97

erklärten die Gewerkschaften, daß mit erneuten Generalstreiks zu rechnen sei.

Der Generalstreik in Südkorea ist seit dem Koreakrieg der erste und größte politisch motivierte Streik, der vor allem von den ArbeiterInnen selber ausgeht und überwiegend geführt wird. Trotz der Illegalisierung hat der KCTU in den Kämpfen eine breite offene Anerkennung in der Gesellschaft gewonnen, ca. 50.000 neue Mitglieder strömten in die Gewerkschaften. Während der Streiks hatte z.B. die Gewerkschaftszeitung des KCTU eine Auflage von 5 Mio. Durch die Kämpfe wurde auch der Aufbau von Branchengewerkschaften vorangetrieben (bisher sind die Gewerkschaften auf Betriebsebene organisiert, was eine große Schwächung bedeutet). Es hat innerhalb des KCTU zwar viele Kämpfe gegen den vorherrschenden Reformismus, gegen das Einlenken des KCTU gegeben. Es gab scharfe Kritik daran, daß der KCTU ebenfalls versucht, die ArbeiterInnen an die Oppositionsparteien zu binden, die Kämpfe auf die Präsidentschaftswahlen zu lenken. Letztlich haben sich aber die reformistischen Kräfte durchgesetzt. Es ist aber nicht zu vergessen, daß die ArbeiterInnenbewegung in Südkorea von Anfang an unter schwersten Bedingungen arbeiten mußte. Der Antikommunismus in der Gesellschaft ist stark verbreitet, klassenkämpferische, sozialistische Positionen haben es sehr schwer dagegen anzukämpfen. Was aus den Streiks in Südkorea auch für die ArbeiterInnen in der BRD zu lernen gilt, ist die große Militanz, die Überschreitung des legalen Rahmens im Kampf der ArbeiterInnen für ihre Interessen. In einem

Land wo faschistische Unterdrückung herrscht, wo die legalen Organisierungsmöglichkeiten der ArbeiterInnen ganz eng begrenzt sind, zeigt sich die Stärke der organisierten Kraft der ArbeiterInnen. Streiken, vorbehaltlos für die eigenen Forderungen eintreten, militant und entschlossen der Staatsgewalt in den Demonstrationen entgegenzutreten, das ist die einzige Antwort, die das Kapital versteht.

Es wird sich in Zukunft zeigen wie sich die Kämpfe in Südkorea weiter entwickeln. Es zeigt sich aber auch, daß das Fehlen einer Kommunistischen Partei der ArbeiterInnenklasse, die solche Kämpfe der Massen organisiert und leitet, die den lähmenden Einfluß der Reformisten und ihre verräterische Haltung entlarvt, dazu führt, dass die Vorherrschaft des Reformismus auch in den militantesten Kämpfen nicht gebrochen wird. Nur eine in den Massen verankerte Kommunistische Partei ist in der Lage, den Massen in solchen Kämpfen richtige Perspektiven aufzuzeigen, breite Schichten der ArbeiterInnen und Werktätigen zu mobilisieren, eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zu entfalten, den Kampf auf eine höhere Stufe zu bringen. Nur sie ist in der Lage, die ArbeiterInnen über das herrschende System aufzuklären, ihnen deutlich zu machen, daß Reformen (wie z.B. die Entschärfung des Arbeitsgesetzes) im besten Fall nur vorübergehende Verbesserungen bringen und sie für den Kampf um die Revolution zu mobilisieren.

April 1997

*Gegen die Angriffe des Kapitals kämpfen, sich gegen den Verrat der Gewerkschaftsbürokraten organisieren!*

Die von unserer Arbeitskraft geschaffenen, massiv anwachsenden Gewinne des Finanzkapitals haben wir oben schon aufgeführt. Aber seine Raubzüge werden weiter gehen. In der BRD z.B. hat das Sparpaket vom letzten Jahr den Kapitalisten schon allein 70 Milliarden eingebracht, und jetzt soll der Spitzensteuersatz auf 39% gesenkt werden - Rekordgewinne und gleichzeitig Rekorderwerbslosenzahlen von 4,7 Millionen - und der DGB kündigt jetzt Widerstand gegen die Steuerpläne an! Natürlich keine Streiks, da ja die Tarifverträge nicht berührt sind, statt dessen wollen IG-Metall und ÖTV jetzt Unterschriften sammeln. Was für ein Widerstand!! Aus den Kämpfen der ArbeiterInnenklasse des letzten Jahres zu lernen, das heißt zu begreifen, daß wir angesichts der sich verschärfenden Bedingungen unserer Lage nur durch Kampf gegen die ständigen Angriffe der Kapitalisten etwas erreichen können. Was uns ArbeiterInnen und Werktätige aber die Kämpfe in anderen Ländern besonders gezeigt haben, ist das Selbstbewußtsein und wie militant die kämpfenden ArbeiterInnen teilweise auftraten und wie schnell die Unternehmen Zugeständnisse machen können, wenn ihr Profit bedroht ist. Für uns heißt das, daß wir in die Offensive gehen müssen. Wir müssen die Gesetze der Kapitalisten, ihre Betriebsverfassungen und

Streikverbote bewußt brechen und überschreiten. Militant wie in Frankreich und Südkorea, mit einem Durchhaltevermögen wie in Liverpool! Die Profite der Kapitalisten steigen und steigen, und unter ihrem Gejammer über ihre ach so schlechte Lage und über die ach so hohen Lohnnebenkosten versuchen sie uns immer mehr zu rauben. Friedrich Engels dazu: „... und das seltsame an diesem Kampfe ist, daß die Arbeiterklasse, obwohl sie nur um einen Anteil an ihrem eigenen Produkt kämpft, oft genug beschuldigt wird, sie beraube eigentlich den Kapitalisten!“ (MEW, Bd. 19, S.258). Genau, es geht um den Anteil an dem was wir selber produzieren, wir produzieren den Reichtum der Kapitalisten! Unsere Tageskämpfe entschlossen und militant zu führen, ist überhaupt Voraussetzung um den Kampf weiterzutreiben.

### **Die Gewerkschaftsbunzen wiegeln unsere Kämpfe ab! Organisieren wir unabhängige Streik- und Kampfkomitees!**

Was sind die Aufgaben der Gewerkschaften? - Unsere Interessen zu vertreten, unserer Kräfte zu bündeln und als eine Macht den Angriffen der Kapitalistenklasse gegenüberzustehen. Der rein ökonomische Kampf um die Verbesserungen von Lohn und Arbeitszeit z.B. reicht aber nicht aus, um die Ausbeutung und Unterdrückung unserer Arbeitskraft zu beenden. Dafür muß der Kampf politisch gegen dieses System der Lohnsklaverei, gegen den Kapitalismus geführt werden! Das sind die Aufgaben einer wirklichen Klassengewerkschaft.

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ (Marx, MEW, Bd. 16, S. 152)

Was tun die DGB-Gewerkschaften? - Sie treten unsere Interessen mit Füßen, sie versuchen uns einzureden, daß man mit dem Kapital zusammenarbeiten muß, um so gemeinsam die Situation der ArbeiterInnen zu verbessern. Das ist nicht nur lächerlich sondern schlichtweg gelogen. So versuchen sie unsere Kämpfe gleich im Keim zu ersticken. So fällt ihnen zum 1.Mai 1997 als Motto nicht anders ein als: „Es geht um's Ganze. Sozialstaat sichern, Arbeit schaffen, soziale Gerechtigkeit verwirklichen!“ Der DGB will weiter die Illusion nähren, daß Erwerbslosigkeit, Reallohnsenkung, nicht eine „normale“ Erscheinung des Kapitalismus sind, und daß es nur einige böse Kapitalisten sind die den Sozialstaat abschaffen wollen. Ja, es geht tatsächlich ums Ganze! Aber das ist, daß es zwischen Kapital und Arbeit keine gemeinsamen Interessen gibt. Das Interesse des Kapitals besteht doch gerade darin, uns ArbeiterInnen und Werktätige auszubeuten. Natürlich kann mit den gelben Gewerkschaften (wie z.B. dem

DGB), die vom Kapital gegründet wurden, um unsere Kämpfe unter Kontrolle zu halten, auch das Kapital nicht bekämpft werden! Diese Gewerkschaften führen nur einen Scheinkampf, innerhalb des vom Kapitalismus gesteckten Rahmens. Aber genau wie dieses System nicht reformierbar ist, sind auch die bestehenden Gewerkschaften nicht in wirkliche Kampforganisationen umwandelbar. Was heißt das für die fortschrittlichen ArbeiterInnen, für die KommunistInnen? Sollen wir aus den DGB-Gewerkschaften austreten? Nein, wir müssen eine revolutionäre Opposition in den bestehenden Gewerkschaften, revolutionäre, kommunistische Fraktionen in diesen Gewerkschaften schaffen. Wir müssen in den bestehenden Gewerkschaften bleiben und uns dort gegen die ständige Abwiegelei, gegen den Verrat und die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokraten mit dem Kapital organisieren und kämpfen. Nur so werden wir in den Kämpfen den ArbeiterInnen anhand ihrer eigenen Erfahrungen aufzeigen können, was das wirkliche Wesen dieser klassenversöhnlerischen Gewerkschaften ist, nur so werden wir gemeinsam mit den organisierten ArbeiterInnen den Klassenkampf gegen das Kapital und die Gewerkschaftsböden führen können. Die oben aufgeführten Kämpfe haben uns sowohl den ständigen Verrat der Gewerkschaftsböden als auch die Erfolge gezeigt, die möglich sind, wenn wir unabhängige Streik- und Kampfkomitees in den Betrieben gründen. Komitees, deren Zusammensetzung aus unserer Mitte von allen ArbeiterInnen eines Betriebes gewählt wird, die über Art und Dauer der Aktionen, sowie Inhalt

unserer Forderungen bei den Streiks etc. bestimmen. Nur so können wir dem ständigen Abwiegen unserer Kämpfe seitens der Gewerkschaftsfürsten und ihrer VertreterInnen in den Betriebsräten entgegentreten, nur so können wir auch, statt von einer Niederlage zur nächsten zu schreiten, Verbesserungen unserer Lage erkämpfen, und Angriffe gegen das Kapital entwickeln. In den Gewerkschaften, so reaktionär sie auch sein mögen, da sind die fortgeschrittenen politisch interessierten ArbeiterInnen organisiert. Dort müssen wir durch Überzeugung, durch das Hineintragen von kommunistischen Bewußtseins, die Massen der ArbeiterInnen gewinnen und den Kampf unserer Klasse organisieren. So werden wir wirklich um das Ganze kämpfen können. Um das Ganze, d.h. für die Zerschlagung des Imperialismus! Für den Sozialismus!

### **Unser Kampf gegen das Kapital - Eine Kampffront international!**

Das Kapital agiert immer global, hat seine internationalen Vereinigungen und Stützpunkte, kennt keine nationalen Schranken, wenn es um den Profit geht. Siemens, VW und Ford investierten z.B. in ihre neuen Werke in Portugal 3,8 Milliarden DM. Dort wird rund um die Uhr gearbeitet und die Löhne liegen ca. 1/3 unter denen in der BRD. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank besitzen deutsche Konzerne 18.711 Firmen im Ausland mit einem Umsatz von jährlich 876 Milliarden DM und beuten dort rund 2,4 Mio. ArbeiterInnen aus. In Brasilien hält das BRD-Finanzkapital allein 377 Werke mit 218.000

ArbeiterInnen in seinen Krallen. BASF plant den zweitgrößten Markt der Welt für Chemieprodukte in Süd- und Ostasien zu kontrollieren. Die Textilchemie wurde bereits nach Singapur verlegt. Für VW ist Brasilien der zweitwichtigste Markt nach der BRD, Steuererlaß für 10 Jahre und Streikniederschlagungen durch die Armee inklusive.

Diese Internationalisierung oder Globalisierung des Kapitals ist dem Kapitalismus in seiner Entwicklung in die Wiege gelegt. Schon Marx und die I. Internationale stellten Ende des 19. Jhdt. fest: „Gegenüber der Kapitalkraft ist die individuelle Menschenkraft verschwunden und ist der Arbeiter in den Manufakturen nicht mehr als wie ein Räderwerk der Maschine. Für die Wiedergewinnung ihrer Individualität mußten die Arbeiter sich vereinigen und Genossenschaften (Gewerkschaften, A.d.V.) bilden zur Verteidigung ihres Lohnes und ihres Lebens. Bis jetzt blieben diese Assoziationen mehr lokaler Art; allein das Kapital sieht vermöge neuer industrieller Erfindungen seine Kraft täglich wachsen, wodurch eine große Anzahl der nationalen Genossenschaften in eine ohnmächtige Lage geraten; die Kämpfe der Arbeiterklasse studierend gewahrt man, wie die Fabrikherrn, um ihren Arbeitern zu widerstehen, sowohl fremde Arbeiter kommen, als auch die Waren dort anfertigen ließen, wo die Arbeitslöhne billiger stehen. Gegenüber dieser Sachlage muß die Arbeiterklasse, wenn sie ihren Kampf mit einiger Aussicht auf Erfolg fortsetzen will, ihre nationalen Assoziationen in internationale umgestalten.“

(Aufruf des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation 1867, MEW, Bd. 16, S. 526)

Die Kämpfe in der BRD heute aber bleiben weit hinter der Internationalisierung des Kapitals zurück. Anstatt wie Marx sagte, die Kämpfe internationalistisch zu führen, anstatt sich zu solidarisieren mit den Kämpfen der Lkw-FahrerInnen in Frankreich oder Spanien, mit streikenden ArbeiterInnen des Konzernes Gaseba in Uruguay, mit den ArbeiterInnen bei Siemens in der Türkei etc. , anstatt aber die Kämpfe zu verbinden, fallen viele ArbeiterInnen auf die rassistische Hetze der Kapitalisten und ihrer Staatsapparate rein. Der deutsche Chauvinismus, Rassismus und Sexismus, das sind ideologische Waffen, mit denen die Kapitalisten versuchen die ArbeiterInnen aufzuspalten und gegeneinander aufzuhetzen, damit wir unsere Wut und Unzufriedenheit nicht gegen die wahren Schuldigen, nämlich sie selber lenken. Mit den Heucheleien von der `Sozialpartnerschaft´, mit chauvinistischer Hetze, mit dem Gerede der „Standortrettung“ und „Internationaler Konkurrenz“ wollen sie uns zum Kampf gegen ArbeiterInnen anderer Nationalitäten, ArbeiterimmigrantInnen, MigrantInnen, und das Proletariat in den abhängigen Ländern anstacheln. Da wird erzählt, daß Frauen an der hohen Erwerbslosigkeit in der BRD schuld seien, sie gehören ja schließlich an den Herd. IG-Metall Chef Zwickel forderte eine Quotenregelung für ausländische ArbeiterInnen. Der DGB rief zur Denunziation von illegalen ArbeiterInnen auf. CSU-Landesgruppenchef M. Glos erklärte, „man könne nicht länger hinnehmen, daß Millionen unserer

Mitbürger erwerbslos sind und gleichzeitig jedes Jahr eine Million Arbeitserlaubnisse an Ausländer in Deutschland erteilt werden". Kohl und Waigel schlossen sich dem an und bekamen prompt Dankesgrüße von faschistischen, Le Pen nahestehenden Zeitungen in Frankreich.

Als im Februar dieses Jahres die spanischen FernfahrerInnen streikten, fingen VW und Opel aufgrund fehlender Ersatzteile an, die Produktion zu stoppen. Für die ArbeiterInnen hieß das Lohnverlust um die 15%, Zwangsurlaub oder späterer Ausgleich durch Mehrarbeit, ohne Zuschläge versteht sich. Und was machten die DGB-Gewerkschaften? Für den Betriebsrat bei Opel Eisenach war die solidarische Unterstützung der Streiks in Spanien kein Thema. Er gab zwar zu, daß es Auswirkungen auf den Erfolg der spanischen ArbeiterInnen haben könnte, wenn sich die ArbeiterInnen bei Opel in der BRD anschließen würden, statt dessen zog er aber die nationalistische Standortwaffe: „Wir würden es ... bevorzugen, wenn viel mehr hier ... gefertigt werden würde. Das würde Arbeitsplätze schaffen, und außerdem wären wir nicht mehr so störanfällig“. Auch der Geschäftsführer des Gesamtbetriebsrates bei VW klagte: „Die Kunden müssen auf ihre Autos warten, die Kollegen und Kolleginnen müssen in die Kurzarbeit und verlieren dadurch Geld.“

Auf diese nationalistische Propaganda und Heucheleien dürfen wir nicht hereinfliegen, wir ArbeiterInnen müssen zusammenhalten und zusammen kämpfen, wir haben gemeinsame Interessen, wir haben einen gemeinsamen

Feind - ob bei Mercedes in Stuttgart oder in der Türkei, unser Feind ist das Kapital - bekämpfen wir es international! Wir haben dabei die besondere Verpflichtung uns vor allem mit den ArbeiterInnen zu solidarisieren, ihren Kampf zu unterstützen, die von unserem „eigenem“ deutschen Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt werden. Für uns ArbeiterInnen in den imperialistischen Ländern heißt das unbedingte Solidarität und Kampfeinheit mit den ArbeiterInnen in den abhängigen Ländern. Wir KommunistInnen, wir ArbeiterInnen und Werktätige in der BRD müssen vor allem die dreckigen Machenschaften des deutschen Imperialismus in den unterdrückten Ländern entlarven und bekämpfen. Gegen die Organisiertheit, Vernetzung und internationale Verflechtung des Kapitals müssen wir unseren Kampf auch entsprechend organisieren. Gegen die Globalisierung und Internationalisierung des Kapitals ist unsere Parole der proletarische Internationalismus. Lenin forderte schon 1917:

„Es gibt nur einen wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos allen Ländern.“ (LW Bd. 24, S. 60)

Wir müssen den maximalen Beitrag leisten, um den deutschen Imperialismus durch die sozialistische Revolution ein für alle Mal zu zerschlagen! April 1997

## *1 Jahr ver.di - ver.di ent neu?*

Im März 2001 fand der Gründungskongress der neuen Gewerkschaft ver.di, gebildet aus DAG, DPG, HBV, IG Medien und ÖTV statt. 85 Prozent der etwas über tausend Delegierten stimmten dafür. Ver.di hatte bei der Gründung laut eigenen Angaben knapp drei Millionen Mitglieder in mehr als 1.000 Berufen und ist die größte Einzelgewerkschaft der Welt. Sie will die Gewerkschaft für Dienstleistungen sein und in diesem Bereich arbeiten immerhin schon fast zwei Drittel der Erwerbstätigen in Deutschland!

Ver.di könnte also eine gewaltige Macht sein und was wurde dazu nicht alles auf dem Kongreß versprochen: Gemeinsam sind wir stärker! war ein Hauptmotto.

Ein weiterer Grund zum Zusammenschluß, der auf dem Kongress genannt wurde, ist die „Globalisierung“. Auf dem Kongress wurde vorgebracht, dass durch die Globalisierung eine neue Situation entstanden ist. Die alten gewerkschaftlichen Organisationsformen reichen da nicht mehr aus. Wir müssen uns über 'alte' Grenzen hinweg, über die Berufe und Branchen hinaus, zusammenschließen um unsere Interessen besser durchzusetzen. Weitere Gründe, die genannt wurden, waren der Mitgliederschwund aufgrund der immer größeren Erwerbslosigkeit und der zunehmenden Flexibilisierung usw. Alles gewichtige Gründe...

Aber ... Wir haben ein großes ABER! Wir sagten, ver.di könnte eine gewaltige Macht sein. Dann aber müsste

diese mächtige Zusammenballung von knapp drei Millionen Mitgliedern auch wirklich in die Waagschale geworfen werden, indem wir zusammen in den Kampf ziehen und ZWAR ausschließlich für die Interessen von uns Werktätigen! Ja, was könnten wir dann alles bewirken ... Die grossen nationalen Konzerne wie Audi, Bayer, Krupp, aventis, Siemens, oder e.on wie auch die Bankengiganten Deutsche Bank, Commerzbank... arbeiten und investieren noch weltumspannender ... Die Kapitalisten vernetzen sich international. Diese Eigenschaft hat sich immer schärfer herausgebildet. Mit der Globalisierung heute erleben wir 'nur' einen weiteren gewaltigen Schub der Internationalisierung des Kapitals. Das heißt für uns: Auf der einen Seite bekriegen sich die Kapitalisten ständig. Aber auf der anderen Seite, wenn sie gemeinsam unsere Arbeitskraft auspressen können, werden die Kapitalisten aller Länder zu Brüdern und Schwestern. Dagegen müssen wir Werktätigen uns 'übergreifend' verbünden, ob nun branchen- oder länderübergreifend. Und zwar durch wirklichen Klassenkampf!

Aber, blicken wir auf die letzten Jahrzehnte der Politik der Gewerkschaften, die sich jetzt bei ver.di zusammengeschlossen haben zurück, spielte sich immer das gleiche Theater ab. Die DAG- oder die DPG-Gewerkschaftsführung wollten nie den Kampf und den Streik. Wenn den Arbeiter/innen und Werktätigen aber einmal der Kragen geplatzt war, dann haben sich die Gewerkschafts-Bonzen an die Spitze der Kämpfe und Streiks gestellt. Aber anstatt auf unsere Kampfbereitschaft zu setzen, haben sie es immer wieder

geschafft den Streiks die Spitze abzubrechen. Sie haben die Forderungen total beschnitten und verwässert. Sie haben nur Warnstreiks durchgeführt, obwohl die Basis streiken wollte. Sie haben hinter verschlossenen Türen einen für das Kapital tragbaren Kompromiss ausgehandelt. Ja, wenn es hart auf hart kam, haben sie ihr demokratisches Mäntelchen abgeworfen, indem sie den Streik trotz Urabstimmung dafür abgewürgt haben. Sie haben die Streikenden mit Begriffen wie „Krawallmacher“ oder „wild“ Streikende schlechtgemacht und sogar den Streikenden die Polizei auf den Hals gehetzt. Es gibt zig Beispiele dafür. Nehmen wir den ÖTV-Streik 1992, den die ÖTV-Bürokraten nicht im Vorfeld verhindern konnten. Dieser Streik wurde von der ÖTV-Führung verkauft, obwohl die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder sich gegen die von den Gewerkschaftsbossen akzeptierte Lohnerhöhung aussprach und weiterstreiken wollte: Wer solche Freunde hat, braucht eigentlich keine Feinde mehr! Und es ist nicht einzusehen, warum sich durch den Zusammenschluss irgend etwas ändern sollte.

Im Gegenteil: Dieser Zusammenschluss wird kein einziges Problem von uns lösen!

### **Arbeitsbedingungen so nicht verdient**

Vor diesem Hintergrund werden auch einige Kritiken und Befürchtungen klarer, die auf dem Kongress selbst von verschiedenen Delegierten vorgebracht wurden. So zum Beispiel, dass bei dieser enormen Grösse von ver.di die Verbindung zu der Gewerkschaftsbasis verloren

gehen könnte. (Nach einem Jahr scheinen sich diese Befürchtungen bereits zu bewahrheiten – quer durch die Republik versuchen Betriebsräte vergeblich ihre ver.di-Ansprechpartner vor Ort zu erreichen.) Oder dass es untereinander einen Kampf um die besten Plätze geben könnte. Oder die Warnung vor Verbürokratisierung. Wir denken, dass diese Befürchtungen schon längst Realität sind. Die DGB-Gewerkschaften sind schon längst bürokratisch, denn an ihrer Spitze sitzen Bürokraten! So hatten die DGB-Bonzen nie den Kontakt zu den ArbeiterInnen, weil sie gar nicht zu ihnen gehören, sondern die Kapitalinteressen vertreten. Und das Geschachere um Posten und Pöstchen hat sich in der Praxis längst bestätigt und zwar zum Nachteil und auf Kosten der kleineren 'Partner', wie die IG Medien – trotz aller formalen Gleichheit. Ja, der Zusammenschluss zu ver.di lief nach dem gleichen Schema ab wie die Unternehmensfusionen. Stellenabbau, leere Versprechungen. Es gibt Pläne, 1.500 Verwaltungsangestellte bis zum Jahr 2007 „abzubauen“. Offiziell heisst es „... wir werden die Finanzentwicklung und die Personalentwicklung in Einklang bringen. ... In einem Prozess soll der Umbau des Personals für ver.di gestaltet werden. Darin ist unerlässlich der notwendige Abbau von Stellen enthalten ... gibt es ernsthafte Bemühen, dies sozialverträglich umzusetzen.“ (Rundschreiben an alle Beschäftigten, Okt 2001) Laut dem Sozialplan von ver.di sind u.a. betriebsbedingte Kündigungen bis 2007 ausgeschlossen; ab 2003 können versetzungsbedingte Kündigungen durchgeführt werden. ArbeitnehmerInnen

werden massiv unter Druck gesetzt um von den Altstandorten Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart nach Berlin umzusiedeln und ihre Arbeit aufzunehmen. Denn „die neue Bundesverwaltung in Berlin ist nur sehr eingeschränkt handlungsfähig, während die Altstandorte ohne Sinn und Verstand arbeitsunfähig gemacht werden.“ – „An den Altstandorten sitzen weit über Hundert Beschäftigte ohne sinnvolle Arbeit und in Berlin steht für DM 17 Mio Jahresmiete der Potsdamer Platz teilweise leer“. (Auszüge aus 'Der Betriebsrat informiert im Sept. 2001 – bis heute hat sich nach Informationen nicht viel daran geändert). Ganz in Manier einer Unternehmensfusion wird – um den Betriebsfrieden zu wahren – ein Sozialplan abgeschlossen und im Nachhinein wird mit Tricks gearbeitet um die ArbeitnehmerInnen trotzdem loszuwerden. Von der Geschäftsleitung wird versucht ein Keil zwischen die Kolleginnen und Kollegen in der Bundesverwaltung Berlin und denjenigen, die an den Altstandorten arbeiten zu treiben. Auf der einen Seite gibt es zu wenig „Personal“ in der Bundesverwaltung und es wurde bereits versucht „Leiharbeiter/innen“ einzustellen, auf der anderen Seite wird in den Altstandorten den Arbeitnehmer/innen regelrecht der Stuhl unter dem Hintern weggezogen. Und dann heisst es, die die nach Berlin umgezogen sind, sind die 'Guten' und die in den Altstandorten sind die 'Bösen', weil sie sich weigern umzuziehen. Die 'in Berlin wissen vor Arbeit nicht wo ihnen der Kopf steht' und die 'in den Altstandorten' machen sich angeblich 'einen schönen Lenz'. Und Schuld an der Misere ist – wie in der Wirtschaft auch –

der Betriebsrat, weil er sich – wie in diesem Fall – z.B. gegen „Leiharbeiter/innen“ in Berlin ausspricht, da an den Altstandorten Kolleg/innen sind, die eine sozialplanmäßig zugesicherte Beschäftigungssicherung bis 2007 haben. Die Geschäftsleitung von ver.di lehnt offiziell ab, dezentrales Arbeiten zu ermöglichen. Da die Geschäftsleitung das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats schon in mehreren Fällen umgangen hat, hat der Betriebsrat im letzten Jahr ein Gerichtsverfahren eingeleitet, das er auch gewonnen hat. – Das zum Punkt Gewerkschafts-Zusammenschluss – oder besser Unternehmensfusion.

Der „Arbeitgeber“ ver.di erwartet „ein hohes Mass an Flexibilität“ und hält tägliche Pendelzeiten zum Arbeitsplatz von bis zu zweieinhalb Stunden (hin und zurück) für „zumutbar“. Wenn es diese „Zustände“ bei einer Fusion von zwei Konzernen gäbe, würden die Gewerkschaften aufschreien. Den Gewerkschaften „fehlt“ jetzt eine „Gewerkschaft“! Sie führen ihre Fusion mindestens genauso scharf durch wie die Kapitalisten selbst!

Es ist einfach auch sonnenklar, dass die Macher von ver.di sich einen Machtgewinn gegenüber den anderen Gewerkschaften versprechen – vor allem gegenüber der IG Metall, die bisher die größte Einzelgewerkschaft der Welt war. Ver.di hat „vergessen“ den wichtigsten Grund für den Mitgliederschwung anzuführen. Genauso wie es eine Politikverdrossenheit gibt, gibt es auch eine zunehmende Gewerkschaftsverdrossenheit. Immer mehr Werk tätige treten aus den DGB-Gewerkschaften aus, weil sie sich nicht in ihren Interessen vertreten

fühlen. Dieser Schwund bedeutet natürlich einen Machtverlust und auch deshalb gibt es ver.di. Es gab auf dem Kongress auch die Kritik, dass die Interessen von Frauen und der ostdeutschen ArbeiterInnen durch ver.di ungenügend vertreten werden. (In die 18-köpfige ver.di-Führung wurden 7 Frauen gewählt und keine ostdeutschen ArbeiterInnen; mehr als die Hälfte der Delegierten waren weiblich). Dies ist bei einer solchen Gewerkschaft nicht verwunderlich. Und wir fragen: Was ist eigentlich mit den Interessen einer anderen sehr großen Gruppe, nämlich die der Immigrant/innen???

### **ver.di - Gehälter...aber bitte nur die höchsten**

#### **Motto: Ich bin ein ver.diener**

Dies drückt die Gehaltserhöhung von Bsirske & Co excellent aus.

32.000 Werktätigen zahlen mit ihren Mitgliedsbeiträgen (bei einem durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag von DM 22,50) folgende Spitzen-Gehälter:

Vorsitzende/r	DM
27.000,00	
stellv. Vorsitzende/r	DM
23.600,00	
Ressortleiter/in Personal / Finanzen (sofern nicht stellv. Vorsitzende/r	
DM 21.600,00	
Fachbereichsleiter/innen auf Bundesebene	DM
20.250,00	
Landesbezirksleiter/innen	DM
14.250,00	

stellv. Landesbezirksleiter/innen DM  
12.100,00  
Der Gewerkschaftsrat hat diesen 'Vergütungen' mit 54 zu 44 Stimmen zugestimmt!  
Abgesehen von allem: Diese Gehälter bei so einer knappen Zustimmung anzunehmen sagt alles über den Charakter der ver.di-Führung aus!  
Frank Bsirske (Vorsitzender ver.di) hat somit eine Lohnerhöhung von DM 12.000,00 monatlich. Die Forderungen nach mehr Gehalt der Pilotenvereinigung Cockpit bezeichnete die stellv. Vorsitzende von ver.di Margret Mönig-Raane (sie selbst hat monatlich DM 23.600,00) als „Sozialdarwinismus“. Viel gibt's dazu nicht mehr zu sagen!  
Zum Glück für die ver.di-Führung: Es gibt noch genügend Mitglieder, die diese Spitzen-Gehälter und die Miete bzw. den Neubau finanzieren!!  
Im Gegensatz zu den Spitzen-Gehältern ist die 'Situation der einzelne Fachgruppen und Landesbezirke prekär.' „Der 'dramatisch eingeeengte finanzielle Spielraum' führe dazu, dass die Gremien in absehbarer Zeit handlungsunfähig seien. Von Mitgliederbetreuung könne dann keine Rede mehr sein. In der Führungsebene erhält ein Bundesfachbereichsleiter brutto soviel Geld wie der Etat von zwei Fachgruppen zusammen.“ (Berliner Zeitung, 17.10.2001 sowie Unterschriftenaktion von Betriebsräten aus München)

### **Kämpfen ist wirklich die einzige Alternative**

Tja, und was nun? Soll man aus den DGB-Gewerkschaften austreten?? Nein! Wir alle, die etwas

verändern wollen, sind dazu aufgerufen, in der Gewerkschaft zu bleiben, oder einzutreten und da gegen den Gewerkschaftsapparat und seine Führung zu kämpfen. Dies gilt vor allem für die bewusstesten KollegInnen. Wir machen uns keine Illusionen: mit diesen Gewerkschaften, die mit Staat, Wirtschaft und Parteien verwachsen sind, werden wir keinen Klassenkampf führen können. Wir sehen es als unsere Aufgabe, eine kämpferische Position in die Gewerkschaft hineinzutragen, die konsequent die Interessen aller Werktätigen gegen Staat und Kapital vertritt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst müssen aktiv werden, daher müssen wir jede kämpferische Initiative von unten unterstützen. Nur so werden wir zu wirklichen Kämpfen für unsere Interessen kommen.

Die Tarifrunde 2002 steht an. Wenn wir auf die letzten Jahre und Jahrzehnte zurückblicken, hat es die Gewerkschaftsführung immer wieder verstanden unsere Kämpfe oder Streiks abzuwürgen. Auch bei dieser Tarifrunde wird es nicht anders laufen. Wir müssen uns bereits heute Gedanken darüber machen, wie wir dem entgegenwirken können und wie wir im Betrieb die Mausechelen der Gewerkschaftsführung entlarven können. Sei es durch Reden auf Gewerkschafts-, Betriebs-Versammlungen, ... oder in Form von Flugblättern.

Ein weiteres Mittel wäre, in den Betrieben aus unserer Mitte heraus gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen – ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht – für die Dauer der Tarifverhandlungen, oder der Streiks die Wahl unabhängiger Streik- und Kampfkomitees

durchzusetzen. D.h. Komitees die aus unseren Vertreterinnen und Vertretern bestehen. Wir selber müssen entscheiden, ob, wie, wann, wie lange, mit welchen Forderungen wir kämpfen und streiken. Machen wir der Gewerkschaftsführung Dampf durch Klassenkampf!

Mai 2002

### *Und immer wieder geht die Sonne unter ...*

Der IG Metall Streik im Juni dieses Jahres ist nicht gescheitert, vielmehr wurde das traurige Ende von den Bonzen, wie Zwickel und seinen verbündeten Betriebsräten, bewusst inszeniert. Dass der Streik nicht gescheitert ist, sondern einfach von seinen Gegnern geschickt abgeblasen wurde, ging völlig unter in der darauffolgenden Personaldebatte. Vize-Chef Peters und die Auseinandersetzungen um seine Person, waren dabei nur recht und billig. Zwickel, erklärter Gegner „unflexibler Flächentarife“ hatte sich schon 2002 gegen die 35-Stunden-Woche geäußert. Er bezweifelte die „Streikfähigkeit“ im Osten, und befürwortete den sogenannten Stufenplan, um über Jahre verteilt auf 35 Stunden zu kommen. Für einen Streik für Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich sah er „keine Chance“ (Zwickel, Arbeitszeitkonferenz, München 24.10.02).

Die hochgespielten Unterschiede zwischen Peters oder Huber und Zwickel sind nur ganz minimal. Peters war es z.B., der die „5000 mal 5000“-Reform (1) bei VW durchzog, wodurch nun 5000 ArbeiterInnen für weniger Geld mehr schufteten als ihre Kolleginnen, oder den VW-eigenen „Niedriglohn-Zeitarbeitspool“. Also auch bei der Debatte Peters gegen Zwickel bzw. dessen Favorit Huber geht es nicht um „Klassenkampf“ gegen „Reformflügel“, wie uns Medien und Industrievertreter weis machen wollen, sondern um das Ablenken von der

Tatsache, dass der Angriff von oben, vom Kapital härter wird und massiv an der Kampfkraft der Gewerkschaften gesägt wird!

**Streik für die 35-Stunden-Woche - wer kämpft kann verlieren, wer gar nicht kämpft hat schon verloren!** Aber wer mit solchen Gewerkschaften kämpft, braucht sich um die Niederlagen nicht zu sorgen!

2002 wurde von der IG Metall mit den Arbeitgebern der ostdeutschen Metallindustrie vereinbart, dass 2003 über die Einführung eines Stufenplans zur Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Angleichung an das Westniveau verhandelt wird. Die KollegInnen im Osten, die seit über 10 Jahren „Einheit“ sowohl länger arbeiten als auch weniger verdienen, sollten endlich den ArbeiterInnen im Westen gleichgestellt werden, was die Arbeitszeit angeht. Im Dezember 2002 beschloss die Tarifkommission der IGM, die wöchentliche Arbeitszeit im Osten von derzeit 38 an die 35 Stunden im Westen durchzusetzen. Für den Fall, dass die Verhandlungen nicht zu dem Stufenplan führen, sollten die Tarifverträge von der IGM aus zum 30. April 2003 gekündigt werden, um zunächst mit Warnstreiks die Arbeitgeber zum Verhandeln zu bringen. Genau dies ist dann eingetreten und der Vorstand der IG Metall hat einstimmig (also inklusive des Herren Zwickel) die Streikaufnahme beschlossen. Also von der angeblich „fehlerhaften Entscheidung Einzelner“ kann wohl kaum die Rede sein!

Nach den Urabstimmungen Ende Mai für den Stahlbereich und dann für die Metall- und

Elektroindustrie in Sachsen, sowie Anfang Juni für Berlin-Brandenburg begann der Streik. Eine Woche nach Beginn wurde für die Stahlindustrie die Einführung der 35-Stunden-Woche bis 2009 vereinbart (es wird sich zeigen, ob 2009 nur noch 35 Stunden gearbeitet wird, oder ob die „Revisionsklausel“ in Anspruch genommen wird, wonach die Arbeitszeitverkürzung bei „wirtschaftlicher Verschlechterung“ verschoben werden kann), wodurch diese aus der Streikfront ausschied. Das bevor der Streik in Berlin-Brandenburg überhaupt begonnen hat! Ist schon merkwürdig, diese Streiktaktik!! Klar muss doch sein, dass nach diesem Abschluss der mächtigen Stahlindustrie die verbliebenen Arbeitgeber auf Stur schalteten und auf weiteres Abbröckeln warten konnten. Von mangelndem Kampfeswillen der KollegInnen im Osten kann ebenfalls keine Rede sein, denn vom 1. Juni bis zum Ende am 28. Juni standen täglich zwischen 6.000 und 12.000 Streikende vor den Werkstoren. Die KollegInnen im Osten wurden buchstäblich im Regen stehen gelassen. Es gab in der ganzen Zeit vom IGM Vorstand lediglich 3 (!! ) zentrale Flugblätter für die Unterstützung des Streiks! Insgesamt wurde die Öffentlichkeitsarbeit und damit Mobilisierung völlig vernachlässigt! Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass die Einführung der 35-Stunden-Woche im Westen 1984 mit dem größten Streik der Geschichte der Bundesrepublik erkämpft wurde. 70.000 ArbeiterInnen streikten damals und die Arbeitgeber reagierten mit über 130.000 Aussperrungen, und erst 1995 wurde das Ziel (35 Stunden mit vollem Lohnausgleich, nach Stufen von

38,5, 37,5, 37 und 36) erreicht. Und das auch nur durch erneute Warnstreiks! Wenn wir uns das also noch mal vor Augen halten, dann ist es doch fragwürdig, ob die IGM wirklich von der Durchsetzung ihrer erklärten Ziele überzeugt war, oder ob es diesmal nicht wie so oft ein Pseudo-Kampf war, um Dampf abzulassen, um die Wut der KollegInnen über die soziale Situation, Arbeitsbedingungen, Sozialabbau insgesamt zu kanalisieren!

Kapital, Medien und Politiker waren jedenfalls eine Front in der Hetzkampagne gegen den Streik im Osten. Dass die Forderung nach Angleichung der Arbeitszeit an Westbedingungen mehr als gerecht ist, wurde so gut wie gar nicht debattiert. „Die sollen froh sein, wenn sie noch Arbeit haben“, „Ich weiß nicht warum hier gestreikt wird“ so der Tenor. Umso demoralisierender, wenn dies auch noch aus dem Mund von Gewerkschaftsvertretern und Betriebsräten kommt.

Am 17. Juni wurde dann deutlich gezeigt, dass jetzt Schluss mit Lustig ist. Beim bestreikten Automobilzulieferer Federal Mogul in Dresden wurde ein Spektakel inszeniert. „Arbeitswillige“ wurden per Hubschrauber aufs Werksgelände geflogen. Sie hätten auch zu Fuß gehen können, da laut Arbeitsgerichtsbeschluss Arbeitswilligen beim Streik der Zugang zum Werk ermöglicht werden muss. Nun, die Streikbrecher wurden also geflogen, Polizei rückte an und die Anzahl der Presse- und TV Reporter drohte die Zahl der Streikenden zu übertreffen. Als danach dann noch verbreitet wurde, die Firma liefere Getriebe für die 3er-Reihe von BMW und bei BMW in Bayern drohe nun

für Zehntausende Kurzarbeit; der Osten ist schuld daran ... war für alle das Signal deutlich: der Streik muss beendet werden!

Auch der anschließende Abschluss von einzelnen Haustarifen sorgte für das Aufweichen der Kampffront. Darüber hinaus lieferten diese Abschlüsse ganze Arbeit für die Schwächung der Durchsetzungskraft der IGM für den Erhalt des Flächentarifvertrages im Osten!

Dass eine Solidarisierung der ArbeiterInnen im Westen grundsätzlich möglich war, zeigte sich am Ende der 3. Streikwoche, als die VW-ArbeiterInnen in Salzgitter und Wolfsburg mit Solidaritätskundgebungen und Versammlungen die Produktion lahm legten, was die Medien so gut wie totschiwigen. Die Frage ist nur, wie soll größtmögliche Wirkung gezeigt werden, bzw. größtmöglicher Druck erzeugt werden: Wenn 'streikerprobe' Westbetriebe erst spät und dann auch nur zaghaft eingebunden werden, wenn keinerlei vorbereitende Mobilisierung läuft, abgesehen von den oben genannten 3 Flugblättern der IGM.

Der Streik war nun also im Westen angekommen und Peters und die IG Metall setzten auf das Desaster der Demoralisierung noch einen drauf, indem sie verkündeten, dass sie „mögliche streik-bedingte Produktionsausfälle in der Autoindustrie bedauern“. Das war ihre Antwort auf Produktionsunterbrechungen bei VW und Kurzarbeit bei BMW. Also Fernwirkungen eines Streiks, diese kritisierte Zwickel auch an Peters nach Streikabbruch, als angeblich nicht ausgemacht. Fernwirkungen sind nun plötzlich nicht gewünscht bei der IG Metall?? Was ist und soll denn bitte schön ein

Streik ohne Wirkung?? Ein IG-Metall Mitglied dazu im Labournet (2): „Einen Streik ohne Auswirkungen sollte man gar nicht erst anfangen und von vornherein zum Scheitern verurteilen. Einen Streik abubrechen, der gerade erst Wirkung zeigt, muss man wohl erst noch verstehen lernen.“

Am Montag, den 23. Juni trafen sich die hochdotierten und hochprivilegierten Automobil-Betriebsräte bundesweit. Statt Solidaritätsaktionen zu beschließen, entsolidarisierten sie sich lautstark. Daimler-Chryslers Gesamtbetriebsratschef Erich Klemm: Peters sei ein Geisterfahrer. Der Gesamtbetriebsratschef von VW, Klaus Volkert, drohte mit dem Austritt des VW-Konzerns aus dem Arbeitgeberverband Sachsen. Opels Gesamtbetriebsratschef Klaus Franz wettete dann noch ausführlich und massiv gegen den Streik in der Tagesschau: „Die Streiks für die 35-Stunden-Woche im Osten waren niemals von einer breiten Bewegung in der Arbeitnehmerschaft getragen. Ich bin dafür, dass alle Streiks ab sofort beendet werden, damit schnell eine vernünftige Verhandlungslösung erreicht werden kann“ (Die Welt, 26.06.03). Auf solche Betriebsräte können die Konzerne stolz sein und wir verzichten! Was war das für die Streikenden ein Gefühl der Schwäche und Ohnmacht, so von den eigenen „Kollegen“ verraten und verkauft zu werden?!

Am gleichen Tag gab es auch noch ein Gespräch mit dem Kanzler, angeblich über „Sozialabbau“. Na klar doch!

Der Gipfel war dann, als Zwickel am Mittwoch verkündete, dass er sich einen Tag später, am 26. Juni,

mit dem Gesamtmetall-Chef Kannegießer treffen wird, um das „Grundgerüst“ für Verhandlungen am Freitag zu erörtern. „Es gehe jetzt darum, den Streik mit einem vernünftigen und akzeptablen Ergebnis zu beenden.“

Freitag gab es dann die Verhandlung, während derer noch mal ein Gespräch in Kanzlers Hinterzimmer stattfand. Samstag, den 28. Juni wurde es dann für alle öffentlich: „Die bittere Wahrheit ist: Der Streik ist gescheitert“. So Klaus Zwickel.

Es ist wohl einmalig in der Geschichte der IG Metall und der bundesdeutschen Gewerkschaften, dass ein Vorsitzender ohne Einbeziehung verantwortlicher Gremien nach einer Verhandlungsnacht einfach sich hinstellt und den Streikabbruch verkündet. Nach den Gewerkschaftsregeln geht das erst nach Beschluss der Tarifkommission und dann nur durch eine Erklärung vom Vorstand. Eine wahre Lehrstunde bürgerlicher Demokratie!

Es gibt auch keine Belege für das Scheitern der Verhandlungen, noch Schlichtungsversuche. Den nötigen Beschluss für den Streikabbruch holte sich Zwickel diesmal einfach später. Ohne Urabstimmung!

### **Klassenkampf, Klassenkampf – nur das macht ihnen Dampf!**

Wie nun weiter? Dass es nach diesem Streikende zahlreiche Austrittserklärungen von IG Metallmitgliedern gegeben hat, weil die Leute wütend sind, dass ihnen so in den Rücken gefallen wurde, ist nur verständlich. Jedoch ist dies genau, was das Kapital und seine Regierungsmarionetten wünschen: Schwächung unserer

Kampfkraft und Organisation. „Unserer“, nicht die der IG Metall-Bonzen, sondern der Organisation von uns als Klasse! Genau dies ist es auch, was übrig bleibt von diesem Streik: Eine absolute Schwächung und Niederlage, von der wir noch lange zehren werden. Kurz darauf und fast unbemerkt hat ver.di in Berlin für den öffentlichen Dienst einen ebensolch niederschmetternden Abschluss unterzeichnet: 2,4% Lohnsteigerung für 2003, je 1% für 2004 und 2005. Dafür aber eine Arbeitszeitkürzung um 8–12 Prozent. Ohne Lohnausgleich!! Also gleiche Arbeit in kürzerer Zeit für weniger Geld! Gesamtmetallchef Kannegießer deutete auch schon mal an, woher der Wind in Zukunft weht: „Man will die Niederlage der IGM nicht unmittelbar für eine Verlängerung der Arbeitszeit im Westen nutzen“ (FR 30.6.03). Ja die Gier des Kapitals ist unersättlich.

### **Es geht um die Angleichung des Westens an den Osten!**

Die Erhöhung der Arbeitszeiten, die weitere Aufweichung des Flächentarifvertrages selbst sind die Zielscheibe! Dezentralisierung und Flexibilisierung lautet der Trend in der Tarifpolitik - und das nicht erst seit gestern. Eine Betriebs- und Personalrätebefragung 2002 hat ergeben, dass in 35 % der Betriebe und 22 % der Dienststellen tarifliche Öffnungsklauseln zum Tragen kommen, so bei der Arbeitszeit (Verlängerung, Korridor, Verkürzung ohne Lohnausgleich), beim Lohn und Gehalt (Tariferhöhung, also Aussetzung oder Verschiebung), Tarifabsenkung (Einkommenskorridor, neue (niedrigere) Lohngruppen, Einstiegstarife) und bei Sonderzahlungen

(Urlaubsgeld, Zulagen und Zuschläge). Alles schon längst flexibel geworden!

Nach dem IGM Streik wurden in mehreren Betrieben Haustarife abgeschlossen, was ein weiterer Abbau des Flächentarifvertrages bedeutet. Arbeitgeberpräsident Hundt am Ende des Streiks: „Die Flächentarifverträge sollten so gefasst sein, dass die Regelung der Arbeitszeit den Unternehmen überlassen bleibt“ (Spiegel online, 22.6.03).

Also für die Zukunft muss uns klar sein, der Klassenkampf von oben wird schärfer, der Druck auf uns härter. Wir können nur etwas erreichen und gegen den Angriff auf unsere hart erkämpften Rechte vorgehen, wenn wir ebenfalls Druck machen. Aber richtig! Treten wir in die Gewerkschaften ein und nicht aus! Wir sind nur stark mit kollektiver Kraft! Dass der Wille da ist, haben uns die KollegInnen im Osten bewiesen. Dass Solidarität da ist, wurde auch gezeigt. Wir müssen nur mal jetzt nach dem Ende des Streiks die Protestresolutionen und Aufrufe von kämpferischen KollegInnen, Betriebsräten und Vertrauensleuten lesen! In den bürgerlichen Medien wurde davon natürlich nicht berichtet. Durch die Streik-Aktion wurde versucht, die Spaltung in OstarbeiterInnen und WestarbeiterInnen weiter anzustacheln und zu zementieren. Falsch war auch die mangelnde Mobilisierung, und die ging von Oben aus! Also nehmen wir den Kampf in unsere Hand! Und lassen wir uns nicht spalten!

Es gibt im Kapitalismus nur zwei Alternativen: entweder wir kämpfen oder wir kapitulieren. Hartz-Kommission, Agenda 2010, weiterer Sozialabbau, Rentenklau,

Gesundheitsreform etc. etc, auch hier haben uns Zwickel, Sommer, Bsirske und Co. gezeigt, wo es langgeht: Erst laut schreien, dann so tun als ob und dann nach dem Kniefall vorm Kanzler verkünden „Die größten Brocken sind raus“, wir machen Sommerpause. Während in Frankreich oder Österreich, Griechenland, Italien, von Venezuela, Peru und Argentinien wollen wir gar nicht erst reden, Millionen auf die Straße gingen und immer noch gehen und wirklich Druck machen, lassen wir uns immer wieder verschaukeln und verkaufen. Die Gewerkschaftsböden nehmen sich schon von alleine ihren Kuchen und einigen sich mit dem Kapital! Wir sind es die kämpfen müssen! Und was wird alles möglich, wenn wir dies auch tun!

Gewerkschaften sind unsere Organisationskraft im Kampf gegen das Kapital! Wenn wir abstimmen über einen Streik, dann müssen wir auch bestimmen, wann und mit welchen Forderungen er beendet wird! Wir stehen in der Produktion! Organisieren wir Streik- und Kampfkomitees! Oder wie KollegInnen von Opel Bochum in einem Unterschriftenflugblatt gegen den Streikabbruch schrieben:

„Gewerkschaften müssen Kampforganisationen sein und keine Bettvorleger!

Tretet ein in die Gewerkschaft und werdet aktiv!“

Trotz alledem: Geschwister zur Sonne, zur Freiheit!

(1) Hoch gepriesen wurde diese „Reform“, 5000 ArbeiterInnen bekamen Jobs für 5000 DM brutto. Im Klartext war das allerdings deutlich unter Tarif, d.h., die

ArbeiterInnen arbeiten zu weitaus schlechteren Bedingungen als ihre KollegInnen.

(2) [www.labournet.de](http://www.labournet.de), hier gibt es ausführliche Diskussionen, Berichte und Protestresolutionen

September 2003

### *Angriff auf die Tarifautonomie vom Tisch? Nein!*

Schon seit Jahren wird immer wieder von Seiten der Kapitalisten mit Unterstützung der jeweiligen Regierungen versucht, den Flächentarifvertrag gesetzlich aufzuweichen. Mit der Kanzlerrede vom 14. März 2003 wurde ein neuer Angriff gestartet. Nach dem Sommer folgten dann Gespräche zwischen DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und Edmund Stoiber. Diesen folgten weitere Gespräche mit Schröder, Sommer, Peters und Bsirske. Im Dezember 2003 fand ein geheimes Treffen zwischen dem DGB-Vorsitzenden Sommer und BDA-Präsident Hundt statt. Von diesen Verhandlungen erfuhren selbst die verschiedenen Einzelgewerkschaftsebenen – natürlich bis auf deren Bundesvorstände – erst durch eine Presseerklärung des DGB. Dort gaben sie das Scheitern der Gespräche bekannt.

„Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) sind wegen der Blockadehaltung von Teilen des Arbeitgeberlagers ergebnislos abgebrochen worden. Nach dem vorläufigen Ende der Verhandlungen erklärte DGB-Sprecher Hilmar Höhn am Mittwoch in Berlin: Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer und der Präsident der BDA, Dieter Hundt, sind in Gesprächen über eine gemeinsame Erklärung sehr weit gekommen. Beide Seiten erkannten an, dass die Tarifautonomie ein in unserer Verfassung

geschütztes Freiheitsrecht ist. Auch bestand Übereinstimmung darin, dass es bereits heute ein hohes Maß an Flexibilisierung und Differenzierung innerhalb von Branchen als auch nach Betrieben gibt.“ (Presseerklärung, 3. Dezember 2003).

Auch an dieser Erklärung, insbesondere durch die Aussage „Auch bestand Übereinstimmung darin, dass es bereits heute ein hohes Maß an Flexibilisierung und Differenzierung innerhalb von Branchen als auch nach Betrieben gibt“, zeigt sich mehr als deutlich, wie weit die DGB-Führung sich schon selber flexibilisiert hat, wie eng sie mit dem Kapital verschmolzen und systemkonform ist. Das Bekenntnis „zur Tarifautonomie, ein in unserer Verfassung geschütztes Freiheitsrecht“ ist reine Floskel.

Mitte Dezember 2003 war der Vermittlungsausschuss des Deutschen Bundestages (\*) an der Reihe. Der Verhandlungsshowdown für Agenda 2010 mit den anstehenden 'Reformen', zu denen auch gesetzliche Änderungen der Tarifautonomie gehörten, lieferte als Ergebnis für die Tarifautonomie:

„Wir erwarten von den Tarifvertragsparteien, dass sie sich in den nächsten 12 Monaten auf eine neue Balance zwischen Regelungen auf tarifvertraglicher und betrieblicher Ebene verständigen.“ (Protokollnotiz des Vermittlungsausschusses)

Diese völlig schwammige Festlegung ist für alle Seiten offen. So haben die Bundesregierung und Gerhard Schröder ihr Gesicht nach Außen gewahrt und die SPD sich wieder einmal als sogenannte „arbeitnehmernahe Partei“ positioniert. Die finanziellen Einbußen und die

Wegnahme von demokratischen Rechten durch den Agenda 2010-Katalog (Hartz-Reformen etc.) reichten ihnen an „Reformen“ anscheinend vorläufig aus. 2004 ist ja schließlich auch Wahljahr (mehrere Landtagswahlen, Europaparlamentswahlen) und die Stimmen der Werktätigen werden gebraucht.

Auch die Gewerkschaftsführungen und die Arbeitgeberverbände können mit so einer Aussage leben. Haben nicht der IGM-Vorsitzende-Peters und Gesamtmetallchef Kannegießer verkündet, dass man für Öffnungsklauseln und betriebliche Bündnisse den Gesetzgeber nicht brauche. Wie wahr! Die heute bestehenden Tarifverträge sind bereits so löchrig wie Schweizer Käse. Laut einer Studie des WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut) befinden sich in den Tarifverträgen von über 80 Wirtschaftszweigen und Tarifbereichen, die für rund 15 Millionen Beschäftigte gelten, bereits Hunderte von Öffnungsklauseln. Diese erlauben eine 'Anpassung' der tariflichen Regelungen und Leistungen an die betrieblichen Erfordernisse. Das heißt im Klartext, Verzicht auf Jahresleistung, Urlaubsgeld, Verlängerung der Wochenarbeitszeit (ohne Mehrarbeitszuschlag) ...

Bundesweit haben sich Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen branchenübergreifend an verschiedenen Aktionen, kollektives Aufsuchen des Betriebsrats, Kundgebungen, Mahnwachen, Flugblattaktionen, Demonstrationen bis hin zu Arbeitsniederlegungen für die Verteidigung der Tarifautonomie beteiligt. Sie waren sich bewusst, wenn die Tarifautonomie/der Flächentarifvertrag nicht mehr gilt, dann gibt es: keinen

einheitlichen Lohn, keinen einheitlichen Urlaubsanspruch, keine einheitlichen Arbeitszeiten, und dafür noch mehr Flexibilisierung in allen Bereichen, verschärfte Konkurrenz unter den Kolleginnen/Kollegen im gleichen Betrieb und zwischen den Betrieben, .... Jeder Betrieb hat andere Regelungen. Jeder einzelne Arbeiter/Angestellter und jede einzelne Arbeiterin/Angestellte ist dem Druck des Arbeitgebers direkt ausgeliefert.

Durch das Aushandeln von Tarifverträgen ausschließlich zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber werden Großbetriebe vielleicht kurzfristig bessergestellt. Beschäftigte in mittleren und kleineren Betrieben werden in Zukunft häufig zum „Nulltarif“ arbeiten dürfen. Ganz zu schweigen, dass es sehr stark auf den jeweiligen Betriebsrat ankommt. Ist er umfänglich geschult, kennt er sich in dem §-Dschungel aus? Vertritt er überhaupt die wirklichen Interessen der Kolleginnen und Kollegen? Unabhängig davon ist er auch durch das Betriebsverfassungsgesetz gebunden. „Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten ... vertrauensvoll ... zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammen“. Gekaufte Betriebsräte gibt es genug! Auf die einzelnen Belegschaften wird es letztendlich dann ankommen! Sie müssen lernen, sich für ihre Rechte alleine einzusetzen. Mit dem Fall der Tarifautonomie fällt auch gleichzeitig unser branchenweites Streikrecht. Denn, wenn keine branchenbezogene Tarifverträge mehr abgeschlossen werden, kann die Gewerkschaft auch nicht bei Tarifverhandlungen zu bundesweiten Streiks aufrufen („legaler Arbeitskampf“). D.h. „Häuserkampf“, große

und gut gewerkschaftlich organisierte Betriebe werden für sich die bestmöglichen Konditionen erstreiken. Kleinere und mittlere Betriebe, die oft einen geringeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben, oder keine „Schlüsselbetriebe“ (\*\*\*) sind, haben keine Chance. Die vermeintlichen Einzelinteressen von Großbetrieben gehen zu Lasten der Werktätigen kleinerer und mittlerer Betriebe. Solidarität unter den Werktätigen wird noch mehr zum Fremdwort. Auch ist klar – das hat die Geschichte mehrfach gezeigt – bei den Schwächeren wird angefangen und bei den Großen dann weitergemacht.

Mit der Abschaffung des legalen Arbeitskampfs wollen sie uns zum Schweigen bringen  
Streik ist aber die einzige Sprache, die die Kapitalisten und der Staat verstehen, mit der wir den Angriffen entgegentreten können.

Spalte und Herrsche – das steht nach wie vor auf den Fahnen der Kapitalisten. Selbst wenn eine gesetzliche Änderung in Bezug auf die Tarifautonomie vorläufig zurückgehalten wurde, schleichend wird sie umgesetzt und es wird weitere Angriffe auf unsere Rechte geben. Nach wie vor sind SPD / Die Grünen, CDU / CSU die FDP und Kapital einer Meinung: „Die Macht der Gewerkschaften muss gebrochen werden“. Dem halten wir entgegen: „Die Macht der Gewerkschaftsführung muss gebrochen werden“. Die Gewerkschaften müssen unsere sein. Ausschließlich in unserem Interesse handeln. Nicht, so wie es seit Jahren die

Gewerkschaftsführung macht: Kompromisse mit der Regierung und den Kapitalisten suchen.

Der Angriff auf die Tarifautonomie ist ein Angriff auf die gewerkschaftliche Organisierung schlechthin

Die einzige Waffe, die einzige Stärke die wir haben, ist unser Zusammenschluss. Ist unsere Organisiertheit. Heute wird versucht den Gewerkschaften das Recht abzusprenken, kollektiv Tarifverträge abzuschließen und morgen? Seit Jahren werden wir von den DGB-Bonzen – und somit auch von den ihm angehörenden Einzelgewerkschaftsführungen – verraten und verkauft. Die gewerkschaftliche Organisierung ist aber die breiteste mögliche Organisierungsform für uns Werktätige. Dieser Kraft müssen wir uns wieder bewusst werden! Wir dürfen uns nicht weiter spalten lassen!

Deshalb müssen wir uns in den bestehenden Gewerkschaften organisieren. Versuchen, dort Opposition zu schaffen, Druck auf die Gewerkschaftsführung auszuüben. Die Arbeit in den Gewerkschaften bedeutet aber nicht, sich nur auf die eigenen betrieblichen Interessen, auf ökonomische Forderungen zu beschränken. Es muss versucht werden, revolutionäre Inhalte hineinzutragen. Der Kampf muss mit dem allgemeinen politischen Kampf verschmolzen werden.

„Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital,

aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf – findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigen, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.“ (Marx, Das Elend der Philosophie, Marx Engels Werke, Bd. 4, S. 180/1)

Natürlich vertreten die heutigen Gewerkschaften nicht Klasse gegen Klasse, sie werden es auch nicht tun, wenn wir innerhalb der Gewerkschaft eine starke Opposition geschaffen haben. Die reaktionäre Gewerkschaftsführung lässt sich nicht reformieren. Langfristiges Ziel ist die Gewinnung der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder für den revolutionären Klassenkampf. An dem Punkt, wo die arbeiterrarokratischen Gewerkschaftsführer weitgehend isoliert sind, werden sie die Einheitsgewerkschaften spalten. Dadurch wird der Weg frei für revolutionäre Gewerkschaften. Die Spaltung der Gewerkschaften ist nicht Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten. Die Gewerkschaftsbonzen werden zu diesem Mittel greifen, wenn sie keinen anderen Ausweg sehen.

Wir müssen den Kampf in den Betrieben und den Gewerkschaften aktiv aufnehmen!

Die nächsten Tarifrunden stehen an – Öffnungsklauseln werden von Arbeitgeberseite wieder auf den Tisch kommen.

Nur organisiert können wir den Angriffen von Staat und Kapital wirkungsvoll entgegentreten!

(\*) Der Vermittlungsausschuss des Deutschen Bundestages setzt sich aus 7 Mitgliedern der CDU/CSU, aus 8 Mitgliedern der SPD, 1 Mitglied Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und 1 Mitglied der FDP zusammen.

(\*\*) Schlüsselbetriebe sind Betriebe die eine Schlüsselrolle z.B. in einer Produktionskette einnehmen – fällt ein Kettenglied aus, kann nicht weiterproduziert werden; oder Betriebe, mit besonderer wirtschaftlicher / gesellschaftlicher Stellung; oder Betriebe die, wenn z.B. gestreikt wird, Streikauslöser für andere Betriebe sind.

Februar 2004

### *Schlaglichter Ein Klasse Treffen von aktiven Arbeiterinnen und Arbeitern*

In unserer Runde gab es Arbeiterinnen und Arbeiter - Gewerkschaftsmitglieder, Vertrauensleute, Betriebsräte, Mitarbeiter verschiedener gewerkschaftlicher Arbeitsbereiche, Ausschussmitglieder auf Betriebs- und Gewerkschaftsebene, mehrheitlich waren wir MigrantInnen.

Unser Ziel ist eine kommunistische revolutionäre Betriebsarbeit. Was verstehen wir darunter? Wie können wir so eine Betriebsarbeit anpacken? Diese Fragen zu beantworten und wie dieses Ziel zu erkämpfen ist, war Thema unseres Treffens. Eine nüchterne Bestandsaufnahme war unser Ausgangspunkt. Wie sieht es in den Betrieben aus, wie hoch ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad, wie stark ist das gewerkschaftliche Bewusstsein, bzw. ist es überhaupt vorhanden? Welche Erfahrungen machen wir täglich in den Betrieben, wenn wir gewerkschaftlich aktiv sind, wie ist die Reaktion der KollegInnen auf die politische Arbeit?

Bei dem Treffen ging es zunächst ausführlich um unsere Erfahrungen. Im Austausch und in der gemeinsamen politischen Bewertung der Betriebsarbeit haben wir Ansatzpunkte und Anregungen für unsere Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit entwickelt.

Wie können wir revolutionäre antikapitalistische Inhalte in die Betriebe tragen?

Alle hatten die Erfahrung, dass es heute für klassenbewusste ArbeiterInnen sehr schwer ist, in den Betrieben politische Arbeit zu machen. Wir erleben tagtäglich, dass unter den KollegInnen sehr oft die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation überhaupt abgelehnt wird. Natürlich weil sie immer und immer wieder schlechte Erfahrungen gemacht haben und wieder und wieder verschaukelt wurden. Dass aber selbst heute diese miesen Gewerkschaften die einzige und breiteste Organisationsform für uns ArbeiterInnen in den Betrieben ist, um uns im Kampf zusammenzubringen, sehen sie nicht.

Wie aber vorgehen, wenn das Interesse an Gewerkschaften oder überhaupt am Kampf selbst sehr niedrig ist?

Nachstehend Auszüge aus der Diskussion auf dem Treffen:

- „Was macht denn die Gewerkschaft für uns, was soll ich damit?“

Wegen der Politik der Gewerkschaftsführung, die nicht unseren Interessen entspricht, sondern denen der Herrschenden, verlieren die Gewerkschaften immer mehr Mitglieder. Letztes Beispiel war der Abbruch des Streiks für die 35-Stunden-Woche in Ost-Deutschland, in dessen Folge die IG Metall viele Mitglieder verloren hat.

Wenn eine Belegschaft im Betrieb unzufrieden ist, lässt sie auch oft ihre Wut nicht direkt an der Geschäftsleitung aus, sondern an den Vertrauensleuten

und Betriebsräten. Das liegt zum einen daran, dass die Gewerkschaftsführungen unsere Interessen nicht vertreten, sondern verraten und zum anderen auch daran, dass sie über Jahre eine Stellvertreterpolitik verfolgen, nach dem Motto: „Wir machen das für euch“. Damit sind die ArbeiterInnen ruhig gestellt und völlig passiv gemacht worden. Eine aktive Einmischung und Eigeninitiative von der Belegschaft wird nicht gewollt, und wenn sie mal aufkeimt sofort abgewürgt.

Es gibt auch bei vielen Kolleginnen und Kollegen kaum ein Bewusstsein darüber, was Gewerkschaften ursprünglich für die Arbeiterbewegung waren und wofür sie, selbst heute, auszunützen sind. Welche Kämpfe in der Vergangenheit ausgefochten wurden für unsere heutigen, als ganz selbstverständlich empfundenen Rechte und welche Rolle dabei Gewerkschaften hatten, weiß kaum ein Kollege oder eine Kollegin. Viele machen sich keine Vorstellung davon, wie es ohne Gewerkschaften heute aussähe, oder umgekehrt was wir mit Gewerkschaften, wenn sie unsere Interessen vertreten würden, erreichen könnten!

- Unsere Aufgabe als Revolutionäre, die Teil der Arbeiterklasse sind, ist es, die Kolleginnen und Kollegen von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Arbeit zu überzeugen: In die Gewerkschaften reingehen und um unsere Rechte kämpfen. Als Betriebsräte und Vertrauensleute alles dafür tun, dass sich die Arbeiterinnen für ihre Rechte selbst zusammenschließen und den Funktionären und Gewerkschaftsbürokraten Feuer unterm Hintern machen.

- Diese Überzeugungsarbeit ist wahnsinnig schwer. Vor allem dann, wenn die Gewerkschafts-Betriebsräte als „Co-Manager des Kapitals“ vor Ort untätig „rumsitzen“, aktive Kämpfe nicht wollen und so der Wut über die Gewerkschaften nur Öl ins Feuer gießen. Wir müssen diese Wut aufgreifen und Alternativen zeigen. Wenn die Betriebsräte sich noch nicht mal mit den einfachsten Problemen befassen, zeigen wir auf, wie eine kämpferische Betriebsratspolitik aussehen soll. Wir müssen diese Betriebsräte an all den täglichen Problemen angreifen, die sie bürokratisch verschleppen wie auch bei den bedeutenden Fragen der Lohnkämpfe, Tarifrechte etc., wo sie die Kapitalisten und den Staat verteidigen. Jedes Jahr eine oder vielleicht gerade mal zwei Betriebsratsversammlungen sind viel zu wenig. Da müssen wir mehr fordern, Themen aufstellen und die Belegschaft davon informieren.

Als klassenbewusste kämpferische Arbeiter sind wir aufgefordert, antifaschistische antirassistische, antisexistische Positionen in jeder Frage der Betriebspolitik reinzutragen. Wir müssen vor allem praktisch zeigen, dass man alleine gar nichts erreicht, Organisation ist alles.

„Wenn ein Betriebsrat sagt, dass er immer auf der Seite der Belegschaft ist und nichts tut, muss ich das angreifen. Ein Betriebsrat muss Ziele haben. Wenn ich für vier Jahre gewählt werde, muss ich Ziele haben, die ich überprüfe.“

Wir müssen mit unserer Arbeit Vertrauen schaffen. Das heißt auch, dass wir jedem Problem nachgehen müssen:

Sei es, dass das Fließband immer schneller läuft, Kollegen angeschrien werden oder, oder, oder...”

- Die Arbeit als Betriebsrat und auch als Vertrauensmann/frau muss ernst genommen werden. Viele lassen sich auf den Posten wählen, weil sie dann im Betrieb ein 'leichteres Leben' haben. Bei den Wahlen greifen wir das in Diskussionen mit den KollegInnen auf. Was wir von den gewählten Betriebsräten erwarten, und dass sie daran gemessen werden sollen, das muß das Kriterium für die Wahl sein.

Sind wir im Betriebsrat drin, dann muß jede/r sich immer die Frage neu stellen: Warum bin ich zum Betriebsrat gewählt worden? Das muss ich wissen, da muss ich auch das Bewusstsein bei den Betriebsrats-Mitgliedern angehen.

Wir müssen als revolutionäre Betriebsräte jedes Problem angehen und bei den Kolleginnen und Kollegen Vertrauen schaffen. Unsere Aufgabe ist es, unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ein Bewusstsein für die Organisation zu schaffen. Wir dürfen nicht klein beigeben, stattdessen unsere hart erkämpften Rechte verteidigen (aktuell geht das z.B. ums Tarifrecht, die Tarifautonomie). Wir haben als Revolutionäre auch die Pflicht, die ökonomischen Kämpfe mit den politischen zu verbinden.

Klar müssen wir uns sein, dass beim heutigen Stand des Klassenkampfes und des Bewusstseins der Arbeiterinnen, das ein zäher und langatmiger Kampf ist. Das ist oft total frustrierend.

„Wenn ich als Betriebsrat gegen Ungerechtigkeiten kämpfe, stehe ich oft alleine da. Vertrauen gibt es zu mir, aber die Angst der Kollegen ist größer.“

„Die Lage in den Betrieben ist ökonomisch schlecht. Die wird auch noch schlechter. Wenn die EU erweitert wird, wächst die Konkurrenz... Auf Betriebsversammlungen verhindern oft die Betriebsräte auch die Diskussion. Es wird nicht gesagt, dass jeder seine Meinung sagen kann.“

Wenn jeder Betriebsrat seine Aufgaben machen würde, einfach den rechtlichen Rahmen ausschöpfen, könnte man schon viel erreichen.

Aber, das müssen wir auch sehen, sie kriegen nicht immer alles, was sie wollen. Die MLPD AnhängerInnen wurden gekündigt, sind aber trotzdem weiterhin im Betrieb. Ob sie durchkriegen, was sie wollen, ist auch eine Kraftfrage.“

Ein schlechter Betriebsrat ist, wer die Belegschaft im Unklaren lässt – also kämpfen wir revolutionäre Betriebsräte für die Information und geben diese auch weiter. Wenn es Anregungen aus den Betriebsversammlungen gibt, nehmen wir diese ernst und versuchen, sie umzusetzen und über den Stand der Dinge zu informieren. Wer als Betriebsrat vor der Belegschaft etwas verheimlicht, wird ihr Vertrauen kaum gewinnen. Das beste Mittel dagegen ist, Transparenz zu schaffen, mit offenen Karten zu spielen und die Kolleginnen und Kollegen unbedingt einzubeziehen.

„Die Betriebsratsarbeit ist sehr wichtig. Ein guter Betriebsrat ist alles, setzt viele Mützen auf.“

Er ist unser Anwalt, IGM-Vertreter, Vertreter gegen die IGM, Psychologe, Freund und Vertreter gegen Nationalisten.“

„Oft wird der Paragraph 'Geheimhaltungspflicht' benutzt, um Informationen zurückzuhalten. Tatsache ist aber, dass das nur Wirtschaftsgeheimnisse betrifft. Wenn Fragen kommen, beantworte ich die Fragen bis zum letzten. Am Ende steht bei dem Kollegen ein Fragezeichen. 'Wie soll ich denn Politik machen? Was ist die Alternative?' Ich versuche, die Kolleginnen und Kollegen dazu zu bringen, Politik zu machen.“

„Die Arbeitgeber spielen mit dem Betriebsrat. Den Spieß müssen wir runddrehen. Z.B. den Zusammenhang aufdecken zwischen Kündigungen und Wochenendarbeit in der gleichen Abteilung. Der Betriebsrat soll dem nicht zustimmen und die Wochenendarbeit ablehnen. Wir müssen immer wach sein und jede Ungerechtigkeit aufdecken. Und die Spielchen entlarven. Wenn ein Betriebsrat nicht wirklich arbeitet, sondern passiv ist, dann passiert das mit der Eingruppierung sehr schnell. Dagegen müssen wir kämpfen.“

• In den Diskussionen über Probleme in den Betrieben gibt es sehr unterschiedliche Meinungen:

Eine Meinung für Hindernisse für revolutionäre Arbeit sah so aus:

„Zum einen die Betriebsräte selbst. Zum anderen die Arbeiterinnen und Arbeiter, besonders die aus den Ostblockländern. Die haben alles verschlechtert. Die kämpfen alle gegeneinander. Sie sagen 'Wir haben Sozialismus schon erlebt.' Die blockieren unseren Kampf. Die hebeln das Tarifrecht aus. Die Arbeitgeber

machen schon Druck. Aber das heißt nicht, dass man alles schlucken soll.“

Darüber haben wir ausführlich diskutiert. Waren das vom Prinzip her nicht die gleichen Argumente als in den 60er Jahren die ersten Arbeitsmigranten aus Italien, aus der Türkei und anderen Ländern kamen? In den meisten Betrieben arbeiten Kolleginnen und Kollegen verschiedener Nationalitäten zusammen. Das größte Problem, sich nicht gegen die Angriffe der Herrschenden zusammen zu schließen, ist nach wie vor der Rassismus, der von der Geschäftsleitung, von allen Kapitalisten, geschickt benutzt wird, um die Spaltung aufrecht zu erhalten. Wir dürfen uns nicht spalten lassen! Wir müssen aktiv den vorherrschenden Rassismus und Nationalismus bei allen ArbeiterInnen anprangern und bekämpfen!

Wir müssen selbst Beispiel sein, dass es falsch ist, wenn KollegInnen aus Angst vor der Kündigung nicht den Mund aufmachen. Wenn wir den Mund aufmachen, wenn wir uns widersetzen, dann werden die KollegInnen in der Praxis sehen, dass es möglich ist. Wir müssen sie davon überzeugen, dass das Vertrauen auf die Versprechen der Kapitalisten nichts bringt, dass wir nur zusammen bessere Arbeitsbedingungen erstreiten können.

### **Wie steht es um die Organisierung?**

- Die Schwierigkeiten:

„Aber das Hauptproblem sind die Betriebsräte die als Co-Manager des Kapitals auftreten. Die Kapitalisten

wollen die Arbeiterklasse entwaffnen. Sie fangen mit der Betriebsratsarbeit an.

Und die Arbeiterklasse soll passiv gemacht werden. Und das funktioniert auch. Die Kolleginnen und Kollegen sind passiv. Wir müssen sie aktivieren. Vor 10 Jahren hatten wir einen 'Lohnkampf' im Betrieb. Weil wir keinen Betriebsrat hatten, haben wir die Gewerkschaft geholt und als Antwort bekommen, dass wir bloß ruhig sein sollen.

Die Arbeiter sind ans Kapital gebunden. Haben Haus, Auto. Es gibt ein allgemeines Desinteresse. 'Was sollen wir denn machen'. Diese Passivität wächst, obwohl der Druck viel stärker wird. Das Desinteresse wächst und auch der Wunsch nach dem Luxus der Reichen. Die Politik der Herrschenden hat gefruchtet.“

„Eine Erfahrung ist, dass man, wenn man in den Gremien sitzt, trotzdem noch Jahre braucht, bis man überhaupt wahrgenommen wird und Aussagen ernst genommen werden. Positiv ist unsere Arbeit schon und wir nehmen auch unsere Sitzungen wahr und informieren die Belegschaft hinterher. Wir haben eine Betriebsratsseite im Intranet.

Die revolutionäre Arbeit ist das eine, aber die Gewerkschaftsarbeit ist schon schwierig genug. Viele Arbeiter sind auf Seiten des Kapitals. Probleme sind auch der Deutsch Chauvinismus, Rassismus und Nationalismus. Auch der der Migrantinnen und Migranten untereinander.

Auf der Ausländerkonferenz der IG Metall waren ca. 250 Kolleginnen und Kollegen, und da wurde auch so ein

Nationalstolz vertreten. „Ich bin Türke, ich bin stolz Betriebsrat zu sein.“

„Wir müssen unbedingt Wissen sammeln – und mit dem Wissen unsere kämpferische Position sichern.“

• Mögliche Lösungen:

Wir müssen mit Kolleginnen und Kollegen, die die Gewerkschaft passiv finden, diskutieren, wie wir was besser machen können, wie die Kolleginnen und Kollegen aktiviert werden können. Nörgelnd sich in die Ecke zu stellen, bringt nichts. Praktisch müssen wir gemeinsam bei Lohnkämpfen mit ihnen aktiv werden und Alternativen gemeinsam entwickeln.

Die Gewerkschaft ist passiv und fährt die Strategie der Halbherzigkeit: Befrieden indem immer ein wenig der Dampf rausgelassen wird! Zur bundesweiten Demonstration gegen Sozialkahltschlag am 1.11.03 wurde von der Gewerkschaftsführung nicht zentral mobilisiert. Alles was an Mobilisierung gelaufen ist, kam von der Basis, von fortschrittlichen Zusammenschlüssen und von politischen Gruppierungen.

Der Sozialdemokratismus bei den Gewerkschaftsfunktionären ist natürlich vorherrschend. Nicht nur die Kolleginnen und Kollegen, sondern vor allem Betriebsräte predigen immer wieder: „Die SPD ist an der Macht, denen fahren wir nicht an den Karren.“

Für solche Aktionen an der Basis zu mobilisieren, wirklich starke Forderungen im Namen der eigenen Gewerkschaftsgruppe oder Betriebs-Belegschaft aufstellen und dann den Funktionären und der Führung zeigen wo die Harke ist, das ist was wir machen müssen.

Die Kolleginnen und Kollegen aus den ehemaligen Ostblockländern stehen im Betrieb weit unten, sind oft am unterdrücktesten und verhalten sich überwiegend „ruhig“. Viele nehmen an den Kämpfen nicht teil, bzw. machen den Mund nicht auf. Die Bedingungen in der BRD sind natürlich im Vergleich zu ihren Herkunftsländern weitaus besser. Die KollegInnen haben Angst vor Verlust ihres Arbeitsplatzes, weil sie einen höheren Lebensstandard erreichen wollen. Das Problem ist, wie können wir diese Kolleginnen und Kollegen überzeugen? Wenn wir gleich von Sozialismus anfangen, werden wir sofort verlieren. Deswegen ist es besser, über praktische Fragen zu sprechen: Wie sieht es mit Lohnerhöhungen aus. Wie kann man für mehr Urlaub kämpfen, wie können wir verhindern, dass die Arbeitszeit verlängert wird. Die rassistische Spaltungspolitik klappt. Es wurde schon immer versucht, die Arbeitereinheit zu spalten. Wir müssen versuchen in Betriebsversammlungen durchzusetzen, dass in die Sprachen der Kollegen aus anderen Herkunftsländern übersetzt wird. Wir müssen aktiv gegen die Spaltungsversuche kämpfen.

Es gibt innerhalb der Arbeiterklasse immer Teile, die von den Kapitalisten zu Lohndrückern gemacht werden. „Es besteht kein Zweifel, dass nur äußerstes Elend die Menschen veranlasst, die Heimat zu verlassen und dass die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenlosester Weise ausbeuten. (...) Die Bourgeoisie hetzt die Arbeiter der einen Nation gegen die der anderen auf und sucht sie zu trennen.“

(Lenin in „Kapitalismus und Arbeiterimmigration“, Oktober 1913, LW Bd. 19)

Das müssen wir im Kopf haben. Und das müssen wir auch in unserer Agitation und Propaganda ausdrücken. Die Erfahrungen der Arbeiterklasse der Welt ist, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den verschiedenen Ländern sich in den Kämpfen unterstützen können, wenn sie ihre Spaltung überwinden. Wir müssen gegen den Chauvinismus und Nationalismus kämpfen, uns auf der Grundlage unserer Klasseninteressen organisieren. Wir KommunistInnen in den Betrieben müssen entschlossen vor allem den Chauvinismus der herrschenden Nation bekämpfen und die doppelte Unterdrückung der ArbeiterInnen der unterdrückten Nationen berücksichtigen! Wir müssen dafür kämpfen, dass der proletarische Internationalismus vorherrschend wird!

### **Die Gewerkschaften sind bürokratisch und gelb. Warum und wie arbeiten wir darin?**

Die Gewerkschaft ist, wie schon gesagt, die umfassendste Organisationsform, die wir in den Betrieben haben. In der Gewerkschaft werden wir diejenigen Arbeiterinnen und Arbeiter treffen, die am ehesten bereit sind, zu kämpfen.

Um mit den KollegInnen für die berechtigten Forderungen zu kämpfen, müssen wir uns ebenfalls viel betriebliches und gewerkschaftliches Wissen aneignen, z.B. Betriebsverfassungsgesetz, Tarifrecht. Im Betrieb müssen wir auch die bestehenden Möglichkeiten, die es innerhalb der Gewerkschaftsarbeit gibt, soweit wie

möglich ausnutzen. Also z.B. zum 1. Mai oder 8. März für Demos mobilisieren etc.

In den Gewerkschaften gilt es den Kampf gegen die Gewerkschaftsführung aufzunehmen. Wir zeigen den ständigen Verkauf unserer Interessen auf und prangern dieses Verhalten an. Die KollegInnen müssen sehen, dass wir mit bestimmten Beschlüssen, Vorgehen nicht einverstanden sind. In den aktuellen Diskussionen können wir wirksam eingreifen. Z.B., die aktuelle Diskussion über die Durchlöcherung der Tarifautonomie. Nur im täglichen Kampf im Betrieb können wir die KollegInnen überzeugen und gewinnen. Aber: wir kämpfen in der Gewerkschaft und versuchen, dort eine linke Opposition zu schaffen. Also nicht für den Austritt aus den Gewerkschaften, sondern für den Eintritt in die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Organisierung kämpfen wir

### **Wie können wir eine revolutionäre Fraktion in den Gewerkschaften aufbauen?**

Unter den heutigen Bedingungen wäre es falsch, eine revolutionäre Gewerkschaft zu gründen. Die Frage ist aber, wie wir innerhalb der Gewerkschaft eine revolutionäre Fraktion bilden. Es geht darum, wie wir organisatorisch unsere revolutionäre Arbeit im Betrieb aufbauen können. Heute ist es natürlich schwierig, diese Inhalte an die Kolleginnen und Kollegen zu bringen. Wir wollen die Welt verändern, aber oft rennen wir gegen eine Wand. Wichtig ist, dass wir uns klar machen, dass wir für diese Arbeit einen langen Atem brauchen. Diesen alltäglichen Kampf werden wir langfristig führen

müssen. Wir sind uns bewusst, dass durch die Entwicklung der Widersprüche in der kapitalistischen Produktion der Klassenkampf sich sprunghaft entwickeln kann. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Wir können keine Kämpfe aus dem Hut zaubern, aber wichtig ist immer wieder zu sehen, so wie es ist, so bleibt es nicht! Bausteine für eine revolutionäre Fraktion in den Gewerkschaften ist überhaupt erstmal eine Vernetzung der revolutionären ArbeiterInnen. In bestehende Zusammenschlüsse wie TIE, linke Gewerkschaftertreffen oder betriebsbezogene fortschrittliche Gewerkschaftertreffen gehen wir rein, um unsere Positionen voranzutreiben, um Bündnisse zu schließen und eine revolutionäre ArbeiterInnenbewegung mitzuschaffen. Nur im Ergebnis dieser Arbeit, vor allem aber einer gewissen Verankerung in den großen Betrieben werden wir Strukturen für eine revolutionäre Fraktionsarbeit schaffen können. Da die Gewerkschaftsböden wie die Luchse jeden Ansatz solcher Organisation ausspitzeln und zerschlagen, muss dabei äußerst vorsichtig vorgegangen werden.

### **Wie können wir das, was wir leisten, in eine revolutionäre Betriebsarbeit überleiten?**

Das Bewusstsein heute ist sehr niedrig, von den Arbeitern und auch von den Betriebsräten. Wenn wir revolutionäre Arbeit leisten wollen, müssen wir uns eine Position erarbeiten, Rückendeckung von den kämpferischen Kolleginnen und Kollegen suchen. Die Gewerkschaftsarbeit nutzen, um die Arbeit unter den Kollegen zu machen. Man kann da auch viel leichter im

Betrieb unterwegs sein. Dabei ist wichtig, dass wir die Kollegen einbeziehen. Dazu muss man sich auch Wissen aneignen und weitergeben. Auch an Gewerkschaftsschulungen teilnehmen. Das Wissen ausbauen. Vor allem genau den rechtlichen Rahmen kennen und ausschöpfen. Das Demokratieverständnis in Frage stellen. Wo ist was geregelt. Wie kann man da eingreifen, welche Möglichkeiten haben wir. Wir haben einen langen Prozess vor uns, um effektive Arbeit zu leisten. Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, alles zu lernen, was uns angeboten wird. Bei den ökonomischen Forderungen unbedingt den politischen Bezug herstellen. Die politische Diskussion mit den Kollegen ist da sehr wichtig. Nicht „revolutionäre Phrasen dreschen“ sondern die politische Komponente einbringen und die Zusammenhänge aufdecken. Die revolutionären Inhalte verständlich, konkret und überzeugend überbringen, das ist die schwierigste Arbeit. Die politische Diskussion ist am leichtesten im Dialog. Wenn die Angriffe der Kapitalisten anstehen, können wir nur zur Auseinandersetzung aufrufen. Wir müssen unsere Kraft auch erproben. Es ist ganz wichtig, dass wir unsere Arbeit auf lange Sicht planen. Deswegen treten wir als Organisation legal in den Betrieben auch so nicht auf. Die MLPD z.B. macht da mit ihrem Legalismus einen Fehler! Die Inhalte sind wichtig, nicht der Name einer Partei. Wir sind nicht hier, um stolz unsere rote Fahne zu zeigen, sondern wollen auf lange Sicht die Rote Fahnen in den Fabriken hissen und die Verhältnisse ändern!

Wenn wir in Betriebsversammlungen auftreten, können wir mit den Kollegen Fragen vorbereiten. Die Kolleginnen und Kollegen können wir natürlich nur aktivieren, wenn wir ihr Vertrauen gewonnen haben.

### **Zu Betriebszeitungen**

4 „Wir hatten eine Betriebsgruppe gegründet und uns alle vier Wochen getroffen. Dort haben wir ein Flugblatt erarbeitet und dann hat eine Organisation einfach ihren Namen darunter gesetzt und es unter ihrem Namen herausgegeben. Es waren zwar AnhängerInnen dieser Organisation in der Betriebs-gruppe, das gibt ihr aber nicht das Recht, einfach ihren Namen unter unser gemeinsames Flugblatt zu setzen.“

4 Erfahrungen mit dem Verteilen von Betriebszeitungen und Reaktionen darauf:

„Wir haben vor einem großen Betrieb verteilt in unregelmäßigen Abständen. Die Kolleginnen und Kollegen nehmen, verwechseln die manchmal mit der MLPD-Zeitung. Gelesen wird sie eigentlich schon, es gab aber keine Reaktionen. Bekannte, die im Betrieb arbeiten, fanden die Zeitung gut.“

„Es gibt schon viele, die das lesen, auch mit in den Betrieb nehmen...“

„Wir hatten eine Zeitlang eine Zeitung herausgegeben zusammen mit der MLPD und der PDS. Die kam dann zum Erliegen. Nun unterstützen wir die Verteilung der vorhandenen Betriebszeitung. Bei einer Verteilung kam es zu einem Polizeiübergriff. Ein Solidaritätskreis für die betroffenen Kollegen wurde gegründet. Wir bitten um Unterstützung.“

### **Wie soll die Zeitung inhaltlich aussehen?**

#### **Ökonomisch? Politisch?**

Wie soll die Gewichtung sein? Allgemein politisch oder mehr Informationen aus dem Betrieb?

Es gibt da eigentlich diese Trennung nicht. Die Lage in den Betrieben steht nicht für sich. Wenn die Herrschenden z.B. Gesetze ändern hat das Auswirkungen auf die Lage in den Betrieben. Unsere Aufgabe ist es, diese Verbindung herzustellen. Es ist natürlich gut, wenn wir konkrete Dinge aus den Betrieben haben, weil die Kollegen schon ganz gerne auch eine Zeitung lesen, die sich auf Sachen aus „ihrem“ Betrieb bezieht. Sie sehen die dann viel eher als „ihre“ Zeitung. Bei allen Firmen muss die internationale Verstrickung, ihre Großkonzernrolle weltweit aufgedeckt werden. Die Betriebszeitung muss ein Instrument sein, um Solidarität mit den Werktätigen, die von „unserem“ Konzern in den abhängigen Ländern verschärft ausgebeutet werden, zu entwickeln.

Ziel sollte sein, die aktuelle Lage im Klassenkampf, in der Politik mit Informationen aus dem Betrieb zu verbinden. Auch sollten Artikel und Texte in verschiedenen Sprachen erscheinen. Wenn KollegInnen mitmachen bei der Zeitung, Tipps geben, oder kritisieren, Verbesserungen wünschen, oder vieles andere mehr, dann gehen wir soweit wie möglich darauf ein. Denn in der Arbeit an der Zeitung entstehen so viele Debatten, dass wir dadurch alle weitergebracht werden. Aus der Arbeit an Betriebszeitungen haben sich Stammtische ergeben, wo betriebliche Fragen diskutiert werden können, und wir revolutionäre Fragen einfließen

lassen. Auch in einer Lesegruppe gibt es gute Austauschmöglichkeiten.  
Oder es wurden auch Diskussionsrunden veranstaltet.  
Man kann das auf verschiedene Weise starten.

Wir beenden dieses Treffen gutgelaunt mit Anregungen und Stärkung für unseren Kampf. Vorgenommen haben wir uns mindestens 2 Mal im Jahr zu sehen. Zwischen den Treffen wollen wir den Kontakt auch weiterlaufen lassen und uns austauschen.

Februar 2004

### *Rassistische Kampagne der IG Bau*

„Hallo? Sie wollen illegale Arbeiter denunzieren?  
Hier sind Sie richtig bei der Hotline der IG Bau!“

Die IG Bau hat im Rahmen ihrer Kampagne „Ohne Regeln geht es nicht“ eine Hotline eingerichtet, bei der jeder und jede anrufen kann, um sogenannte verdächtige Vorgänge auf Baustellen zu melden. Ein solcher verdächtiger Vorgang ist z.B: „wenn eine Gruppe von Arbeitern immer wieder für kurze Zeit von der Baustelle verschwindet“. Die Anrufe sollen der Bekämpfung der sogenannten „Schwarzarbeit“ dienen und werden auf Wunsch anonym behandelt.

Auf deutschen Baustellen erfordert laut IG Bau Vorstandsmitglied Dietmar Schäfers „das außerordentliche Ausmaß der Illegalität ... außerordentliche Maßnahmen bei der Kontrolle und Verfolgung krimineller Machenschaften“. Mit „kriminellen Machenschaften“ meint er nicht etwa die fortdauernde Lohnrückerei von Seiten der Kapitalisten, auch nicht die Nichteinhaltung von Bestimmungen zur Sicherheit am und für den Bau, auch nicht die korrupten Methoden der Vergabe von Bauobjekten. Er meint auch nicht den organisierten Lohnraub an Illegalisierten, den am meisten ausgebeuteten Kolleginnen und Kollegen, die vor allem in der Baubranche rechtlos dem Wohlmeinen ihrer „Herren“ ausgeliefert sind.

Aber genau um dieses Thema geht es dem IG Bau-Vorstand. In Zusammenarbeit mit den Fahndern der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) ist es ihnen „... eine Selbstverständlichkeit, den Behörden in ihrem Kampf gegen die organisierte Kriminalität zu helfen, alles andere wäre unterlassene Hilfeleistung“. Klar, auf wessen Seite die Gewerkschaftsführung der IG Bau steht! Weil sie die Auffassung der Herrschenden teilt, dass mehr als 300.000 sogenannte „Schwarzarbeiter“ die regulären Arbeitsplätze gefährden, macht sie sich zu Handlangern der rassistischen Denunziantenpolitik.

Mit ihrer Kampagne: „Ohne Regeln geht es nicht - Für mehr Recht und Ordnung auf deutschen Baustellen“ wollen sie mit der „Kontrolle auf unseren Baustellen“ ... „saubere Verhältnisse garantieren.“ Anstatt die Spaltungspolitik anzugreifen, die die „deutschen“ („sauberen ?????“) von den illegalisierten („dreckigen????“) Arbeitern trennt, fährt die IG Bau voll und ganz auf der Schiene der Ausgrenzung und stellen ihre illegalisierten Kollegen als Schuldige hin. Die Profite daraus zieht das Kapital, das diese Spaltung vorantreibt und ausnutzt.

„Kontrollen verhindern Lohndumping und den Bruch von Tarifverträgen.“ Als wären die unterdrücktesten der unterdrückten Arbeiter, die illegalisierten Kollegen, verantwortlich für den Lohnraub.

„Wir führen die Aktion genauso generalstabsmäßig durch, wie wir einen normalen Arbeitskampf organisieren würden“. Arbeitskampf? Zumindest 2004 hat die IG Bau zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte lieber die Tarifverträge

beibehalten und einen Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ausfallen lassen. Die wirklich Verantwortlichen für Arbeitsplatzvernichtung, für Lohnraub und Unsicherheit der Arbeitsplätze, die werden gar nicht erwähnt. Nein, denen hilft man freundlich und dienstbeflissen.

Kollegen und Kolleginnen vom Bau, lassen wir uns nicht blenden von dieser spalterischen Politik, solidarisieren wir uns mit den illegalisierten Kolleginnen und Kollegen!

Wir fordern:

Festeinstellung und sicheren Aufenthalt!

Schluss mit der Sündenbockpolitik!

Kampf dem Kapital und Schluss mit dem Kampf gegen die eigenen Klassenbrüder und -schwestern!

Kampf dem Rassismus und deutschen Chauvinismus!

Juni 2004

### *Leiharbeit: verliehen - verraten und verkauft!*

Arbeiter und Arbeiterinnen bei einer Arbeitsamtaktion: „Zeitarbeit ist für das Arbeitsamt eine Möglichkeit, uns los zu werden, denn wir sollen uns auf Stellen bewerben, die gar nicht existieren“. „Leiharbeitskräfte müssen zu Niedriglöhnen zwischen sechs und acht Euro arbeiten und können schnell wieder gefeuert werden“. „Wir sollen für weniger Geld mehr arbeiten oder in der Erwerbslosigkeit weniger vom Amt bekommen.“ „Leiharbeit senkt nicht die Erwerbslosigkeit, sondern die Kosten der Erwerbslosigkeit für den Staat.“

### **Leiharbeit ist verschärfte Ausbeutung!**

„Ein Wachstumsmarkt par excellence“ – jubelten Manager im Jahr 2000 über den sogenannten ‚Nischenmarkt‘ Leiharbeit. Das Geschäft mit dem ‚Verleih‘ der Ware Arbeitskraft lief gut und läuft bis heute immer besser. Im Namen der Flexibilisierung gibt Leiharbeit den Kapitalisten die Möglichkeit, Arbeiterinnen und Arbeiter einzusetzen, wann und wo es die Profitgier gerade erfordert. Der Kapitalistentraum von der Belegschaft, die problemlos an jede Auftragslage angepasst werden kann, wird mit der sich rasant ausweitenden Leiharbeit erfüllt. In der „atmenden Fabrik“ werden Leiharbeiterinnen ein- und wieder ausgeatmet. Die angeblich „feste“ Anstellung beim Verleihbetrieb verschleiert dieses „Hire and Fire“, das Einstellen und wieder Rausschmeißen.

Beim Einsatz in den Betrieben werden LeiharbeiterInnen bewusst zur Lohndrückerei eingesetzt, als Streikbrecher und zur Spaltung der Belegschaften. Die LeiharbeiterInnen wiederum sind gezwungen diese Jobs zu den denkbar schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen anzunehmen, wenn sie aus der Spirale Erwerbslosigkeit und Hartz IV herauskommen wollen. Sie sehen ihre Chance nicht in der Leiharbeit, sondern hoffen verzweifelt auf eine Übernahme in ein unbefristetes „normales“ Arbeitsverhältnis. Die Methoden der Kapitalisten sind ja nicht neu, funktionieren aber nach wie vor: Den Leiharbeitern werden feste Arbeitsplätze versprochen, die sie nicht bekommen. Den festangestellten ArbeiterInnen werden unter Androhung von Kündigung immer mehr Zugeständnisse abgepresst. Wenn der Kollege Leiharbeiter die gleiche Arbeit für weniger Geld machen kann – wieso dann nicht auch der festangestellte Arbeiter?

In den Bereichen der gewerblichen Arbeit und des Dienstleistungssektors – im Proletariat und bei den unteren Angestellten – werden LeiharbeiterInnen als nahezu rechtlose Aushilfskräfte verschoben. Sie sind dabei nur eine Nummer und ein Kostenfaktor. Nach dem Motto von Leihen und verleihen „Rent a car“ - „Miete ein Auto“ werden ArbeiterInnen wie auf modernen Sklavenmärkten verschoben. So nennen Leiharbeitsfirmen im Gesundheitssektor ihr Angebot „Rent a sister“ - „Miete eine Schwester“.

Die am schlechtest gestellte Schicht der Arbeiterklasse sind in dieser Form der besonderen Ausbeutung am

meisten vertreten: die Migrantinnen und Migranten. Sie trifft Erwerbslosigkeit am härtesten, weil daran oft auch der Aufenthalt in Deutschland gekoppelt ist. So werden sie schneller in besonders miese Arbeitsbedingungen gedrängt.

### **Staatlich geförderte Leiharbeit**

Seit den Hartz-Reformen wird die staatlich bezuschusste Leiharbeit (PSA=Personal Service Agenturen) sogar als Wundermittel gegen die Massenerwerbslosigkeit verkauft. Ein Wundermittel, das unter Zwang funktioniert, denn unter Androhung der Sperre der Bezüge, werden Erwerbslose in die PSA gezwungen. Für die ersten sechs Wochen gibt es keinen Lohn sondern weiterhin die Zahlung der Bundesagentur für Arbeit (BFA). Aus purem Hohn werden diese Bonuszahlungen für die Leiharbeitsfirmen dann auch noch „Eingliederungshilfe“ genannt. Aber – obwohl für viele Arbeiter die Leiharbeit die einzige Möglichkeit ist, überhaupt noch einen Arbeitsplatz zu bekommen, ist nach mehr als zwei Jahren PSA klar: Leiharbeit schafft keine zusätzlichen existenzsichernden Arbeitsplätze, wie von den Regierenden nach wie vor behauptet wird. Statt dessen werden durch Leiharbeit immer mehr bestehende Arbeitsplätze, die mit bestimmten Rechten durch Tarifverträge gesichert sind, verdrängt. Der sogenannte „Klebeffekt“, also dass jemand als Leiharbeiter in einem Betrieb „kleben bleibt“ und fest angestellt wird, ist kaum vorhanden. Bis 2006 sollten laut Herrn Hartz rund 500.000 Menschen durch PSA in Arbeit gebracht werden. Bis Anfang 2005 waren es aber

erst 105.000, von denen nur 23.000 über die PSA einen sozialversicherungspflichtigen Job gefunden hatten. Grundsätzlich kann jeder und jede von Leiharbeit betroffen sein.

Zutreffend ist da schon die Bezeichnung „Drehtüreffekt“: Wenn fest angestellte Stammarbeiter durch die Tür aus den Betrieben rausgehen müssen, kommen auf der anderen Seite Leiharbeiter rein. Der Druck auf die Löhne und erkämpften Rechte der ArbeiterInnen wird damit stetig erhöht. Aber nicht nur das. Immer öfters werfen Unternehmen große Teile der Belegschaft raus, um sie dann über eine Leiharbeitsfirma, Beschäftigungsgesellschaft o.ä. wieder einzustellen (teils staatlich bezuschusst) – zu schlechteren Bedingungen versteht sich.

### **Leiharbeit - System mit Zukunft und grenzenlos ausbaufähig**

Von 1991 bis 2001 sind die Profite der Kapitalgesellschaften um 100 Milliarden Euro gestiegen. Die Zahl der LeiharbeiterInnen verdreifachte sich auf 360.000. Aber die Erwerbslosigkeit nahm um 1,2 Millionen zu. In Deutschland erhalten Leiharbeiter 22 bis 40 % weniger Lohn als Stammarbeiter. Zu der miesen Bezahlung kommen oft noch häufiger Wechsel der Einsatzorte mit langen Anfahrtswegen hinzu, eine regelrechte Zwangsmobilität. Soziale Kontakte sind dabei vielfach kaum noch möglich. Nicht selten hausen Leiharbeiter in Containerdörfern, wie z.B. bei Audi Ingolstadt, oder auf Baustellen. So sollen wir ArbeiterInnen der Zukunft sein: Mobil, ohne Bindung,

billig! Das haben auch die großen Konzerne für sich entdeckt. Kurzerhand werden firmeneigene Leiharbeitsfirmen gegründet, oder Verträge geschaffen, die dem Leiharbeitsverhältnis ähnlich sind.

Beispiel 1: VW Wolfsburg – Personalvorstand Dr. Peter Hartz (!) gründet zusammen mit der Stadt Wolfsburg die Firma WOB-AG, eine Leiharbeitsfirma für VW (heute autovision und bundesweit aktiv)

Beispiel 2: Bei Neueinstellungen bei Daimler Chrysler gibt es seit August 2004 DC-Move. (Weniger Lohn, drei Jahre lang sind Arbeitseinsätze je nach Bedarf in allen Werken möglich).

Man könnte meinen, die kapitalistischen Ausbeuter würden sich entspannt zurücklehnen, angesichts der Fortschritte bei den Möglichkeiten, noch effektiver, noch profitorientierter ausbeuten zu können. ABER NEIN! Ihr Streben ist es ja, immer mehr, immer mehr und immer schneller noch mehr aus uns heraus zu pressen.

### **LeiharbeiterInnen - keine Rechte und keine Gewerkschaftsvertretung**

So gibt es auch weitere Ziele bei den Bossen der Leiharbeitsfirmen, die wenigen Rechte über die LeiharbeiterInnen verfügen zu beschneiden und noch schlechtere Entlohnungsbedingungen fest zu schreiben. Die Gewerkschaften waren in der immerhin schon 30-jährigen Geschichte der Leiharbeit immer gegen diese Form der abhängigen Beschäftigung. Aber wie? Gegen Leiharbeit zu sein, bedeutet für sie in ihrer arbeiteraristokratischen Haltung gegen Leiharbeiter zu sein. Für die konkret Betroffenen setzten sie sich nicht

ein. Sie vertreten vor allem die Interessen der qualifizierten Facharbeiter, der festangestellten ArbeiterInnen und sind starr nach Branchen organisiert. Die LeiharbeiterInnen werden aber quer durch alle Branchen immer in verschiedenen Bereichen eingesetzt. So fühlt sich keine Gewerkschaft für sie zuständig. Sie sind eine besonders rechtlose Schicht in der Arbeiterklasse und es gibt einen hohen Anteil von MigrantInnen. Anstatt sich zu solidarisieren und den Kampf gegen die Bedingungen von Leiharbeit gegen die Monopole und ihren Staat zu führen, stellen sich die DGB Gewerkschaften auf die Seite der ‚besser gestellten Schichten‘ der Arbeiter. Genau damit verstärken sie die Spaltung unter den Arbeitern und treiben den Keil zwischen verschiedenen Schichten der Arbeiter immer tiefer. So ist es nicht verwunderlich, dass kaum LeiharbeiterInnen in den Gewerkschaften organisiert sind.

Die Mehrheit der Leiharbeiterinnen arbeiten bei Unternehmen, die nicht tarifgebunden sind. Nach dem Motto „Jeder Tarif ist besser als keiner“ (DGB-Chef Sommer) arbeitet der DGB der Zeitarbeitswirtschaft in die Hände. Warum? Anstatt auf der Durchsetzung des „Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes“ zu bestehen und damit auf gleichen Rechten und gleichem Lohn für alle ArbeiterInnen zu bestehen, setzen sie sich für schlechtere Tarifverträge für Leiharbeiter ein. Diese Tarifverträge sichern in ihrer Mehrheit den viel schlechteren Status von Leiharbeitern ab. Die zugestandenen Rechte wie Urlaubs/Weihnachtsgeld, Höhergruppierung bei langfristiger Beschäftigung stehen

nur auf dem Papier. Das Wesen der Leiharbeit bedeutet ja häufiger, schneller Wechsel der Arbeitsplätze, so dass fast nie Weihnachts/Urlaubsgeldansprüche und Höhergruppierung in Frage kommen. Die Gewerkschaft, Hand in Hand mit dem Kapital! Was die Betroffenen von solchen Interessenvertretern zu erwarten haben, zeigen die abgeschlossenen Dumping-Tarifverträge!

### **Dem System der Leiharbeit den Kampf aller ArbeiterInnen entgegenstellen**

Es geht um die Durchsetzung der Rechte der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter: Ihr Recht auf gleichen Lohn, Urlaubsanspruch, Sonderzahlungen, das Recht einen Betriebsrat zu gründen und entsprechend in den Betrieben gewerkschaftlich zu arbeiten. Das ist die Aufgabe aller ArbeiterInnen: jeder und jede kann morgen Leiharbeiter sein, jeder und jede kann morgen erwerbslos sein. Anstatt uns aufspalten zu lassen, müssen wir alle zusammenstehen, im Betrieb und in der Gewerkschaft. Wenn wir noch einen festen Arbeitsplatz haben, wenn wir noch in einer höheren Lohngruppe sind, dann sollten wir uns um so mehr für den Kollegen und die Kollegin am Band einsetzen, der es schlechter geht. Das ist Solidarität, das bedeutet unsere gemeinsamen Klasseninteressen gegen das Kapital zu stellen. Die Spaltung in den Betrieben in Festangestellte und Leiharbeiter müssen wir besonders angehen. Von der Gewerkschaftsführung und ihren Bürokraten sollen wir nichts erwarten. Aber wir sollen uns trotzdem in den Gewerkschaften organisieren. Wir können von unten Druck machen und wir können die breite

Massenorganisation nutzen für den Kampf um unsere wirklichen Klasseninteressen. Die Ausbeutungsverhältnisse werden sich weiter verschärfen. Es wird sich nur was ändern, wenn wir einen konsequenten Kampf mit langem Atem entgegensetzen.

### **Anmerkung:**

#### **Wie funktioniert Leiharbeit?**

Grundsätzlich verleiht bei Leiharbeit (bzw. Arbeitnehmerüberlassung oder Zeitarbeit), ein Arbeitgeber als Verleiher einem Dritten (Entleiher) Arbeitskräfte (LeiharbeiterInnen) zur Erbringung einer Arbeitsleistung (so steht's auch im § 1 Abs. 1 AÜG). So werden je nach Auftragslage Teile der Stammbesellschaft durch Leiharbeiter aufgestockt oder nach und nach ersetzt, die je nach Bedarf auch wieder „abgezogen“ werden können.

Gesetzlich geregelt ist sie im Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – AÜG und im Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – (für die Personal Service Agenturen: Hartz I).

#### **Gleichbehandlungsgrundsatz?**

Seit dem 01.01.2004 gilt durch die Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) der Gleichbehandlungsgrundsatz auch für die Entlohnung. Das bedeutet: Leiharbeitnehmer können von ihrem Zeitarbeitsunternehmen den gleichen Lohn verlangen, wie er auch im Entleihbetrieb für die gleiche Tätigkeit bezahlt wird. Bisher waren Entleihbetriebe zwar in allen anderen Bereichen, nicht aber bei der Entlohnung,

verpflichtet, alle Beschäftigten, also auch LeiharbeiterInnen, gleich zu behandeln (§ 75 Abs. 1 BetrVG). Dennoch sind die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen von Leiharbeitern viel schlechter als die Bedingungen der StammarbeiterInnen. Im Durchschnitt liegt das Arbeitseinkommen von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in Europa unter dem von Beschäftigten im Normalarbeitsverhältnis.

Tarifvertrag? oder was?

Ohne Tarifverträge hätte also ab 1.1.2004 „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gegolten. Die neuen Tarifverträge für die Zeitarbeitsbranche lassen Dumpinglöhne von 5,70 Euro (CGB/Ost) bis 6,85 Euro (DGB) für ArbeitnehmerInnen zu. So war das von den Strategen in Politik und Wirtschaft auch vorgesehen. Schließlich hatte dieses Gesetz einen entscheidenden Haken. Per Tarifvertrag konnte vom Gleichbehandlungsgrundsatz nach unten abgewichen werden. Der DGB ließ sich darauf ein, was Wirtschaftsminister Clement von den Gewerkschaften erwartete, ging es doch zunächst „nur“ um Abschläge für die „Langzeiterwerbslosen“. So wurden dann auch Tarifverträge zwischen dem DGB und den größten Verbänden der Leiharbeitsindustrie geschlossen

Mai 2005.

### [Hereinspaziert ins Schmierentheater Eine kleine Revue zur laufenden Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie](#)

Auch dieses Jahr präsentiert euch der Kapitalismus eines seiner Spiele. Gewerkschaften verhandeln Lohnerhöhung und manchmal auch etwas mehr. In diesem Schmierentheater spielen für und mit euch: die Monster des kapitalistischen Alltags. Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie ist, wenn auch kein beliebtes so doch oft wiederholtes Stück. Die Darsteller sind austauschbar, die Rollen aber bleiben solange gleich, bis wir dem ganzen Theater ein Ende bereiten...

HEREINSPAZIERT!

**Ort**

Wir befinden uns in Deutschland, Exportweltmeister mit einem Außenhandelsüberschuss von 160,5 Milliarden Euro. Hier sind die Lohnstückkosten, das sind die Kosten je produzierte Einheit, seit 1995 um 20% gesunken. Das wiederum ist einer der Gründe für die enorme Wettbewerbsfähigkeit, die den beträchtlichen Exportüberschuss erzeugt.

In diesem Land ist die Lohnquote, das ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz, rückläufig. Lag die Lohnquote 1995 noch bei 24,3%, betrug sie im August 2005 nur noch 17,6%. Die Produktivität pro Arbeitsstunde, ist kontinuierlich gestiegen, immer weniger ArbeiterInnen haben immer mehr produziert. Die Entwicklung der Reallöhne in Deutschland ist

rückläufig, sie sind seit 1995 um 0,9% gesunken. Im Verhältnis zum erwirtschafteten Gewinn sinken die Löhne der ArbeiterInnen immer mehr.

Die Kapitalisten leben von der steigenden Produktivität, der hohen Wettbewerbsfähigkeit und ihrer rücksichtslosen Gier nach immer mehr Profit: Die Vorstandsbezüge z.B. sind immens gestiegen, unabhängig davon, ob und wie viel ein Unternehmen an Profiten eingefahren hat. Vorstandsbezüge der im DAX notierten Unternehmen stiegen von 1998 bis 2004 um 108%. 1980 gab es noch keinen Kapitalbetrieb mit Pro-Kopf-Bezügen über 1 Million Euro. 2003 sind es immerhin schon 76. Kurz: Die Lage der Kapitalistenklasse ist gut. Deutschland ist nach wie vor ein guter Standort für die Interessen des Kapitals.

### **Die Lage der Metall- und Elektroindustrie**

Nun zur Beschreibung der näheren Umgebung: Die Metall- und Elektroindustrie. Glaubt man den Aussagen führender Kapitalisten, bricht dieser Industriezweig demnächst zusammen. Schuld wären nach deren Ansicht dann die Gewerkschaften, bzw. die sogenannten Arbeitnehmer mit ihren überzogenen Forderungen. Was sagt die Wirklichkeit? Die Gewinne der Metallunternehmen explodieren! Allein die Umsatzzahlen sind deutlich genug: 2003 betrug der Gesamtumsatz gut 500 Milliarden Euro. 2006 sollen es 568,6 Milliarden Euro werden, also rund 13% mehr. Die Gewinne der 40 größten börsennotierten Metallunternehmen haben sich von 2003 bis 2005 beinahe verdoppelt.

Kleine und mittelständische Betriebe sind der kapitalistischen Konkurrenz genauso unterworfen wie die großen Konzerne. Obwohl der Hauptprofit über den Export hier nicht eingefahren wird, ist die allgemeine Lage laut verschiedener Banken und Wirtschaftsinformationsdienste gut.

Das Kapital strebt nach immer mehr Profit. Betriebe werden verlagert, geschlossen, Tausende von Arbeitsplätzen werden zerstört, nur weil die Rendite nicht entsprechend gesteigert werden kann. Beliebtes Argument der Kapitalistenklasse: Schuld seien die hohen Löhne, bzw. die hohen Lohnnebenkosten.

### **Hauptrolle 1: „Arbeitgeberverband Gesamtmetall“**

Mit der Drohung, bis zu 400.000 Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, ist Gesamtmetall in die diesjährige Tarifrunde eingestiegen. Aber selbst bürgerliche Institutionen wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) haben festgestellt, dass diese Aussage nur auf Spekulationen beruht.

Trotzdem ist diese Drohung sehr bewährt. So wird die Spaltung der Arbeiterklasse bewusst vorangetrieben. Der Nationalismus wird gefördert und die Verantwortung z.B. auf die „billigen“ Arbeitsplätze im Ausland geschoben. Mit Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland zu drohen, hat in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen zu enormen Zugeständnissen geführt. Siemens, DaimlerChrysler, Opel... Teilweise werden trotz wachsender Profite tatsächlich Betriebe geschlossen, AEG, Continental, Armaturen Grohe, um nur einige zu nennen.

## Hauptrolle 2: „Industriegewerkschaft Metall“

Eine der zwei größten Einzelgewerkschaften im DGB. Sie hat sich in den letzten Jahren dadurch hervorgetan, die 'Sozialpartnerschaft' weiter zu festigen. Herausragend ist sicher der Abschluss des sogenannten „Pforzheimer Abkommens“ (Februar 2004), wo es heißt: „ist es unter Abwägung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen erforderlich, durch abweichende Tarifregelung eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungsentwicklung zu sichern, so werden die Tarifvertragsparteien nach gemeinsamer Prüfung mit den Betriebsparteien ergänzende Tarifregeln vereinbaren oder es wird einvernehmlich befristet von tariflichen Mindeststandards abgewichen (z.B. Kürzung von Sonderzahlungen, Stundung von Ansprüchen, Erhöhung oder Absenkung der Arbeitszeit mit oder ohne vollen Lohnausgleich).“

Diese Vereinbarung, die eine weitere Aushebelung des Flächentarifs bedeutet, bildet die Grundlage für alle weiteren sogenannten, Zukunfts- oder Beschäftigungssicherungsvereinbarungen (DaimlerChrysler, VW, Opel...) in denen angeblich Arbeitsplätze gesichert werden. Das Pforzheimer Abkommen hat auch auf alle anderen Branchen Auswirkungen, insbesondere was die Arbeitszeitverlängerung betrifft. Das Abkommen hat die offiziellen Rahmenbedingungen geschaffen, in denen die Belegschaften großer Betriebe noch mehr gegeneinander ausgespielt, nacheinander vorgeführt und letztendlich erpressbarer wurden. Das war zum großen Teil der „Verdienst“ der Gewerkschaftsführung.

## Hauptrolle 3: Die Arbeiterklasse

Die große Koalition aus SPD und CDU/CSU hat der Arbeiterklasse die erwarteten Verschlechterungen beschert. Beim Streit um die geplante Mehrwertsteuererhöhung von 16% (SPD) bzw. 18% (CDU) wurde der Kompromiss von 19% (!!!) gefunden. Das Renteneintrittsalter wird auf 67 Jahre hochgesetzt. Der Kündigungsschutz soll gelockert werden. Jugendlichen Erwerbslosen wird ihre eigene Selbständigkeit verweigert. Wer unter 25 und erwerbslos ist, darf nicht aus dem Elternhaus ausziehen. Das alles kommt zu den Angriffen durch Agenda 2010 und „Hartz 1-4“ noch dazu.

Hauptproblem der Arbeiterklasse im Gesamten und eben auch in der Metall- und Elektroindustrie ist ihre Erpressbarkeit. Immer wieder prasselt auf uns herein, dass wir keine andere Wahl hätten, unsere Arbeitsplätze zu sichern als durch Zugeständnisse, Vereinbarungen zur Standortsicherung usw. Offiziell rund 5 Millionen Erwerbslose und Stimmungsmache in den Medien schüren die Angst und damit die Erpressbarkeit. Die oben schon erwähnte Sozialpartnerschaft der Gewerkschaftsführung mit den Kapitalisten hinderte bislang viele Arbeiterinnen und Arbeiter am Kämpfen. Tatsache ist, dass aber zur Zeit die Empörung zunimmt. Die Abwehrkämpfe gegen die Angriffe des Kapitals werden von der Gewerkschaftsführung kaum geführt. Aber die ArbeiterInnen, fortschrittliche Gewerkschafter, Betriebsräte und Vertrauensleute machen an der Basis zunehmend Druck. DaimlerChrysler Untertürkheim, Opel Bochum, AEG, Gate Gourmet Düsseldorf sind

Beispiele dafür. Nur wenn die ArbeiterInnen selbst für ihre Interessen aktiv werden, sich nicht deckeln lassen und selbständig als Aktöre auftreten, wird sich was ändern.

### **Was gespielt wird:**

In dieser Tarifrunde geht es nicht „nur“ um Lohnerhöhung. Die Kapitalisten haben von ihrer Seite aus zwei Tarifverträge auslaufen lassen, bzw. gekündigt:

Der Tarifvertrag über Vermögenswirksame Leistungen ist am 31. Januar 2005 ausgelaufen. Das bedeutet, dass er für ArbeiterInnen, die nach dem 1. Februar 2005 neu eingestellt oder dann erst Mitglied der IG Metall wurden, nicht mehr gilt.

Den Tarifvertrag zur Fortführung der Bestimmungen aus dem Lohnrahmentarifvertrag II (LRTV II) haben die Kapitalisten zum 28. Januar 2006 gekündigt.

In den 70ern wuchs der Leistungsdruck in den Betrieben. Vor allem die taktgebundene und Fließbandarbeit wurde zur immer größeren Belastung für die ArbeiterInnen. Ebenso wurde die Schikane immer größer, wer aufs Klo musste, wurde mit der Stoppuhr verfolgt. 1973 wurde der Lohnrahmentarifvertrag II nach mehreren Jahren Druck der Gewerkschaftsbasis auf die Führung der IG Metall erstreikt. Dieser Tarifvertrag beinhaltet eine Reihe von Verbesserungen für Arbeiter im taktgebunden Bereich: Erholzeitpausen von 5 Minuten pro Stunde, 3 Minuten persönliche Bedürfniszeit je Stunde, Mitbestimmungsrechte für die Betriebsräte bei der Gestaltung der Takt- oder

Fließbandarbeit. Mindesttaktzeit von 1,5 Minuten. Dieser Tarifvertrag galt nur im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden, hatte aber Auswirkungen auf andere Gebiete. Oft wurden bezahlte Pausen analog betrieblich geregelt. Die IG Metall hat es bis heute nicht für nötig gehalten, für diesen Tarifvertrag bundesweit zu mobilisieren.

Selbstverständlich geht es in dieser Tarifrunde auch um die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen. Den dazugehörigen Tarifvertrag hat die

IG Metall zum 28. Februar 2006 gekündigt, die Friedenspflicht endet am 28. März

Doch als wäre das nicht schon genug für eine Tarifrunde, hat die Gewerkschaftsspitze noch die Durchsetzung eines Tarifvertrags für Innovation in den Topf geworfen. Man muss nicht allzu schlau sein, um da den Braten zu riechen: Für das eine oder andere Prozent der Lohnerhöhung kann da der eine oder andere Teil eines Tarifvertrages verkauft werden.

### **Der erste Akt**

Die Forderungsaufstellung für die Lohnerhöhung lief wie gehabt. Tarifgebiet nach Tarifgebiet hielt sich weitgehend an die Flüsterpropaganda und lieferten dem Vorstand die Vorlage: 4,5-5%. Der Vorstand entschied sich dann für die 5%, was die Große Tarifkommission auch einstimmig annahm. Bei der Aufstellung dieser IG Metall-Forderung wurde die Inflation von 2%, eine gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung von 2% und eine Umverteilungskomponente von 1% zu Grunde

gelegt. Dass wir seit über 10 Jahren keine reelle Lohnerhöhung hatten, war kein Thema. Dass die Löhne unser Leben sichern sollen, spielte keine Rolle. Dass wir durch die Politik der bürgerlichen Parteien massive Einbußen haben und haben werden, interessiert ebenfalls nicht. Im Gegenteil: Die IG Metall-Führung hat ganz klar die Parole ausgegeben, dass in der Tarifrunde nicht die sozialen Einschnitte der Politik ausgeglichen werden können. Aber wo und wie sollen wir dann für unsere Forderungen kämpfen?

Letztendlich geht das nur ohne die verräterische Gewerkschaftsführung. In den Betrieben müssen die Diskussionen laufen, wie viel wir fordern, welche zusätzlichen Forderungen wir aufstellen. Schon am Anfang einer Tarifrunde müssen wir KommunistInnen versuchen, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu mobilisieren, für die eigenen Rechte einzustehen.

Im Vorfeld gab es in verschiedenen Betrieben Forderungsaufstellungen, die weit über die der IG Metall-Führung hinausgingen:

- \* Lohnerhöhungen zwischen 7% und 12%
- \* Abschaffung des Pforzheimer Abkommens
- \* kurze Laufzeit für den Tarifvertrag.
- \* tabellenwirksame Festgeldebträge.

Das wurde aber alles von der Gewerkschaftsführung unterdrückt. Jetzt haben wir die Forderung von 5% und selbst die erreichen wir nur durch zähen Kampf.

### **Der zweite Akt**

Die Friedenspflicht für den Lohnrahmentarifvertrag II lief am 28. Februar ab. Seitdem sind mehrere

Zehntausende an verschiedenen Warnstreiks und Aktionen beteiligt gewesen. Auftakt war am 2. März eine großangelegte Veranstaltung in Böblingen, bei der ca. 2000 IGMetallerInnen von kämpferischen Reden der Gewerkschaftsführung aufgepeitscht wurden. Berthold Huber, Jörg Hoffmann, Franz Steinkühler heizten der Menge richtiggehend ein. Auch auf den Kundgebungen bei den Arbeitsniederlegungen wurde entsprechend Stimmung gemacht. In den Zwischentönen aber kann man schon die faulen Kompromisse erahnen, die letztendlich den Abschluss der Gewerkschaftsspitze mit den Kapitalisten ausmachen werden. Die Kapitalisten sind nach den ersten Verhandlungen stur und üben sich in Drohgebärden und Gejammer über die „überzogenen Forderungen“. Irgendwie einstudiert, sowohl die jammernden Kapitalisten als auch die kämpferischen Gewerkschaftsführer.

Diese Veranstaltungen dienen dann auch eher zum Dampf ablassen als der Mobilisierung der Kräfte. Aber auch hier gilt: wir KommunistInnen müssen in den Betrieben die Kampfbereitschaft der KollegInnen unterstützen bzw. herausfordern. Wir müssen in der Praxis im Betrieb beispielhaft den Rahmen der Gewerkschaftsführer (taktisch geschickt) sprengen. Klar muss uns aber sein, dass Jahre der Stellvertreterpolitik der Gewerkschaftsführung bei vielen die Haltung erzeugt hat, dass „die mal machen sollen“. Schlimmer noch: „Wir können sowieso nichts machen, die haben doch alles schon vorher abgesprochen.“ Die Tarifrunde ist geeignet, die KollegInnen zu mobilisieren, die

Kämpfe in die eigenen Hände zu nehmen, selbst entscheiden, was als nächstes zu tun ist.

Man muss da auch gegen die Gewerkschaftsführung vorgehen, wenn sie die Kämpfe unterdrücken will. Wir müssen den Verrat offen legen. Peters und Huber sprechen zwar im Moment nicht über ihre Angebote an die Kapitalisten. Gemeint ist hier z.B. das sogenannte ertragsabhängige Weihnachtsgeld. Für diesen weiteren Vorstoß in Sachen Abbau tarifvertraglich gesicherter Leistungen bekam Jürgen Peters dann auch schon Vorschusslorbeeren von Martin Kannegiesser. Wir brauchen keine gelben Gewerkschaftsführer, die uns in einem fort verraten und verkaufen. Was wir brauchen sind Zusammenhalt und eine starke Organisation für unseren gemeinsamen Kampf in dieser Tarifrunde und für den Kampf um unsere Rechte.

Finale?

Auch wenn wir heute noch weit von revolutionären Kämpfen der Arbeiterklasse entfernt sind, dürfen wir nie unser Ziel aus den Augen verlieren. Jetzt in Kleinarbeit die revolutionären Positionen und Methoden in die Arbeiterklasse hineinbringen. Unsere Methoden der Organisation propagieren. Streik- und Kampfkomitees in die Praxis umsetzen.

Heute klingt es angesichts der allgemeinen Lage unwahrscheinlich und sehr weit weg, wenn wir davon sprechen, dass die Abwehrkämpfe gegen die Angriffe des Kapitals, dass die ökonomischen Kämpfe von uns übergeführt werden müssen in politische Kämpfe der Arbeiterklasse, die letztendlich den finalen Kampf um

die Abschaffung des kapitalistischen Ausbeutungssystems zum Ziel haben.

Es ist aber gar nicht so weit weg! Die Möglichkeit ist da! Schluss mit dem Verhandlungskampf!

Organisieren wir uns für den Klassenkampf!

16. März 2006

## **Solidarität mit den AEG ArbeiterInnen!Kampf dem Kapital!**

Arbeitsplatzabbau in Deutschland: Immer mehr Reichtum - immer mehr Menschen in Armut. Die Angriffe des Kapitals gehen weiter. Niedrige Löhne, Kündigungen, längere Arbeitszeiten ohne Lohn- und Gehaltsausgleich, Leiharbeit sind einige Angriffe seitens Staat und Kapital. Das Kapital verfolgt nur ein Ziel: Den Profit zu maximieren!

Mit Hartz IV im Nacken und Angst um den „sicheren“ Arbeitsplatz sind viele ArbeiterInnen bereit, Abstriche zu machen. Die Erpressungsversuche funktionieren leider auch deswegen nur zu gut, weil die Gewerkschaft auch die kleinsten Anzeichen von Kampfeswillen mit ihrer Verhandlungsstrategie zu ersticken versucht. Dies war auch beim Streik bei OPEL zu beobachten. Vielleicht sollen auch die Gewerkschaftsbonzen mal nachdenken - 100.000 Mitglieder weniger als im letzten Jahr - Das ist mit Sicherheit kein Pappentier...

Nur ein entschlossener Widerstand gegen die Interessen des Kapitals nützt unseren Interessen!

Das Angriffsziel des Kapitals ist jetzt AEG Nürnberg. Am 7. Juni hat das Unternehmen der Electrolux in einer Erklärung angekündigt, dass die Fabriken in Deutschland, Italien, Spanien und Frankreich nacheinander abgebaut werden und in Deutschland geschlossen werden sollen. Das AEG Werk Nürnberg wird nach Polen und Italien verlagert.

Nun ist es soweit: Am Montag den 12. Dezember wurde die Stilllegung des Werkes verkündet. Seit 7. November haben etliche Protestaktionen stattgefunden. 800 Arbeiter legten die Arbeit kurzzeitig nieder, nachdem die Vorschläge des Betriebsrates verkündet wurden. Zum wiederholten Mal wurde festgestellt, dass der Betriebsrat eher auf Seiten der Unternehmer steht. Der Betriebsrat ist soweit gegangen, die Entlassung von 750 von 1750 Arbeitern und die letztendliche Schließung des Werkes bis 2010 vor zu schlagen.

Zuletzt gab es bei den 1750 Beschäftigten wieder Hoffnungen auf einen Kompromiss - nun sind sie verfliegen: Das AEG-Werk in Nürnberg soll nach einem Beschluss des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux definitiv geschlossen werden.

Der Hersteller dieser „weißen Ware“ betreibt seit Jahren die Produktionsverlagerung in sogenannten Billiglohnländer wie China und Osteuropa. Insgesamt beschäftigt die deutsche Tochter AEG Hausgeräte GmbH rund 4000 Mitarbeiter. In Polen entstehen derzeit für rund 77 Millionen Euro zwei neue Werke zur Fertigung von Waschmaschinen und Geschirrspülern. Die Kosten für die Schließung des Standorts in Nürnberg werden auf rund 230 Millionen Euro beziffert. Nach dem oftmals praktizierten Modell „Wir verlagern ins Ausland, denn der Standort Deutschland ist zu teuer“ wollte die Mutter Electrolux die Tochter AEG in Nürnberg erpressen.

Doch klar auf der Hand liegt es anders, Electrolux ist nicht pleite!!! Der Konzern steigerte seinen Gewinn im abgelaufenen Vierteljahr in Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 18,3% auf 154,5 Millionen Euro

und dazu ist Herrn Winkler und dem Europa-Chef Bygge jedes Mittel recht.

Das Kapital kennt keine Grenzen bei der Unterdrückung der ArbeiterInnen. Wir ArbeiterInnen, die mit unserer Arbeitskraft Mehrwert schaffen, durch die die Finanzströme gespeist werden, bekommen gerade soviel, dass wir leben können und den Konsum am Laufen halten. Im Zeichen des wirtschaftlichen Reichtums gibt es Brosamen, damit wir ruhig sind. Mit den Lügengeschichten von der „Standortsicherung Deutschlands“ sollen wir erpresst werden. Abstriche an allen erkämpften Rechten sollen wir akzeptieren.

Kämpfen wir für kämpferische Betriebsräte! Lassen wir nicht länger die am Ruder, die sich von Unternehmern kaufen lassen!!!

Kämpfen wir für eine kämpferische Belegschaft, die zusammensteht gegen die Angriffe der Unternehmensleitung!!!

Den Kapitalisten ist es egal wer in welchem Land und unter welchen Bedingungen für ihren Reichtum arbeitet. Hauptsache ihr Profit wächst!

Wir müssen uns zusammenschließen, uns organisieren und dagegen kämpfen!!!

Wer kämpft, kann verlieren.

Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

April 2006

Korrespondenz von Hakan aus Nürnberg zum AEG Streik

**Wenn wir Millionen vereinigen,  
sind wir stärker als Millionäre**

Das AEG Werk in Nürnberg sollte geschlossen werden. 96% der ArbeiterInnen, die sich an der Urabstimmung beteiligten, beschlossen dagegen in den Streik zu gehen. Die im Dezember 2005 begonnenen Warnstreiks/Aktionen wurden im Januar zu einem unbefristeten Streik ausgeweitet.

Der Streik der AEG ArbeiterInnen, die aus ganz Deutschland beispielhafte Solidarität erhielten, ist in die 3. Woche gegangen.

Die Klassiker der Wissenschaft der Arbeiterklasse sagen, so wie das Kapital keine Nationalität hat, hat auch die Klassensolidarität keine Nationalität. Dies wurde im AEG Streik in der Praxis noch einmal bewiesen. So wie das Kapital international ist, sind auch die Klasseninteressen und die Solidarität der Arbeiterklasse international, und müssen es auch sein. Beim AEG Streik haben deutsche, türkische, griechische, polnische, jugoslawische ArbeiterInnen, also die internationale ArbeiterInnenklasse Schulter an Schulter gegen ein internationales Monopol zur Rettung ihres Arbeitsplatzes, oder wenn dies nicht erreicht werden kann, zumindest um das Größtmögliche zu erreichen, gekämpft

So wie der seit 10 Jahren bei AEG arbeitende Barifl sagt: „Die Arbeit von fünf Leuten musste von drei gemacht werden. Das Band lief so schnell, dass es schwierig war, einen Kollegen zu finden, der einen

ersetzte, wenn man mal aufs Klo musste.“ Und die seit 12 Jahren bei AEG arbeitenden Ayfle erzählt: „Seit 2004 gab es große Unzufriedenheit. Pläne für die Schließung des Werkes sickerten durch. Wir wurden von den Vertrauensleuten darüber informiert. Ende 2005 wurden dann die Pläne für die Schließung Ende 2007 auf den Tisch gelegt. Nun ist es also so weit“. Während sie das erzählt, füllen sich ihre Augen mit Tränen. Hikmet, der seit 20 Jahren bei AEG arbeitet fügt hinzu „Sie sind so gierig, selbst unser Vorschlag 5 Stunden in der Woche für AEG ohne Lohn zu arbeiten, um den Arbeitsplatz zu retten hat nichts gebracht. Wobei der Profit der Unternehmer durch die 1,4 Millionen produzierten Haushaltsgerät belegt ist.“ Die nicht satt zu kriegenden Kapitalisten des neuen Besitzers Electrolux fordern immer noch mehr und noch mehr. Obgleich AEG eines der in Deutschland am verankertsten Monopole ist, wurde es als es in einen Engpass geriet, aus dem es sich nicht wieder erholte, so wie auch Grundig, an ein anderes Monopol verkauft. Obgleich der neue schwedische Chef von AEG, Electrolux in den vergangenen Jahren Profite machte, beschloss er, um noch höhere Profite einzufahren, sein Werk nach Polen zu verlegen, da es dort billigere Arbeitskräfte gibt. Dieser Beschluss bedeutet, die Fabrik in Nürnberg zu schließen und die dort arbeitenden 1750 ArbeiterInnen auf die Straße zu werfen. Electrolux wird den AEG ArbeiterInnen in Zaro/Polen monatlich 250 bis 300 Euro zahlen. Wenn man sich vor Augen hält, dass der durchschnittliche Brutto Lohn eines Arbeiters in AEG Nürnberg bei 2000 Euro liegt (der von

langjährigen Mitarbeitern beträgt 2000-3000 Euro) versteht man noch besser, was für ein Spiel Electrolux spielt. Hikmet mit dem wir uns unterhielten, brachte die Sache auf den Punkt mit den Worten: „Sie werden ihren Profit verzehnfachen, aber wer wird uns, die wir 22 Arbeitsjahre bei AEG auf dem Buckel haben noch einstellen.“

Ja, es ist so wie Ayfle sagte: „Bei der Firma gibt es über 300 ArbeiterInnen, die über 50 Jahre alt sind. Bei einem Erwerbslosenheer von 5 Millionen haben sie überhaupt keine Chance noch einmal eine Arbeit zu finden.“

Natürlich wird Electrolux in Polen keine 1750 ArbeiterInnen einstellen, sondern, so wie der Gewerkschaftsvertreter Herbert sagt: „Dort werden sie mit der Hälfte der ArbeiterInnen die Arbeit machen. Wie schön für sie, mit der Hälfte der ArbeiterInnen, die auch noch viel billiger sind als hier, die gleiche Arbeit zu machen. Das ist für sie natürlich ein gefundenes Fressen. Mit anderen Worten `mit einem Stein mehrere Vögel treffen`. Klar bedeutet Kapitalismus Jagd nach Maximalprofit. AEG Nürnberg ist dafür ein Beispiel.“

Wir fragten die ArbeiterInnen, wie hat sich die IG-Metall verhalten, was ist geschehen, dass sie dem Streik zustimmten. Hikmet meinte dazu: „Die Gewerkschaft wollte uns verkaufen, aber die ArbeiterInnen haben ihr Spiel zerstört und haben die Initiative in die eigene Hand genommen“. Und Soper fügte hinzu: „Wir hatten sowieso verloren, es gab für uns nichts mehr zu verlieren, unsere einzige Möglichkeit lag darin, zu kämpfen. Die Gewerkschaft wurde zum Kampf gezwungen, denn auch sie hatten zu verlieren.“ Damit

hat Soper Recht. Die Gewerkschaft verlor ihre Basis, denn die Fabrik sollte geschlossen werden. Dann stand auch die Gewerkschaftsmitgliedschaft der Entlassenen in Frage. Sie wurden zum Kampf gezwungen. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als den Beschluss der ArbeiterInnen zu unterstützen. Es war kein Kompromiss zwischen dem Gewerkschaftsvertreter Jürgen Wechsler und dem Electroluxvertreter Ulrich Gärtner möglich. Dem Angebot der Unternehmer 100 Millionen für einen Sozialplan bereitzustellen trat die Gewerkschaft mit der Forderung nach 400 Millionen entgegen. Der Vorschlag der Unternehmer war, für ein Jahr 70% des Lohns jedem Arbeiter zu zahlen. Demgegenüber forderte die Gewerkschaft drei Bruttolöhne mit den Beschäftigungsjahren multipliziert, als Abfindung zu zahlen. Diese Kluft war keine Sache, die man mit einem sofortigen „Kompromiss“ lösen konnte. Darüber hinaus forderten die Gewerkschaften die „Schulung, Ausbildung“ der erwerbslosen ArbeiterInnen für drei Jahre. Der Arbeitgeber hingegen war nur für ein Jahr bereit. Der Sozialplan der Gewerkschaften sah vor, dass alle ArbeiterInnen über 55 Jahren sofort in Rente gehen können und der Unterschied vom Arbeitgeber bezahlt wird. Dies wurde von den Arbeitgebern weit von sich gewiesen. Der deutsche Staat versäumte es nicht zum 1.1.2006 ein Gesetz zu verabschieden, das es ihm ermöglichte von der Abfindung, die die ArbeiterInnen in einem Kompromiss sich erkämpfen, auch noch Steuern zu einzuziehen. So als sei der Staat Miteigentümer dieser Abfindung! Dieser Staat, der immer schon der Staat der Kapitalisten war, nimmt sich seinen Anteil von

der erkämpften Abfindung der ArbeiterInnen, um sie dann dem Kapital als Unterstützung zugute kommen zu lassen. Dieser Staat bereichert sich an dem Verlust des Arbeitsplatzes der ArbeiterInnen. Das ist auch eine Seite des Kapitalismus.

Durch Streik seine Solidarität auszudrücken ist sehr gut. Nicht nur in einzelnen Regionen, sondern Deutschlandweit ist das zu sehen. Hier zeigt sich der Solidaritätscharakter. Diese Solidarität trennt nicht zwischen Einheimischen und Migranten, Frauen und Männern. Auch die Spaltungstaktik von Horst Sinkler, dem Vertreter des Kapitals der die Migranten-ArbeiterInnen aufstachelte: „Mit der Abfindung die ihr erhaltet, könnt ihr in euer Land zurückkehren und eine Arbeit aufbauen“ lief ins Leere. Die imigrierten ArbeiterInnen, die seit 15-25 Jahren bei AEG arbeiten, teilweise schon in zweiter oder dritter Generation hier leben, wissen schon lange, dass „die Heimat da ist, wo man sein Brot verdient“. Und selbst, wenn sie dies noch nicht wußten, hat das Leben selbst sie das gelehrt. Die Bemühungen der Kapitalisten zu spalten, waren bislang erfolglos.

Auf der Demonstration am 7. Februar zeigte mir meine langjährige Bekannte Fatma den Abfindungsbrief, den die Firma ihr zugeschickt hatte. Das war ein neues Spiel der Kapitalisten um die ArbeiterInnen zu spalten und sie einzeln zu Streikbrechern zu machen. Fatma hatte wie alle anderen ArbeiterInnen auch einen persönlichen Brief erhalten. In dem Brief wiederholten die Arbeitgeber ihren Vorschlag an die Gewerkschaft, den ArbeiterInnen eine Abfindung von einem 70%igen

Bruttolohn, entsprechend der Arbeitsjahre zu zahlen. Dies sollten die ArbeiterInnen einzeln unterschreiben. Fatma war klar, dass dies eine Falle ist, die sie keinesfalls akzeptieren wird. Sie meinte sofort: „Könnte ich jemals so was unterschreiben: mich wollen sie doch nur gegen die anderen Kolleginnen benutzen, so wie sie diese gegen mich ausspielen möchten.“ Die Solidarität der ArbeiterInnen im Werk wurde durch die Unterstützung von draußen noch verstärkt. Jeden Tag kamen aus den umliegenden Städten 3-5 Busse mit ArbeiterInnen, die sich solidarisierten. Sie kamen mit vollen Händen, der Bäcker brachte Brot und Brötchen mit, der Getränkeverkäufer Wasser, der Gemüsehändler Obst und Gemüse, kleine Restaurants brachten Suppe, der Musiker seine Musik. Viele Beispiele der gelebten Solidarität zeigten sich hier.

### **DAS IST KLASSEN SOLIDARITÄT, DAS IST INTERNATIONALISMUS**

Auch das kalte und nasse Winterwetter konnte den Kampfgeist nicht erschüttern. Die von uns mitgebrachten Brennmaterialien waren eine kleine Unterstützung. Die Feuerstellen an jedem Streikposten, wo in großen Eimern Holz und Kohle, die die Unterstützter mitgebracht hatten, brannten, brachten solidarische Wärme. In den Streikzelten gab es jederzeit heißen Tee und Kaffee. Ayfle kochte und Helmut verteilte ihn. In den Zelten und neben den Feuerstellen wurden heiße politische Diskussionen und auch Unterhaltungen über aktuelle Themen wie Fußball geführt. Fast jeder trug das rote Streikhemd mit der

Aufschrift „Wir streiken“. Fast jeder Streikende verteidigt bewusst seine Sache und seine Forderungen. Bei unserem Besuch am 6. Februar erfuhren wir, dass für den 7. Februar eine Demonstration und eine Kundgebung geplant ist. Dass wir uns an beiden beteiligten war gut. Auf der Demo marschierten wir zusammen mit ArbeiterInnen, die trotz Kälte und Regen aus dem 700 km entfernten Oldenburg nach Nürnberg gekommen waren. Markus, mit dem wir uns während der Demo unterhielten, berichtete: „Unsere Firma ACC beschäftigt 400 Arbeiter. Zuvor war sie direkt an AEG gebunden und hat Motoren für sie produziert. Jetzt sind wir über die Tochterfirma von Electolux in Italien als ACC an diese gebunden. Auch bei uns wollen sie das Werk schließen und ins Ausland verlagern. Uns wird das gleiche passieren wie bei AEG Nürnberg. Nächste Woche gibt es die Urabstimmung über den Streik. Um mit den AEG Arbeitern solidarisch zu sein, sind über 300 Kollegen mit dem Zug nach hier gefahren.“ Überzeugt meinte er: „Heute ist Solidarität angesagt“. Auf meine Frage: „Wie lange werden sie noch die Werke ins Ausland verlagern, was werden die ArbeiterInnen hier machen“ fand er keine Antwort. Meine Antwort: „Das wird so lange weitergehen bis die ArbeiterInnen sagen, die Fabriken sind unsere. Und wenn wir heute noch nicht in der Lage sind das zu sagen, so werden es doch auf jeden Fall morgen unsere Kinder oder übermorgen ihre Kinder sagen. Ich glaube daran, dass dann diese Brutalität des Kapitalismus einmal Ende haben wird“ hat ihn erstmals ziemlich verschreckt. Aber er hörte mir zu und begann nachzudenken.

An der Demonstration am 7. Februar nahmen circa 2000 ArbeiterInnen teil. Der schönste Moment war, als die morgens aus Oldenburg mit dem Zug ankommenden ArbeiterInnen im Nürnberger Bahnhof von den AEG ArbeiterInnen mit Streikhemden und Parolen begrüßt wurden. Auf dem 4-5 km langen Weg vom Bahnhof bis zum historischen AEG Fabrikgebäude schlossen sich immer mehr Solidarität Bekundende dem Demonstrationzug, trotz Kälte und Regen an. Autofahrer zeigten durch lautes Hupen ihre Solidarität, Anwohner traten an die Fenster, auf den Balkon und klatschten. Am Kundgebungsplatz war die Teilnehmerzahl auf 3000 angewachsen. Hier traf ich den pensionierten städtischen Arbeiter Norbert, der ein Transparent trug. Er sagte, genau wie du bin ich hier um mich solidarisch zu zeigen. Das gab mir ein warmes Gefühl und ich war glücklich ,dies mit den anderen zu teilen. Mehr noch als das in den Tonnen brennende Feuer, wärmte dieser Solidaritätsgeist den Menschen. Bei der Kundgebung war auch der aus der Türkei stammende Serkan glücklich beim Verteilen seiner T-Shirt. Als er mich freundschaftlich herzlich anrief „Bruder komm zieh auch eins über“, haben wir ohne viel Nachzudenken das rote T-Shirt, auf dem der falsche nationalistische Slogan "AEG ist Deutschland" gedruckt war, angezogen. Martin verteilte kostenlos Brötchen und war glücklich.

Wir haben schon gesagt, die Gewerkschaften haben zu dem Streik „JA“ gesagt, weil ihnen nichts anderes übrig blieb. Ansonsten hätten sie die 1750 KollegInnen von der Basis auch noch verloren. Die ständig schwindenden

Mitgliederzahlen haben sie verängstigt. Und weil sie seit Jahren keinen Streik mehr geführt hatten, waren ihre Streikkassen gefüllt. Wenn sie heute nichts machen würden, dann würden sie ihr Gesicht bei den ArbeiterInnen vollkommen verlieren. Die objektiven Bedingungen und die Kampfschlossenheit der ArbeiterInnen hat die Streikkassen der IG Metall angegriffen. Aber gleichzeitig suchten sie tagtäglich nach einem Kompromiss. Das konnte jeder mit bloßem Auge erkennen. Wenn die Arbeitgeber bereit sind, selbst die Hälfte der zunächst aufgestellten Forderung der Gewerkschaft zu erfüllen, dann gibt es keinen Zweifel daran, dass die Gewerkschaften sich einigen und die ArbeiterInnen verkaufen werden. In diesem Zusammenhang fragten wir die ArbeiterInnen, wie viel Streikgeld sie erhielten. Stefan sollte täglich 40 Euro bekommen, er ist ledig und arbeitet seit 10 Jahren bei AEG. In Abhängigkeit von seinem Monatsbeitrag an die Gewerkschaft wird das Streikgeld errechnet. Hikmet sollte täglich 51 Euro, Ayfle 44 Euro erhalten. Obgleich sie sich schon seit drei Wochen im Streik befanden, hatten sie noch keinen Euro erhalten. Als Hikmet sagte „Bruder, um hierher zu kommen bin ich als Schwarzfahrer in die Straßenbahn gestiegen“, war klar, warum er schwarz fahren musste. Herbert meinte an diesem Wochenende soll für zwei Wochen Streikgeld gezahlt werden. Seiner Meinung nach würde die Haltung von Electrolux die Entwicklung des Streiks bestimmen. Wir erfahren weiter von den ArbeiterInnen, dass auch die ArbeiterInnen im Depot von AEG den Streik beschlossen haben, da ihr Lohn um 40% gesenkt

wurde. Die Verteilung von Waren aus dem Depot wird nicht mehr gemacht. Die aus Polen kommenden Lastwagen sind leer zurückgeschickt worden.

Vielleicht haben wir bis hierher den Streik sehr positiv geschildert. Es ist notwendig das auch so zu tun. Aber das heißt natürlich nicht, dass es keine negative Seite gab. Das negativste war, dass obgleich dieser Streik, der Streik von ArbeiterInnen verschiedener Nationalitäten war, auf Transparenten deutsch nationalistische Losungen getragen wurden. Wenn gesagt wurde „AEG ist Deutschland“, so wird übersehen, dass AEG ein internationales Monopol ist. Des Weiteren ist auch die Losung „Electrolux in Schweden sozial, in Deutschland radikal“ gleichermaßen nationalistisch. Es spielt überhaupt keine Rolle zu welchem Land AEG gehört. Er ist ein Monopol und die monopolistischen Imperialisten, und ihre Geschäftsführer, die es kontrollieren, lassen sich ohne auf die Nation zu achten, vom Kampf um Maximalprofit leiten. So sehr die Kapitalisten von Siemens deutsch sind, sind die von Electrolux schwedisch. Ihre Religion, ihre heiligen Bücher, ihre Nation ist das Kapital und die mit der Macht des Kapitals durchgeführte Ausbeutung und ihr Drang nach Maximalprofit. Solange bis dieses System nicht gestürzt wird, wird das auch so bleiben.

Wenn dieser Kampf bei AEG eine lehrreiche Schule ist, wird er neuen Kämpfen den Weg öffnen. Aber auch wenn wir die Erfolge des Kampfes bei AEG nicht herabspielen wollen, wird er dennoch keinen dauerhaften Erfolg bringen. Dauerhafter Erfolg ist ein sehr kleines Teil auf dem Weg zum Sieg. Die Frage ist

eine Frage des Systems. Das brutale Ungeheuer Kapitalismus muss mit seinen Wurzeln ausgerissen werden. Das Bewusstsein der Werktätigen muss sich daraufhin kanalisieren und es besteht die Notwendigkeit dahingehend Bewusstsein hinein zu tragen. Wenn diese Aufgabe erfüllt wird, dann können dem System auch Schläge versetzt werden.

So wie der Oldenburger Arbeiter Alfred auf der Kundgebung sagte: „Wenn wir Millionen vereinigen, sind wir stärker als die Millionäre“. Heute versuchen die verschiedensten Arbeiterfeinde, sich als Arbeiterfreunde ausgebend, den Streik bei AEG und ähnliche Aktionen für die eigenen Interessen auszunutzen. Die Kommunisten werden ohne hinter den Massen hinterher zu laufen, ohne den Kampf zu unterschätzen, es nicht vernachlässigen in diese Kampfschule ihr Bewusstsein hinein zu tragen.

Millionen, die große Menschheit, wird die Millionäre früher oder später besiegen.

Hakan Özgür,

Februar 2006

## *Interview mit einem Arbeiter der AEG-Nürnberg*

(23.12.05)

Wie lange bist du schon bei AEG Nürnberg beschäftigt?

Gregor: Ich bin seit 15 Jahren beschäftigt.

Am 7. Juni wurde zum ersten Mal verkündet, dass das Werk geschlossen wird und am 12. Dezember wurde endgültig beschlossen das AEG Werk zu schließen.

Welche Aktionen haben vom 7. Juli bis 12. Dezember statt gefunden?

Gregor: Es haben Aktionen von IG Metall statt gefunden. Mehr Informationen kann man unter <http://www.netzwerkit.de/projekte/aeg> finden.

Wie ist die Haltung des Betriebsrats der IG-Metall bezüglich Aktionen und Streiks? Wie schätzt du den Betriebsrat ein?

Gregor: Solange die IG Metall die Aktionen in der Hand gehabt und organisiert hat, gab es keine Probleme. Erst als Kollegen nach dem 12. Dezember spontan selber zu Aktionen übergegangen waren, ohne zuvor bei der IG Metall nach zu fragen, gab es offensichtlich große Probleme. Eine Aussage vom Betriebsvorsitzenden Dix im Stadtrat in Nürnberg war interessant: Der IG-Metall würden die Aktionen aus den Händen gleiten.

Bist du der Meinung, dass sich die IG-Metall während des gesamten Vorgangs richtig verhalten hat?

Gregor: Na ja, sie hat sich sehr schläfrig verhalten, hat dauernd gezögert, hat nicht rechtzeitig zu schärferen Aktionen gegriffen z.B. zum Streik.

Wie ist die allgemeine Stimmung der Kollegen, gibt es Unterschiede? Was sind ihre Erwartungen an die IG-Metall? Was sind deine Erwartungen?

Gregor: Es gibt keine einheitliche Stimmung bei den Kollegen, es gibt sehr unterschiedliche Erwartungen und viele Illusionen an die IG-Metall, man hofft immer noch. Manche denken z.B. dass bei der Abfindung Größeres rauskommt, dass ihnen das was nützen wird und ähnliches.

Ich erwarte nicht sehr viel von der IG-Metall. Was ich eigentlich sehr befürchte ist, ich hoffe es kommt nicht so weit, dass sie über Weihnachten heimlich einen Abschluss machen. Wenn wir wieder zurück sind, dann ist alles unter Dach und Fach, so wie bei Infineon, wo sie übers Wochenende schnell einen Abschluss gemacht haben und die Spätschicht auch schon wieder zur Arbeit geschickt haben.

Es wurde vom Sozialforum heraus eine Soli-Gruppe gegründet Welche Gruppen machen mit und was sind die Aufgaben der Gruppe?

Gregor: Es sind zum Teil von der Arbeitsgruppe „AEG bleibt“ auch Arbeiter aus AEG, auch andere Kollegen darunter auch Erwerbslose, die diese Gruppe unterstützen.

Also was wir auch schon angefangen haben, ist die Kollegen allgemein im Betrieb zu informieren und über

die Nachteile der Abfindungen oder über Transfergesellschaften aufzuklären. Eine andere Aktion war bei der Kundgebung Schrottmaschinen und alte Waschmaschinen oder ähnliches vor dem Werkstor der AEG abzuladen und damit das Werkstor nach dem Motto: „Wir geben der Elektrolux seinen Schrott wieder zurück“, zu blockieren.

Gibt es jetzt seitens der IG-Metall und Unternehmern neue Verhandlungen, wenn ja, wie sehen sie aus?

Gregor: Es gibt seit dem 12. Dezember auch schriftlich einen Forderungskatalog zum Abschluss eines Firmentarifvertrages, der unter dem Namen „Sozialvertrag“ an Elektrolux von Seiten der IG-Metall gegeben wurde. Es handelt sich dabei um ähnliche Forderungen wie beim Sozialplan, nur dass statt dem Betriebsrat hier die IG-Metall als Gewerkschaft eintritt und auch damit Streikrecht hat, falls dieser Tarifvertrag von Elektrolux abgelehnt wird.

Wie ist die jetzige Lage? Wie geht es weiter? Ist eine langfristige Aktion z.B. Streik oder ähnliches geplant?

Gregor: Offiziell wurde bei den letzten Versammlungen der IG-Metall immer wieder von Streik ab Januar gesprochen, teilweise auch versuchte Streiks im Januar, Februar und März. Es wurde auch von langen Streiks gesprochen, ob die stattfinden weiß ich nicht. Meine größte Befürchtung ist, dass die jetzt auf die Schnelle über Weihnachten, solange wir nicht in Betrieb sind, einen Abschluss machen könnten, dass sie sich einigen

könnten, wie gesagt, so ähnlich wie bei Infineon. Es steckt mir ein wenig in den Knochen!!

Zum Schluss möchte ich noch wissen wie groß ist die Unterstützung von den anderen Gewerkschaften (international), Organisationen und auch von den Angehörigen?

Gregor: Es hat immer wieder Unterstützungen vom Gewerkschaftsbund, auch vom europäischen Gewerkschaftsbund gegeben. Wobei in mehreren Elektrolux-Werken europaweit parallel Aktionstage waren. Das Problem war eher, dass die IG-Metall uns nie rechtzeitig informiert hat, meistens am letzten Tag vorher, während z.B. die italienischen Kollegen das schon vier Wochen zuvor gewusst haben. Es ist eine komische IG-Metall-Politik.

Ansonsten gibt es Unterstützung von ver.di aber auch nur schriftlich, mehr nicht. Andere Organisationen unterstützen mit Solidaritätsflugblättern vor dem Fabrikstor oder durch Erklärungen per-Email. Bei den Angehörigen habe ich bis jetzt noch wenig gesehen, da tut sich noch zu wenig.

Vielen Dank für das Interview

März 2006

## ***Ende des Streiks bei AEG: Verraten und Verkauft?!***

Interview mit Rolf, Arbeiter bei AEG Nürnberg  
Kannst du die Ergebnisse der Einigung noch einmal zusammenfassen?

Rolf: Die Einigung über den Sozialtarifvertrag ist zwar fünf Seiten lang, aber das meiste davon betrifft nur Minderheiten der AEG-ler. Für die Mehrheit der Kollegen bleibt nur eine Abfindung von 1,8 Monatslöhnen pro Beschäftigungsjahr und ein maximal einjähriger Aufenthalt in einer Transfergesellschaft zu rund 70% des letzten Lohnes. Aber selbst die Zahl „1,8“ stimmt letztlich nicht, denn bei der Berechnung der Abfindung sind drei dicke Summen abzuziehen.

1. Laut Vertrag wird „die sich ergebende Abfindungssumme....in jedem Einzelfall um einen Betrag in Höhe von 666 Euro gekürzt“. Das ist fast 1/4 Brutto-Monatseinkommen.

2. Stichtag für die Berechnung der Firmenzugehörigkeit ist der 1.1.2006. Das heißt: Je nach Kündigungstermin sind das noch mal 0,9 bis 1,8 Monatseinkommen weniger Abfindung.

3. Laut Vertrag wird der ERA-Anpassungsfond zwar aufgelöst, aber nicht an uns gezahlt, sondern von Elektrolux kassiert. Das sind aber Gelder, die in der Vergangenheit von unserem Lohn einbehalten worden sind. Damit finanzieren wir letztlich unsere eigene Abfindung mit.

Auch die Summen von 100.000 Euro pro Kopf (z.B. laut Handelsblatt) sind ein Märchen. Ein Großteil der KollegInnen sind 15 Jahre und weniger im Werk. Da kommen nun mal solche Beträge gar nicht zusammen! Dann wird noch die Steuer abgezogen und der Steuerfreibeitrag ist seit 1. Januar sowieso weggefallen. Wer Familie mit Kindern hat, wird feststellen, dass das Geld schnell weg sein wird. Die immer hoch gelobte Altersregelung, in Höhe von 81 bis 85% des letzten Nettoeinkommens, gezahlt bis zum 63. Lebensjahr, trifft nur auf 33 KollegInnen (von 1750) zu, da die Voraussetzung dafür bei den 53-jährigen 23 Jahre Betriebszugehörigkeit ist, und bei den 55-jährigen sogar 25 Jahre. (Ausgezahlt wird das Geld als Gesamtsumme in Form einer Abfindung.)

Was hältst du von diesem Sozialtarifvertrag?

Rolf: Wenn ich nicht selbst davon betroffen wäre, würde mich totlachen. Das Ergebnis war genau das, was Elektrolux sowieso eingeplant hatte. Das kann jeder in der Presseerklärung von Elektrolux vom 28. Februar nachlesen. Wo sie es ganz stolz verkünden.

Dort heißt es: „Elektrolux geht davon aus, dass die kompletten Kosten für die Schließung nach wie vor im früher kommunizierten Rahmen von etwa 240 Millionen Euro liegen werden. Das war also noch nicht einmal ein Kompromiss, und wenn dann ein oberfauler... Wir haben den Streik begonnen, um die Werkschließung zu verhindern, und wenn der Streik dann endlich wirkt, und sogar wegen unserem Streik die ersten Bänder

stehen, dann wird er abgebrochen. Was soll das für ein Kompromiss sein?

Wie reagieren die KollegInnen die seit fünf Wochen für die Erhalt des Werkes gekämpft haben?

Rolf: Nach wie vor sind viele krank geschrieben, woran die Stimmung der KollegInnen erkennbar ist. Letzte Woche waren 500 von 1750 krank und ich glaube nicht, dass es sich groß geändert hat bis jetzt.

Es wird jetzt erst ausgiebig über den Sozialvertrag diskutiert, es fallen jetzt erst manchen die Fallen auf. Der Nachteil war ja der, dass der Vertrag nicht übersetzt wurde, wie die versprochen haben, obwohl die Forderung da war, ihn auf türkisch, griechisch und russisch zu übersetzen. Selbst die Mitglieder der Tarifkommission haben letzte Woche für den Betriebsvertrag, für den sie gestimmt haben, noch nicht wirklich begriffen.

Kann man sagen, dass die KollegInnen sich hintergangen fühlen und nicht zufrieden sind mit dem Ergebnis?

Rolf: Manche drücken es tatsächlich so aus, dass sie eigentlich über den Tisch gezogen worden sind, dieses aus dem Bauch heraus natürlich, und dass die alle Betrüger sind. Es wird auch sehr unwillig gearbeitet, es wird nicht immer die Stückzahl erreicht, die sie haben wollen und das auch von den Leuten, die im Betrieb beschäftigt sind.

Vielen Dank!

19. März 2006

### *Kampf dem Kapital! International!*

Das Kapital ist längst schon international organisiert. Der DaimlerChryslerKonzern ist ein Musterbeispiel für internationale Ausbeutung und Unterdrückung. Die enormen Profite werden auf den Rücken der Belegschaften der DC-Fabriken weltweit erwirtschaftet. In vielen Zulieferbetrieben herrschen Zustände, die an Sklavenarbeit erinnern.

Zusammenschluss und organisierter Kampf sind angesagt!

Vom 8. – 13. April 2006 treffen sich kritische aktive ArbeiterInnen, von DC-Werken aus Deutschland, Brasilien, Argentinien, USA, Südafrika, Spanien und der Türkei auf einer Internationalen Konferenz in Berlin, um über die Unternehmensstrategien und deren Konsequenzen zu diskutieren, über effektive Gegenwehr zu beraten und gemeinsame Gegenstrategien zu entwickeln. „Solidarität statt Konkurrenz“ heißt der Titel der Zusammenkunft, die in räumlicher und zeitlicher Nähe zur Hauptversammlung der Aktionäre stattfinden wird. (Aus einem Informationstext bei labournet.de)

Was gut für DaimlerChrysler ist, ist schlecht für uns Arbeiter!

Der DaimlerChrysler Konzern kann aktuell auf erfolgreich durchgeführte Angriffe zurückblicken. Unterstützt von den Co-Managern des Kapitals, den

korrupten, gelben Gewerkschaftsbonzen und Betriebsratsfürsten war die Vernichtung Zehntausender Arbeitsplätze möglich. Für großwahnsinnige Managerideen sind wir ArbeiterInnen der Spielball. Gewerkschaftsführungen und Betriebsräte vergießen Krokodilstränen. Ein fauler Kompromiss nach dem anderen wird uns als großer Erfolg verkauft. International werden KollegInnen gegeneinander ausgespielt. Völlig unsinnige Vergleiche müssen herhalten, um uns zu immer weiteren Zugeständnissen zu zwingen.

Wen wundert's: Die Kapitalistenklasse will nur eines: Profitmaximierung.

Wir treiben in eine unendliche Abwärtsspirale, in der wir Stück für Stück unsere erkämpften Rechte verlieren.

Die Geschichte des DaimlerChrysler-Konzerns ist blutig und mit Leichen gepflastert. Seit Beginn der Geschichte von Daimler-Benz, dem deutschen Teil des Unternehmens, brachte die Beteiligung an der Rüstungsproduktion Extraprofite. Ein weiterer Meilenstein der menschenfeindlichen Firmenpolitik ist die offene Zusammenarbeit mit den Hitlerfaschisten, vor und während dem

II. Weltkrieg. Bis heute wurden Zwangsarbeiter, die als Arbeitssklaven für den Reichtum von DaimlerChrysler schufteten, nicht entschädigt. Auch die Beteiligung am Verschwinden von 15 Betriebsräten während der Diktatur in Argentinien, 1976-1983, ist nicht aufgeklärt. Die Liste der Verbrechen ist noch länger.

Diejenigen, die sich zur Zeit in Berlin treffen, versuchen, nicht nur die Verbrechen aufzuklären, sondern setzen auch international der Ausbeuterpolitik des Konzerns ihre Aktivitäten als aktive Gewerkschafter und kritische Arbeiter entgegen.

Das ist ein Anfang!

Wenn wir aber erreichen wollen, dass nicht nur die Verbrechen der Kapitalisten aufgeklärt, sondern auch verhindert werden, müssen wir lernen, mit schärferen Waffen zu kämpfen. Solidarität ist EINE Waffe. Wenn wir die Kämpfe der Kolleginnen und Kollegen in den abhängigen Ländern unterstützen wollen, müssen wir Arbeiter in Deutschland DaimlerChrysler, als Teil des deutschen Imperialismus, bekämpfen.

Die Organisierung der Arbeiterklasse für die Abschaffung dieses Systems ist DIE Waffe, mit der wir die Kapitalistenklasse schlagen können. Wir müssen der internationalen Organisation des Kapitals die Organisationen der Arbeiterklassen der verschiedenen Länder entgegensetzen. Wir sind es, die den Anfang machen, indem wir uns international austauschen und zusammenarbeiten. Wir haben die Aufgabe, nicht nur DaimlerChrysler als Ausbeuter zu bekämpfen, sondern das kapitalistische System als Ganzes!

Gegen Spaltung! Für den Kommunismus! Hoch die Internationale Solidarität

April 2006

Die Radikale Linke hat mit der Broschüre: "Klassenkampf und Selbstorganisation - Eine politische Einschätzung des Kampfzyklus bei der AEG in Nürnberg" eine spannende Bewertung der Streikkämpfe bei AEG gemacht. In diesem Interview diskutieren wir darüber mit Hans, einem AEG Arbeiter, und über Fragen der kommunistischen Betriebsarbeit.

### [Streik bei AEG -Einblicke und Ausblicke für kommunistische Betriebsarbeit!](#)

TA: Ihr schätzt in einem Positionspapier der Radikalen Linken den Arbeitskampf bei AEG in Nürnberg als Klassenkampf ein. „Es handelt sich aus all diesen Gründen um Klassenkampf.“ Wie definiert ihr Klassenkampf und wie seht ihr die unterschiedlichen Stufen des Klassenkampfes?

Hans: Also, wir sehen schon einen Unterschied zwischen ökonomischem und politischem Kampf. Nicht, dass das irgendwie falsch landet bei euch.

Wir denken aber, dass das, was vor 100 Jahren in „Was Tun“ in kurzen und knappen Sätzen definiert worden ist, eine gewaltige Weiterentwicklung erfahren hat.

Seit damals, in den letzten 100 Jahren, haben sich der Bildungsstand und die Bildungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse stark verbessert. Der Zugang zu Informationen ist viel größer geworden, und es hat sich etwas entwickelt, was wir in unseren Diskussionen „Patchwork-Bewusstsein“ nannten.

Wir haben immer wieder festgestellt, dass einerseits sehr viel reaktionäre Positionen in den Köpfen sind, dann aber wieder fortschrittliche Positionen und Forderungen bei den Arbeitern auftauchen, die in Teilbereichen sehr wohl politische Zusammenhänge richtig erkennen. Deswegen reden wir von „Patchwork“-Bewusstsein.

Das heißt, dass wir in unserer Agitprop Rücksicht darauf nehmen müssen und dass wir unter diesen Bedingungen mehr voraussetzen können. Das war unsere Erfahrung bei der AEG.

TA: Wie schätzt ihr das Bewusstsein der Arbeiterklasse ein? Konkret zum Bewusstsein der AEG ArbeiterInnen sagt ihr: „Dessen (Lenins, TA) Aussage, dass die Arbeiter/innen aus sich heraus nur ein gewerkschaftliches Bewusstsein entwickeln können, stimmt so nicht mehr.“

Hans: Damit wir nicht aneinander vorbeireden, wir schreiben anschließend an den zitierten Satz: „Der Zugang zu Informationen ist heute so groß dass teilweise auch ein politisches Denken entsteht. Das ist aber erst mal kein linkes Bewusstsein, sondern in der Regel sehr widersprüchlich. Man könnte da von „Patchwork-Bewusstsein“ sprechen.“

Wir als Kommunisten müssen schon politisches Bewusstsein rein tragen, aber klar wurde uns, dass wir heute bei den ArbeiterInnen auf sehr viel mehr zurückgreifen können als vor 100 Jahren.

TA: Weil die Arbeiter/innen mehr Bildung haben?

Hans: Ja, mehr Wissen über Geschichte, mehr Wissen über ökonomische und politische Zusammenhänge wie damals.

TA: Insofern würdest du Lenins „Was Tun“ eher abschwächen oder?

Hans: Nein, nicht abschwächen. Nein. Wir müssen aber Texte, die wir in den 70er Jahren oft etwas zu dogmatisch angewendet haben, uns heute noch einmal anschauen: Was hat sich an den Bedingungen geändert? Können wir wirklich alles, was wir in den 70ern gemacht haben, eins zu eins übertragen. Oder haben wir nicht in unserer Agitprop auch damals schon Fehler gemacht?

TA: Vielleicht ist es auch nur eine Frage der Methode?

Hans: Kann sein, dass es auch eine Frage der Methode ist. Wir sind in unserer Diskussion erst am Anfang.

TA: Was versteht ihr unter Klassenkampf?

Hans: Klassenkampf hat sicher verschiedene Formen. Am AEG-Kampf war auffällig, dass hier in größerem Umfang die radikalen Sprüche der Gewerkschaftsfunktionäre von den ArbeiterInnen wörtlich genommen und in eigener Regie in die Praxis umgesetzt wurden. Die AEG Arbeiter haben da nicht lange gefragt. Bereits die wilden Streikaktionen im Dezember 2005 begannen mit der Parole „Wir bleiben hier, dafür kämpfen wir!“ Und die KollegInnen meinten das, im Gegensatz zu den Gewerkschaftsfunktionären ernst!

Aber das Wichtigste war: Der Kampf der Belegschaft war von Anfang an ein politischer Streik. Das deutsche Streikrecht erlaubt es nicht, gegen Werksschließungen zu kämpfen. Das Privateigentum an Maschinen und Fabriken, den Produktionsmitteln, ist ein unantastbarer Grundpfeiler des Kapitalismus.

Die Unternehmen entscheiden selbst, was, wann, wie, wo und mit wem produziert wird. Damit entscheiden sie eben auch, ob sie ein Werk schließen und die Produktion zur Profitsteigerung verlagern. Mit ihrem Kampf haben die AEG-ler, wenn auch zum großen Teil unbewusst, an diesem Grundpfeiler des Kapitalismus gerüttelt.

Und auch hier fiel uns in der Diskussion mit Kollegen immer wieder auf: Es gibt nicht diese absolut scharfe Trennung von ökonomischem und politischem Bewusstsein. Wir haben das früher immer sehr dogmatisch aufgefasst: Hier endet das ökonomische und hier beginnt das politische Bewusstsein.

TA: Wenn die Arbeiter von der Gewerkschaft über den Tisch gezogen werden, dann fehlt doch Bewusstsein?

Hans: Natürlich ist das Vertrauen der KollegInnen in die Gewerkschaftsfunktionäre meist noch sehr groß. Dass der Sozialtarifvertrag Beschiss war, merkten viele erst Wochen nach dem Streikabbruch.

TA: Ihr beschreibt einige Aktionen der kämpferischen Arbeiter bei AEG, auch zusammen mit anderen Gruppen. Zitat: „...Die ANA (Arbeitsgemeinschaft Nürnberger Erwerbslose) hat mehrfach Streikposten aufgestellt und sich an allen Aktionen der Streikenden

beteiligt... Es fehlt an praktischen Alternativen.“ Welche praktischen Alternativen habt ihr?

Hans: Die praktischen Alternativen hatten wir eben selber nicht ausreichend zu bieten. Wir denken, man braucht dazu mehr Kader, gute Agitatoren, eine entsprechende Organisation, und funktionierende Betriebsgruppen. Die Betriebsarbeit hätte lange vorher begonnen werden müssen.

TA: Und wie seht ihr die Möglichkeit für Streik- und Kampfkomitees als Mittel zur Entwicklung der Arbeitskämpfe?

Hans: Es gab Leute die zu Streikkomitees aufriefen, aber es gab nicht die Möglichkeit, das auf die Beine zu stellen. Die Gewerkschaft hatte die Lage bis auf die zwei Wochen der wilden Streikaktionen im Dezember 2005 doch immer wieder relativ gut unter Kontrolle.

Für so was brauchst du Strukturen im Betrieb, das kann man nicht einfach auf einem Flugblatt fordern. Die Gruppen aber, die das forderten, hatten diese Strukturen nicht.

Wir hätten das aber auch nicht geschafft. Wir haben mit der Betriebsarbeit letztlich erst angefangen, als bekannt wurde, dass die AEG möglicherweise geschlossen wird, das war viel zu spät.

TA: Ein Streik- und Kampfkomitee kann auch ganz spontan während des Kampfes entstehen. Dazu muss natürlich das Bewusstsein da sein, dass du weißt, dass die Gewerkschaft dich verraten wird. Dann kannst du aus deiner Mitte Leute, das müssen nicht Marxisten-

Leninisten sein, Leute die kämpferisch sind, denen man vertrauen kann, die sich nicht übern Tisch ziehen lassen, als Vertretung bestimmen.

Hans: Wir hatten Probleme mit solchen Leuten in Kontakt zu kommen. Es hat z.B. aus dem migrantischen Bereich Kollegen gegeben, die vor und während des Streiks heimlich Unterschriften für eine oppositionelle BR-Liste gesammelt haben, aber auch sehr schwankend waren, und das Projekt buchstäblich in letzter Minute fallen ließen. Was sie im Nachhinein bereuten. Und die so misstrauisch gegenüber allen anderen Leuten waren, dass wir erst sehr spät von dem Vorhaben erfahren haben.

TA: War überhaupt das Bewusstsein da? Bei Opel war es so, dass obwohl die MLPD dort stark engagiert war, das Bewusstsein gefehlt hat, an zwei Fronten zu kämpfen.

Gegen Gewerkschaftsfürsten und Betriebsrat auf der einen Seite und gegen die Geschäftsleitung auf der anderen Seite.

Dass man ein Kampfkomitees gründen muss. Die MLPD geht opportunistisch mit dieser Frage um. Das Bewusstsein ein eigenständiges Kampfkomitee auf die Beine zu stellen hat gefehlt.

Hier auf der Büchermesse hat der Kollege Christian Frings berichtet, wie der Kampf bei Gate Gourmet sich entwickelt hat. Bei Gate Gourmet haben die Arbeiter den Arbeitskampf sehr klandestin organisiert, und es hat funktioniert.

Hans: Das Bewusstsein dafür war einfach noch nicht da.

TA: Wir denken, wir brauchen Kampf- und Streikkomitees, wenn man den Kampf erfolgreich führen will. Dann muss er von der Basis getragen, von der Basis entschieden und entwickelt werden. Wenn die Gewerkschaft den Kampf nicht führt, dann muss man relativ früh diesen Gedanken, dieses Instrument unter der Arbeiterschaft propagieren und auf die Beine stellen. Kann natürlich sein, dass der Betriebsrat auch kämpferisch ist, trotzdem muss man, um den Kampf auf eine breite demokratische Basis zu stellen, Komitees wählen und demokratisch legitimieren lassen.

Hans: Das ist schon grundsätzlich klar. Aber unter den Bedingungen, die wir gehabt haben nicht möglich. Wir haben zu spät angefangen, waren zu wenig Leute, hatten insgesamt schlechte Bedingungen. Auch dass es zum wilden Streik kommt, darauf waren wir, ehrlich gesagt, nicht richtig vorbereitet.

Eigene Strukturen hatten wir nur rudimentär, das ist vernachlässigbar. Die eigenen Strukturen waren die wenigen eigenen Leute, ansonsten ein sehr kleines, lockeres Informationsnetz von Deutschen und nichtdeutschen Kollegen.

TA: Ein weiteres Zitat von euch, „Die KollegenInnen haben ihrer Gewerkschaft vertraut. Auch als sie betrogen wurden“.

Hans: Auch hier wieder das gleiche Problem: Um dem wirksam entgegenzutreten zu können, hat es uns immer wieder an Leuten gefehlt. Uns fehlten Kader und Agitatoren, es fehlte eine funktionierende, überregionale

Organisation. Mit einem kleinen lokalen Zirkel ist so was allein nicht zu schaffen.

TA: Die Rolle der IG-Metall wird insgesamt von euch negativ eingeschätzt und in weiten Teilen sind wir auch eurer Meinung. Gibt es eurer Meinung nach die Möglichkeit, ohne Gewerkschaften zu kämpfen?

Hans: Ja, wenn es notwendig ist, dann musst du es machen. Ich denke, dass es, wie man bei BSH-Berlin wieder gesehen hat, in den Betrieben immer mehr Bereitschaft gibt zu sagen: „Da machen wir nicht mehr mit.“

Irgendwann kann es sein, dass in einem Betrieb die Stimmung kippt und wild weiter gestreikt wird. Bei der AEG ist schon vorher wild gestreikt worden und die Gewerkschaft wurde quasi zum Streik gezwungen, irgendwann wird so sein, dass im Nachlauf, nach einem Streikabbruch durch die Gewerkschaft, dann halt wild weiter gestreikt wird. Darauf müssen wir uns einstellen.

TA: Was sollen kämpferische Arbeiter innerhalb der Gewerkschaft tun?

Hans: Sie sollten andere kämpferische Arbeiter sammeln.

TA: Ihr kämpft auch in der Gewerkschaft, ihr lehnt die Arbeit in der Gewerkschaft nicht ab?

Hans: Bei den Nürnberger Autonomen war es schon immer normal Gewerkschaftsmitglied zu sein. Insoweit ist das nichts Neues. Allerdings haben Autonome in der Gewerkschaft nur in wenigen Fällen etwas aktiv

gemacht. Und eine richtige kontinuierliche Betriebsarbeit ist daraus auch nicht geflossen.

TA: Was muss getan werden, um das Klassenbewusstsein innerhalb der Arbeiterklasse zu entwickeln?

Hans: Mehr innerhalb der Arbeiterklasse arbeiten, weg von der Event-Politik, da wo es möglich ist, eine kontinuierliche Betriebsarbeit und eigene Strukturen im Betrieb aufbauen, nicht erst auftauchen, wenn ein Streik läuft.

Da wo es nicht möglich ist im Betrieb zu arbeiten, im Stadtteil, oder in anderen sozialen Brennpunkten kontinuierliche Arbeit aufbauen.

Also weg von der autonomen Gruppe als linkes Veranstaltungsbüro, hin zu einer richtigen Organisation, also zu einer kommunistischen Organisation.

TA: Du denkst da auch an Betriebszeitung und Betriebszellen und so weiter?

Hans: Das ist für uns noch Zukunftsmusik, aber grundsätzlich richtig. Allerdings haben wir in den 70er Jahren da sehr viel Künstliches aufgebaut, diese Fehler sollten wir natürlich nicht noch mal machen, also ich hab nicht vor, drei Oberschülern zu sagen, ihr braucht kein Abitur, geht mal in den Betrieb und baut Betriebszellen auf.

TA: Wie seht ihr die nationalen und teilweise deutsch-chauvinistischen Tendenzen innerhalb des AEG-Kampfes? Stichwort: Das ausländische Kapital ist böser

als das deutsche, z.B. geht es um den Electrolux-Boycott. Da sehen wir bei euch in der Auseinandersetzung eine Verharmlosung, vielleicht kam es auch bei uns anders rüber als ihr das aus der Nähe gesehen habt? Transparente wie „AEG ist Deutschland“ wurden getragen.

Hans: Das war normalerweise vorm Fabrikator nicht die Mehrheit. Ich war dann zwar natürlich verblüfft, als plötzlich migrantische KollegInnen mit Deutschland Wimpeln, und Heizkörperreinigern in Schwarzrotgold, die sie mit AEG beschriftet hatten, (als Wink-Element) auftauchten.

Schlimm war diese von der IG-Metall Zentrale angeleierte Riesenkampagne „AEG ist Deutschland“, eine Riesendemonstration. Das war gleichzeitig der Beginn des Streikabbruchs, als die Streikleitung de facto von der IGM-Zentrale übernommen wurde.

Sie haben von LKWs runter den Leuten auf der Demo Hunderte von „AEG ist Deutschland“ T-Shirts zugeworfen, fertige Transparente und Hunderte von Schildern. Die Leute haben das ohne nachzudenken genommen. Vorbereitet war das Ganze von einer SPD nahen Werbeagentur.

Manche haben die T-Shirts auch als Streikposten getragen. Es war schwierig dagegen zu diskutieren, weil die Leute nicht begriffen, was die Parole eigentlich in der Konsequenz bedeutet. Wir haben nicht genügend Leute gehabt, um dagegen anzugehen. Wir haben getan was wir konnten und haben durchaus nicht vorgehabt das zu verharmlosen.

TA: Was ist von dem kämpferischen Bewusstsein bei AEG übrig geblieben. Wir haben hier auf der Messe im Vortrag von Christian Frings gehört, dass die kämpferischen Arbeiter bei Gate Gourmet sich resigniert zurückgezogen haben und einige die Firma verlassen haben, obwohl sie beispielhaft einen sechsmonatigen harten Arbeitskampf geführt haben.

Hans: Das ist auch bei der AEG feststellbar. Es hatte sich zwar ein kleiner Kreis von Leuten während des Streiks herausgebildet, die auch zum Schluss vor dem Tagungs-Hotel der Tarifkommission ein Transparent gegen den faulen Kompromiss getragen haben. Leute aus diesem Kreis raus zuziehen für weitere Organisation haben wir nicht geschafft.

Die Hoffnung bestand, dass wenn sie den Betrieb verlassen, der Kontakt weiter aufrecht erhalten bleibt. Wenn man das aber anspricht, dann besteht kein großes Interesse.

Ansonsten leisten die AEG-ler individuellen Widerstand, sie machen einfach krank. Das ist zwar enttäuschend wenig, aber das ist der Zustand. Immerhin haben wir zur Zeit einen Krankenstand von über 50%.

TA: Gibt es keine Organisation, die diesen Fall in die Isolierung und Frustration auffangen kann?

Hans: Nein, diese Organisation gibt es nicht und auch die politischen Kräfte, die vor Ort aktiv waren, haben das nicht vermocht.

Frage: Du meinst ja, wir brauchen eine Kommunistische Partei und eine langfristige Betriebsarbeit, ist das deine

persönliche Meinung oder wird sie von der Radikalen Linken vertreten?

Hans: Die Frage der Betriebsarbeit haben wir diskutiert. Es wird akzeptiert, dass es die Betriebsarbeit in der RL gibt, sie weiter geführt werden muss, aber auch festgestellt, dass es nicht die Hauptarbeit ist. Wir werden, wenn nötig, immer unterstützt, aber die ganze RL wird keine Betriebsarbeit machen. Es gibt auch noch andere Arbeitsbereiche.

Frage: Ihr wollt auch keine kommunistische Partei werden?

Hans: Der RL ist natürlich klar, dass eine lokaler Zirkel auf Dauer in seinen Möglichkeiten immer beschränkt bleiben wird. Damit steht letztlich auch die Frage einer überregionalen Organisation auf der Tagesordnung. Wie sich diese Diskussion weiterentwickelt, kann ich allerdings nicht voraussagen.

Für mich persönlich ist das Endziel allerdings eine kommunistische Partei.

TA: Vielen Dank für das ausführliche und aufschlussreiche Interview.

März 2007

[Diskussionsveranstaltung von TROTZ ALLEDEM! auf der linken Literaturmesse in Nürnberg.](#)

„Revolutionäre Betriebsarbeit heute, nötig und möglich?“

Zuerst haben wir unsere Thesen kurz vorgetragen. Die Thesen waren als Einstieg für eine offene Diskussionsrunde gedacht. Allerdings haben wir nicht damit gerechnet, dass die Menschen auf der Literaturmesse nicht gewohnt sind zu diskutieren. Das hätten wir aber wissen können, weil wir ja auch andere Veranstaltungen besucht haben. Da war das so, dass der/die RednerIn einen Vortrag von 50 Minuten gehalten hat und das Publikum dann noch 1-2 Fragen stellen durfte. Wir sind diese Form von Veranstaltung, in denen man als ZuhörerIn nur „konsumiert“, nicht gewohnt. Wir verbinden unsere Veranstaltungen immer mit einer Diskussionsrunde, damit wir voneinander lernen können.

Es waren ungefähr 30 BesucherInnen in unserer Veranstaltung. Die Thesen waren auf kommunistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit ausgerichtet. Das war für einige ZuhörerInnen zu speziell. Schließlich sind auf der Linken Literaturmesse Anarchisten, Kommunisten, Troztkisten und FreundInnen aus sozialen Bewegungen.

Unsere Thesen:

- Unser Ziel sind Klassengewerkschaften, aber vor uns stehen auf Sozialpartnerschaft ausgerichtete (gelbe) Gewerkschaften.

Gewerkschaften sind Massenorganisationen die Kommunistische Organisation muss die Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter für sich gewinnen.

- Die Arbeiterklasse entwickelt von sich aus nur ein trade-unionistisches Bewusstsein.

Jeder ökonomische Kampf trägt in sich einen, wenn auch noch so kleinen, Keim des Klassenkampfes.

Klassenbewusstsein, sozialistisches Bewusstsein muss von außen durch die Kommunistische Partei hineingetragen werden

Der ökonomische Kampf muss mit dem politischen verbunden werden.

- In die Gewerkschaften und Betriebe gehen und die rote Opposition aufbauen!

Die fortschrittlichen Kräfte finden und auf dem Klassenstandpunkt zusammenschließen.

Kämpfe einfordern und die Arbeiter zum selbständigen Kampf bewegen.

Eine auf Dauer und Kontinuität ausgerichtete illegale kommunistische Betriebsarbeit aufbauen.

Betriebszeitungen sind unentbehrlich.

Da wo möglich und sinnvoll, in den Betriebsrat und Gewerkschaftsgremien reingehen.

Kampf- und Streikkomitees gegen Abwiegelei und faule Kompromisse einsetzen. Da wo möglich, kommunistische Fraktionen bilden.

Langfristig arbeitende Betriebszellen gründen.

- Die Schwächen der Linken Gewerkschafter sind, dass sie keine oder nur eine vage Perspektive des Sozialismus haben und keine fundamentale Opposition zu den Gewerkschaftsfürsten und -bürokraten bilden.

Keine oder kaum revolutionäre Arbeit im Betrieb.

Beschränkung auf „eigenen“ Betrieb.

Reformismus dominiert, Bsp: Gewerkschaftslinker in Stuttgart und Auswertung der Demonstrationen am 21.10.06.

Neutralität und Überparteilichkeit von Gewerkschaften wie von der MLPD vertreten, sind aber inkonsequent und pragmatisch. Bsp. Streikkomitee im Opelkampf, Bsp: DaimlerCrysler.

- Wir brauchen eine KP, die die Perspektive des Sozialismus in die Arbeiterklasse hineinträgt und den Kampf der Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus organisiert und leitet.

Wirtschaftlichen Kampf mit politischem Kampf verbinden. Wirtschaftliche Kämpfe sind für uns kein Selbstzweck.

KP verallgemeinert Kämpfe und Erfahrungen, Netzwerke werden gebildet.

Solidarität und Unterstützung im großen Rahmen, bundesweit und weltweit können organisiert und geleitet werden.

Ein Freund hat unsere Thesen als oberflächlich und verkürzt kritisiert, musste aber zugeben, dass es angesichts der kurzen Zeit nicht möglich ist, die Thesen umfassend darzulegen, da es uns ja darum ging, unsere Thesen zu diskutieren. Er kritisierte unsere These dass wir, als KommunistInnen, das Bewusstsein in die

Arbeiterklasse reintragen müssen. Er hielt Lenin's Thesen in Was tun! für überholt und berichtete, dass der Streik bei AEG Nürnberg ein politischer Streik war, weil er sich gegen die unternehmerischen Freiheiten richtete. Der Streik war auch radikal und das war auch der Grund, warum die IGMetall den Streik abgewürgt hat. Nach seiner Meinung hatte der Streik bei AEG Klassenkampfcharakter, weil es aktuell auf der Tagesordnung steht und nicht weil wir, als KommunistInnen, da sind, und Bewusstsein in die Arbeiterklasse hineintragen.

Freunde vom Revolutionären Aufbau Schweiz kritisierten die These als Ganzes. Sie lehnen es komplett ab, dass man als KommunistIn Bewusstsein in die Arbeiterklasse hineinträgt. Sie vertreten, dass das Bewusstsein von alleine kommt. Wir, als Trotz Alledem, hätten da eine arrogante These aufgestellt.

Wir sind der Meinung, dass aufgrund der Möglichkeiten, wie Fernsehen, Internet... die ArbeiterInnen natürlich mehr Informationen haben können als 1903, dass es aber, aufgrund der Informationsüberflutung, auch sehr schwer ist, historische und politische Informationen aus Sicht der Unterdrückten zu bekommen. Für uns heißt „Bewusstsein in die Arbeiterklasse hineintragen“ nicht, dass wir informieren „was geschieht in deinem Betrieb.“ Das wissen die ArbeiterInnen selber. Es bedeutet, die Kämpfe zusammenzufassen und zu verallgemeinern. Die Gewerkschaftsführung konnte den AEG Streik schließlich abwürgen, weil die ArbeiterInnen nicht klar hatten, dass sie auch einen Kampf gegen das Co-Management der Gewerkschaftsführung führen müssen

und eigenständige Streik- und Kampfkomitees, unabhängig von der Gewerkschaft, organisieren müssen.

Der Freund meinte auch, dass wenn der Streik noch 4 Wochen weitergegangen wäre, dann hätte man die Schließung von AEG Nürnberg verhindern können. Der Konzern hatte aufgrund von Imageverlust und Boykottkampagne einen riesigen Umsatzrückgang. Das hätte der Konzern nicht mehr lange tragen können. Auch hier war dem Redner klar, dass die Gewerkschaftsführung den Streik natürlich rechtzeitig abwürgen musste, bevor es überhaupt dazu kommt, dass der Konzern den Umsatzrückgang nicht mehr tragen konnte.

In unseren Thesen haben wir die „Alternative“ bei Daimler Chrysler in Mettingen kritisiert. Natürlich war die Aktion der B10 Besetzung sehr ermutigend und viele Aktionen sind auch kämpferisch, richtig und wichtig. Aber insgesamt kritisieren wir, dass sie in ihren Flugblättern keine revolutionären Positionen beziehen. Eine Frau meint, dass wir ja wohl kaum in der Lage wären, ArbeiterInnen zu erreichen, wenn wir sogar die Alternative kritisieren würden. Das sei blöd von uns, schließlich seien die doch besser als alle anderen ArbeiterInnen, die nichts oder weniger tun.

Wir meinen dazu, dass wir in die Betriebe reingehen müssen, mit fast allen unseren Kräften, dass wir dort eine starke Basis schaffen müssen, mit dem Ziel, den Kapitalismus abzuschaffen. Die Frage stellt sich für uns: „wie können wir unsere Ideen reintragen“. Dieser Kampf ist sehr schwer. Die Spaltung innerhalb der

Arbeiterklasse ist vielfältig, zwischen Jung und Alt, Arbeiter und Arbeiterin, Migrant und Deutsch... Diese Spaltung müssen wir aufbrechen. Das versuchen wir teilweise über unsere Betriebszeitungen. Sie sollen das Bewusstsein vertiefen und die Kämpfe verallgemeinern. Eine Frau meinte noch, wir sollten in unserem Vortrag doch viel mehr auf positive Streiks eingehen. Sie meinte der Streik der HafendarbeiterInnen in Hamburg war erfolgreich. Alle anderen Streiks waren in ihren Augen erfolglos.

Wir meinen aber, dass die Streiks, wie Gate Gourmet, AEG, DC, Opel... nicht erfolglos sind. Was bleibt, ist auf jeden Fall die Kampferfahrung. Diese Kampferfahrung muss weitergegeben werden. Viele haben leider resigniert, waren frustriert. Bei Gate Gourmet sind einige der besten KämpferInnen aus Frust gegangen, weil sie sich gesagt haben, bei so einem Betrieb kann ich nicht arbeiten.

Ein Freund hatte einen Widerspruch zu dem Punkt, dass die KommunistInnen vorsichtig im Betrieb arbeiten müssen, dass einige Sachen fast „undercover“ gemacht werden müssen. Er meint, wenn der Kommunist seine Arbeit undercover macht, kann der Arbeiter ihn nicht als Kommunisten erkennen. Wir meinen: ein Kommunist verbirgt seine Meinung nicht. Die Arbeit im Betrieb bewegt sich aber auf sehr dünnem Eis. Da kann man sehr schnell rausgeschmissen werden. Der Kontakt ist sehr wichtig. Das, was man versteckt, ist: „in welcher Organisation bin ich organisiert, welche Strukturen gibt es im Betrieb ...“

Ein Freund meinte noch, es gibt in der BRD ein Dutzend Gruppen, die von sich behaupten, sie seien die revolutionäre Vorhut. Für ihn stelle sich die Frage: wie reproduzieren die sich und wie wollen sie die kämpfenden ArbeiterInnen, die unorganisiert sind, heute auffangen. Er meint, das was wir brauchen sind klassenkämpferische Gewerkschaften.

Unsere Position ist, dass wir heute in der jetzigen Situation, noch nicht in der Lage sind, eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu gründen. Dazu haben wir keine ausreichende Kraft. Unsere Aufgabe sehen wir darin, heute in den Gewerkschaften zu arbeiten und die ArbeiterInnen für unseren Kampf zu gewinnen. Wir verfallen nicht der Illusion, aus den sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften in der BRD, klassenkämpferische Gewerkschaften zu machen. Das wird nicht passieren. Wenn wir stark genug sind, dann werden die Gewerkschaftsbürokraten spalten und uns rausschmeißen.

Insgesamt hatten wir nur 1 Stunde für die Veranstaltung. Das ist natürlich viel zu wenig, um dieses Thema tiefer zu diskutieren. Die wirklich spannende Diskussion zu diesem Thema haben wir dann auch im Anschluss an unsere Veranstaltung an unserem Büchertisch gehabt. Daran haben sich FreundInnen von der Radikalen Linken Nürnberg, von Netzwerk IT und vom Revolutionären Aufbau aus der Schweiz beteiligt. Hier haben wir im wesentlichen die Fragen diskutiert, dass die Grundlage einer kommunistischen Partei die Arbeiterzellen in den Betrieben sein muss. Das ist das Schwierigste überhaupt beim Parteaufbau. In der

Geschichte der Kommunistischen Internationalen hat das auch nur die KPdSU überhaupt geschafft. Wir sind als Organisation auch noch weit davon entfernt. Aber die Hauptschwerpunktsausrichtung unserer Organisation, sowohl in der Theorie als auch in der Praxis, ist die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Das sehen die anderen Parteien/Organisationen zwar in der Theorie auch so, aber in der Praxis nicht. Sie beziehen sich vorrangig auf die sozialen Kämpfe auf der Strasse, weil sie dort besser und schneller neue Menschen für die Organisation gewinnen können. Die Freunde von der Radikalen Linken und Netzwerk IT sehen das im Prinzip genauso wie wir, wollen aber keine kommunistische Organisation aufbauen. Sie sehen den primären Kampf in den spontanen Massenkämpfen in den Betrieben. Trotz unterschiedlicher Konzepte hatten wir eine spannende Diskussion und haben auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert.

März 2007

## *Zwei Standpunkte zur Beteiligung an der 1. Mai Demonstration der Gewerkschaften in Stuttgart*

Am 1. Mai 2006 haben wir uns in Nürnberg, Stuttgart und Berlin an unabhängigen, revolutionären Demonstrationen beteiligt.

In anderen Städten sind wir (mangels Alternative) bei vom DGB organisierten Demos mitgegangen. Dabei haben wir versucht unsere Positionen gegen die DGB Bonzen und ihre Verrätereien deutlich zu machen.

In Stuttgart gab es ein Bündnis für die 1. Mai Demonstration, das auch eine Zeitung herausgebracht hat. Offensiv und kritisch wird sich im Bündnis über unterschiedliche Standpunkte auseinandergesetzt. Es ist genau eine solche Zusammenarbeit der revolutionären Kräfte, die wir brauchen.

In der Zeitung wurde z.B. ein Pro und Contra von unterschiedlichen Standpunkten zur Frage der Teilnahme an DGB Demonstrationen veröffentlicht.

Einheit in der revolutionären Aktion, bei gleichzeitiger freimütiger Kritik und Auseinandersetzung: Das ist der richtige Ansatz um zu breiteren Bündnissen in der Bewegung zu kommen.

### **Pro**

Der 1. Mai ist ein Symbol der ArbeiterInnenbewegung, ein Symbol für den internationalen Kampf zu ihrer Befreiung. Er ist mit der Erinnerung an harte Kämpfe und Opfer verbunden, an Errungenschaften wie den 8-

Stunden-Tag und an schmachvollen Verrat. 1933 feierten die Gewerkschaftsbosse mit den Nazis, um tags darauf selbst zum Opfer zu werden.

Wir verteidigen die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung. Gegen die Angriffe des Kapitals, aber auch gegen diejenigen in den Gewerkschaften, die sie für kurzfristige Atempausen opfern oder durch Unfähigkeit oder Untätigkeit verspielen.

Wir verteidigen seinen internationalen Charakter. Deshalb bekämpfen wir Standortpatriotismus, Nationalismus und Chauvinismus - gerade auch in den Reihen der Gewerkschaften selbst.

Wir verteidigen die revolutionäre Tradition der ArbeiterInnenbewegung. Deshalb organisieren wir eine revolutionäre Demonstration und Kundgebungen, bei denen die kapitalistische Ausbeutung angegriffen wird und wir nicht nur fordern, dass wir dabei unsere Würde behalten sollen. Dies ist kein Widerspruch zur Arbeit in den Gewerkschaften, im Gegenteil: Gerade innerhalb der Gewerkschaften und auch auf den Demonstrationen gilt es, im Widerspruch zur Politik der Gewerkschaftsbosse, klassenkämpferische und revolutionäre Positionen zu vertreten und zu vermitteln. Wir bekämpfen die Bürokratie in den Reihen der Gewerkschaften, die ihren Frieden mit dem Kapital und seinem Staat geschlossen hat. Aber wir wollen die ArbeiterInnenklasse, die sich in den Gewerkschaften organisiert, für den Kampf gegen den Kapitalismus gewinnen. Deshalb gehen wir zur Demonstration des

DGB, weil dort unsere Kolleginnen und Kollegen sind und mobilisieren auch in unseren Betrieben dafür. Wir kämpfen für die Demokratie in den Gewerkschaften. Alle Strömungen müssen das Recht haben, auf der 1. Mai Kundgebung zu reden. Heute verhindert der DGB dies - daher geben wir mit unserer 1. Mai Demonstration Revolutionären und Linken ein Forum.

### **Contra:**

Unsere Haltung zu den DGB-Aktionen, und dazu zählen auch die Aktivitäten um den 1. Mai, ist eine taktische Frage. Warum lehnen wir es ab uns im Nachtrab an dem DGB 1. Mai zu beteiligen?

1. Der DGB ist eine auf Sozialpartnerschaft mit dem Kapital ausgerichtete Organisation. Er sucht den Interessenausgleich mit dem Kapital und nicht die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Überwindung des Kapitals. Die Möglichkeiten des gewerkschaftlichen Kampfes um weitestgehende Forderungen, der Kampf um weitestgehende Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Proletariats werden vom DGB selbst torpediert, verraten oder nur halbherzig, auf Grund des Druckes von der Basis, durchgeführt. Die Verlängerung der Wochen- und bald beschlossenen Lebensarbeitszeit sind einige Zeugnisse für das Einknicken des DGB vor dem Kapital. Diese Liste kann noch um Seiten verlängert werden.

In Stuttgart vermag es der DGB gerade eine kleine Anzahl Teilnehmer, in der Mehrheit Funktionäre des DGB, zum 1. Mai zu mobilisieren. Darüber hinaus gibt es keine Beteiligung der Massen. Beim letzten 1. Mai

2005 nahmen ca. 1000 Demonstranten teil. Der Großteil dieser Demonstranten ist aus dem Umfeld revolutionärer Organisationen. Die Revolutionäre haben bei dem DGB 1. Mai keine Rechte, außer sich an den Schwanz des DGB anzuhängen. Auf dem Kundgebungsplatz haben sie kein Rederecht. Während der Demo sind Megafone verboten. Der DGB verhängt allen Revolutionären einen Maulkorb.

2. Die Revolutionären Kräfte können und müssen mit ihren heutigen Kräften eigene, vom DGB unabhängige Aktionen/Bündnisse starten. Wir können und müssen auch in der Praxis revolutionäre Alternativen bieten. Das verstehen wir als unsere Pflicht als Revolutionäre. Wir können bei unseren Aktionen unzensuriert revolutionäre Propaganda machen.

Was für ein Bild vermitteln wir, wenn wir hinter dem DGB nachtraben? Wir geben die Botschaft, dass der DGB uns nahe steht, wir ihn unterstützen. Wir sind das Feigenblatt, das die sozialpartnerschaftliche, korrupte, arbeitendaristische Politik des DGB deckelt. Wir meinen, unter den heutigen Bedingungen mit dem DGB zu laufen, schwächt die revolutionäre Position, stärkt aber die Co-Management Politik des DGB. Da wo es kräftemäßig möglich ist, müssen wir eigene revolutionäre 1. Mai Aktionen auf die Beine stellen.

Mai 2006